

1 SPD – GRÜNE

2 Koalitionsvereinbarung

3 2009 bis 2014

4  
5  
6 Zukunft

7 durch nachhaltige Politik

8 für Köln

9  
10 Auf der Basis der erfolgreichen Arbeit als

11 Kernbündnis von 2006 bis 2009,

12  
13 im Wissen um die schwierige Lage der Stadt,

14 vereinbaren KölnSPD und GRÜNE Köln als

15 politisch führenden Kräfte in der Stadt Köln

16 eine Koalition für die Ratsperiode

17 2009 bis 2014.

## 18 **Weiter verantwortlich für Köln handeln!**

19 SPD und GRÜNE haben im März 2006 als Kernbündnis uneingeschränkt  
20 Verantwortung für diese Stadt übernommen.

21 Sie sind mit ihrer verlässlichen, nachhaltigen und zukunftsorientierten Politik  
22 inzwischen unstreitig die politisch führende Kraft in Köln.

23 Die in der Kommunalwahl 2009 erreichte konstruktive Mehrheit und die erfolgreiche  
24 Wahl des gemeinsamen Kandidaten Jürgen Roters zum Oberbürgermeister wollen  
25 beide Parteien zu einer gemeinsamen, konstruktiven und zukunftsorientierten  
26 Stadtpolitik für die Wahlperiode 2009 bis 2014 nutzen.

27 Die intensive Einbeziehung der Stadtgesellschaft in ihrer breiten Vielfalt ist eine der  
28 wesentlichen Voraussetzung erfolgreicher Stadtpolitik. SPD und GRÜNE lehnen  
29 nachdrücklich perspektivlose und klientelorientierte Politik ab. Transparenz im  
30 politischen Handeln ist oberstes Gebot.

31 Angesichts der Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf die  
32 städtischen Finanzen ist die Aufrechterhaltung der finanzpolitischen  
33 Handlungsfähigkeit der Stadt Köln die Kernaufgabe gemeinsamer Politik für diese  
34 Wahlperiode. Entscheidend für Kölns Zukunft ist die nachhaltige  
35 Haushaltskonsolidierung, um politische Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten.

36 Köln ist eine attraktive und lebenswerte Großstadt. Im Gegensatz zu anderen  
37 Großstädten zieht Köln viele Menschen an, die hier leben und arbeiten möchten.  
38 Köln hat Perspektive und Potenzial, das SPD und GRÜNE nutzen wollen.

39  
40 Städte sind Schrittmacher der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie müssen sich mit  
41 globalen Trends und schärfer werdendem Wettbewerb in Europa auseinandersetzen,  
42 die einerseits Handlungsräume verengen, aber auch neue Chancen eröffnen. Städte  
43 konkurrieren nicht mehr allein um Investitionen, sondern zunehmend um das kreative  
44 Potenzial von Menschen und Unternehmen. Kölns „harte Standortfaktoren“ können  
45 sich sehen lassen: Forschungs- und Hochschullandschaft, verkehrsgünstige Lage in  
46 Europa, moderner Industriestandort, Handelszentrum, zukunftssträchtige  
47 Wirtschaftsbranchen von Finanzdienstleistern bis zur Medien- und Kulturwirtschaft.  
48 Jedoch wächst die Bedeutung „weicher Standortfaktoren“. Weltoffenheit,  
49 Lebensqualität und innovatives Potenzial sind die Faktoren, die urbane und kreative  
50 Großstädte auszeichnen. Rot-grüne Stadtpolitik legt auch darauf einen Schwerpunkt.

51  
52 Köln schöpft aus seiner langen Geschichte, Tradition, Kultur und aus seiner  
53 interkulturellen Vielfalt. Aufgabe rot-grüner Stadtpolitik ist es, ein kulturell  
54 inspirierendes Umfeld zu fördern. Reiz und Vorzug des Stadtlebens ist ihr  
55 emanzipatorisches Potenzial. Soziale Integration und Gerechtigkeit, die Herstellung  
56 gleicher Lebensbedingungen, Bildung, Kultur, Freizeit- und Sportangebote,  
57 nachhaltige Stadtentwicklung, wirtschaftliche Innovation und Stadtökologie unter den  
58 Bedingungen von Klimaschutz und Ressourcenschonung sind die großen  
59 Herausforderungen Kölns.

60 Die europäische Integration macht es erforderlich, dass Stadtpolitik auch  
61 Europapolitik ist. Dabei kommt dem Aufbau einer handlungsfähigen regionalen  
62 Kooperation im Rheinland eine Schlüsselstellung zu.

63

64 Allen Menschen Möglichkeiten der Entfaltung und urbane Identität zu geben, dafür  
65 steht die rot-grüne Politik des sozial-ökologischen Wandels. Das gelingt nur mit  
66 breiter Bürgerbeteiligung. Zukunftsgestaltung braucht Gemeinsinn. Köln – das sind  
67 wir alle: Alteingesessene, Einwanderinnen und Einwanderer, Arme und Reiche,  
68 Menschen unterschiedlichen Alters, verschiedener Religionen, Herkunft und  
69 Lebensstile.

70 Kreative Ideen und vorausschauende Stadtpolitik müssen auch von einer stringent  
71 und verlässlich handelnden Stadtspitze umgesetzt werden. Wer im europäischen und  
72 globalen Wettbewerb bestehen will, braucht Kompetenz, Weitblick und Weltläufigkeit.  
73 Mit dem neu gewählten Oberbürgermeister Jürgen Roters haben diese  
74 Zielsetzungen nun Perspektive.

75 Die vorliegende Koalitionsvereinbarung beschreibt die Felder und Zielsetzungen  
76 gemeinsamen politischen Handelns. Die Vereinbarung ist politische  
77 Absichtserklärung und Arbeitsplan für die gesamte Wahlperiode. Angesichts der  
78 dramatischen Haushaltslage stehen allerdings alle vereinbarten politischen Initiativen  
79 und Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt.  
80

# 81 Inhalt

82

83 1. Nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik

84 2. Stadtbeteiligte Gesellschaften

85 3. Stadtentwicklung

86 4. Regionale Kooperation

87 5. Wissenschaftsstandort

88 6. Nachhaltige Flächenpolitik und Liegenschaften

89 7. Wirtschaft

90 8. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung

91 9. Wirtschaftsverkehr und Logistik

92 10. Verkehr

93 11. Umwelt/Grün/Abfallwirtschaft

94 12. Energie

95 13. Bauen und Wohnen

96 14. Jugend- und Schulpolitik

97 15. Soziales

98 16. Einwanderung und Integration (Migration)

99 17. Gesundheit

100 18. Kultur

101 19. Sport

102 20. Vielfalt

103 21. Stadtverwaltung

104 22. Sicherheit und Ordnung, Bürgerbeteiligung, Vergaben, Internationales

105 23. Selbstverständnis und Arbeitsweise

# 1. Nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik

Die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hat die öffentlichen Haushalte hart getroffen. Der erhebliche Einbruch der Steuereinnahmen – vor allem bei der Gewerbesteuer als wichtigster Steuer - trifft die Städte besonders hart. Köln macht da keine Ausnahme. Diese Situation wird durch die Steuersenkungspolitik der Bundesregierung verschärft. Zugleich hat die Krise einen Anstieg der Sozialausgaben zur Folge.

## **Für handlungsfähige Städte**

Die Krise verschärft das Grundproblem des kommunalen Finanzsystems, nämlich das strukturelle Auseinanderdriften von Ausgaben und Einnahmen. Es wurde durch ein „Zwischenhoch“ der Gewerbesteuer von 2006 bis 2008, das die Landesregierung zu einer erneuten erheblichen Belastung der Kommunen genutzt hat, nur übertüncht. Im Kern geht es um eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen. Auch der Bund verlagert Aufgaben in nicht hinnehmbarer Art und Weise auf die Kommunen. Die jetzt geplante Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft auf 23% ist kontraproduktiv. Deshalb sind wirksame Regelungen auf Landes- und Bundesebene für die Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, bezahlt!“) überfällig. Die finanzielle Basis der kommunalen Selbstverwaltung erodiert zusehends.

Eine Gemeindefinanzreform und eine Änderung der Steuergesetzgebung mit dem Ziel der Stärkung kommunaler Steuerkraft stehen vorrangig auf der Agenda. Dies umfasst die Sicherung des steuerlichen Querverbands, die Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs in NRW mit dem Ziel einer bedarfsgerechten Finanzausstattung der Kommunen sowie eine Beendigung der Beteiligung der Kommunen an den einheitsbedingten Lasten. Zuvorderst sind die zuviel gezahlten Anteile der Kommunen an den Solidarpakt-Lasten (2006 bis 2009) vom Land NRW zurückzuzahlen. Da die mit dem Solidarpakt Ost verbundenen Aufgaben inzwischen erfüllt sind, ist Infrastrukturförderung über ein Solidarpaktinstrument nicht an Himmelsrichtungen, sondern Bedürftigkeit auszurichten.

SPD und GRÜNE betrachten als eine vorrangige Aufgabe, dass die Stadt Köln mit aller Kraft Initiativen zur Reform der Kommunal Finanzen unterstützt und dafür das Bündnis der Städte und die Arbeit in kommunalen Spitzenverbänden verstärkt.

## **Haushaltskrise und -sanierung**

Die Kölner Haushaltslage ist vor dem dargestellten Hintergrund dramatischer als 2003, als der Rat ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) beschließen musste. Der vorzeitige erfolgreiche Abschluss des HSK war im Wesentlichen nur infolge temporär wachsender Steuereinnahmen möglich. Die strukturelle Unterfinanzierung und Tendenzen der Mangelverwaltung bleiben.

SPD und GRÜNE sind sich darin einig, dass angesichts der noch über Jahre wirkenden Krisenfolgen die Aufrechterhaltung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit der Stadt Köln die politische Kernaufgabe in dieser Wahlperiode ist. Sie richten ihre Haushaltspolitik daran aus, Gestaltungsmöglichkeiten und Zukunftschancen für Köln zu erhalten. Daher hat ein ausgeglichener Haushalt oberste Priorität, um das eigenständige Handeln von Rat und Verwaltung zu sichern.

156 Infolge des erheblichen Fehlbedarfs im Haushalt sind Maßnahmen zur  
157 Haushaltssicherung unvermeidlich. Sofern es nicht gelingt, den jahresbezogenen  
158 Ausgleich für 2010ff unter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage darzustellen, ist  
159 ein HSK aufzustellen. Unabdingbares Ziel muss es sein, ein Abgleiten der Stadt in  
160 das Nothaushaltsrecht zu vermeiden. Die Stadt steht somit vor harten  
161 Haushaltsjahren. SPD und GRÜNE sind sich einig, dass daher alle von ihr zu  
162 treffenden Entscheidungen und Initiativen unter dem Vorbehalt der finanziellen  
163 Umsetzbarkeit stehen. Die Konsolidierungserfordernisse zwingen dazu, politische  
164 Prioritäten zu setzen. Nicht alles, was wünschenswert wäre, ist machbar. Daher  
165 stehen alle vereinbarten Ziele und Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt.

166

### 167 **Prioritäten**

168 Angesichts der Erfordernisse an die Haushaltssanierung sind Einsparungen,  
169 Leistungsreduzierungen und mitunter auch der Verzicht auf Maßnahmen  
170 unvermeidlich. Flächendeckende drastische Kürzungen nach dem  
171 „Rasenmäherprinzip“ sind kontraproduktiv. Sie erhöhen die Gefahr, dass so  
172 Leistungsstrukturen auf breiter Front unwiederbringlich zerstört werden.  
173 Konsolidierung bedeutet aber auch, Effizienz und Synergien zu erhöhen und die  
174 Leistungserbringung zu optimieren. Mit Hilfe von Personalentwicklungskonzepten ist  
175 der Personalbedarf transparent und differenzierter zu steuern. Interne Umschichtung  
176 von Personalressourcen – auch über Dezernatsgrenzen hinweg – von reduzierten zu  
177 priorisierten Bereichen sind dabei nicht auszuschließen.

178

179 Daher müssen Prioritäten gesetzt werden. Pflichtige und freiwillige Aufgaben werden  
180 in allen Produktbereichen auf den Prüfstand gestellt. SPD und GRÜNE erwarten,  
181 dass die Verwaltung dies zügig durchführt und die Ergebnisse transparent darstellt.  
182 Dabei sind im Sinne der Nachhaltigkeit Folgewirkungen sorgfältig abzuwägen. Jede  
183 Sparmaßnahme ist auch daraufhin zu überprüfen, ob sie langfristig nachhaltig ist.

184

185 SPD und GRÜNE setzen in ihrer gemeinsamen Haushaltspolitik folgende Prioritäten:

186

- 187     ▪ Erhalt wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell attraktiver  
188         Rahmenbedingungen
- 189     ▪ Bekämpfung der Erwerbslosigkeit
- 190     ▪ Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche
- 191     ▪ Sozialraumorientierte Ansätze, die Armut bekämpfen und Chancen  
192         ermöglichen
- 193     ▪ Sicherung des kommunalen sozialen Netzes und relevanter  
194         Integrationsmaßnahmen
- 195     ▪ Unverzichtbare Stadtgestaltungs- und Umweltmaßnahmen
- 196     ▪ Sanierungen zum Substanzerhalt vorrangig bei Bildung und Infrastruktur

197

198 Unbedingt notwendig ist auch die Gestaltung der Einnahmenseite.

199

### 200 **Realsteuern**

201 Der Gewerbesteuerhebesatz (450%) soll stabil bleiben, um die Wettbewerbsfähigkeit  
202 Kölns zu erhalten. Vorrangig ist eine verstärkte Bestandspflege und  
203 Unternehmensansiedlung, um mehr Steuereinnahmen zu erzielen.

204

205

206 **Aufwandsteuern**

207 SPD und GRÜNE werden sorgfältig prüfen, inwieweit die Stadt Köln von ihrem  
208 grundgesetzlich festgelegten Steuerfindungsrecht Gebrauch machen kann. Eine  
209 erste Maßnahme ist die Einführung einer „Kulturförderabgabe“ für das  
210 Beherbergungsgewerbe, das seitens der schwarz-gelben Bundesregierung durch  
211 eine Umsatzsteuersenkung ein Steuergeschenk zu Lasten der Kommunen enthält.  
212 Wenn Bund und Land die Städte im Stich lassen, ist es legitim, wirkungsvolle  
213 Steuereinnahmequellen zu erschließen, sofern dadurch das soziale Gefüge und die  
214 Basis privatwirtschaftlichen Handelns in einer Stadt nicht beeinträchtigt werden.

215  
216 Die Zweitwohnungssteuer hat den eigentlichen Zweck, diejenigen, die in Köln leben  
217 und die kommunale Infrastruktur nutzen, zur Anmeldung des Erstwohnsitzes zu  
218 bewegen, damit die Stadt so höhere Schlüsselzuweisungen des Landes generiert.  
219 SPD und GRÜNE werden prüfen, ob dieses Ziel auch durch andere Maßnahmen  
220 nachhaltig zu erreichen ist.

221  
222 **Gebühren**

223 SPD und GRÜNE wirken darauf hin, Abwasser-, Straßenreinigungs- und  
224 Müllgebühren stabil zu halten. Eine Voraussetzung hierfür ist, dass die  
225 Entsorgungsunternehmen eine effiziente Wirtschaftsführung betreiben. Es gilt der  
226 Grundsatz der Kostendeckung, eine Subventionierung aus dem Haushalt scheidet  
227 aus.

228  
229 Die Gebühren für städtische Leistungen bzw. Angebote städtischer Einrichtungen  
230 werden auf ihre Angemessenheit ebenso überprüft wie der Ressourceneinsatz und  
231 der Standard der jeweiligen Leistungserbringung.

232  
233 Die Betriebskostenzuschüsse an städtische Einrichtungen sind ebenfalls  
234 dahingehend zu überprüfen, ob eine Reduzierung durch Effizienzsteigerungen und  
235 eine verantwortbare Erhöhung der Entgelte (Eintrittspreise) möglich ist.

236  
237 **Aufgabenwahrnehmung**

238 Die Ausgliederung von Aufgaben aus der Verwaltung bzw. Vergabe an private Dritte  
239 ist nur dann sinnvoll, wenn sie bei gleichen Qualitätsstandards wirtschaftlicher  
240 erbracht oder bei gleichem Mitteleinsatz eine höhere Qualität erzielt werden kann  
241 und wichtige Steuerungsfunktionen der Stadt nicht verloren gehen. Dies muss in  
242 jedem einzelnen Fall geprüft werden.

243  
244 **Vermögenspolitik**

245 Die Haushaltslage erfordert eine gezielte, aber auch restriktive Investitionspolitik. Für  
246 SPD und GRÜNE haben Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen Priorität. Jeder  
247 Investitionsentscheidung muss eine nachvollziehbare Folgekostenberechnung zu  
248 Grunde liegen. Maßnahmen können nur umgesetzt werden, wenn diese Folgekosten  
249 im Rahmen einen ausgeglichenen Ergebnisplans finanziert werden können.

250 Die Stadt Köln hat kein bedrohliches Verschuldungsproblem. 2,7 Mrd. Euro  
251 Verbindlichkeiten stehen bilanziell bei einer Gesamtbilanzsumme von 16 Mrd. Euro  
252 allein über 9 Mrd. Euro Sachanlage- und 6 Mrd. Euro Finanzlagevermögen  
253 gegenüber. Der „Gesamtkonzern Stadt“ ist in solider Verfassung. Ziel muss  
254 allerdings eine Netto-Neuverschuldung „Null“ bzw. der Schuldenabbau sein.

255

256 Städtische Unternehmen sollen in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gestärkt  
257 werden, um ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der  
258 Daseinsvorsorge effizient wahrzunehmen und durch Ausschüttungen den  
259 Stadthaushalt zu stärken. Das gilt insbesondere für den Stadtwerke-Konzern. Dabei  
260 ist wichtig, dass die wirtschaftliche Solidität und Handlungsfähigkeit der SWK-  
261 Gesellschaften nicht gefährdet werden.  
262 Defizitausgleich durch Veräußerung städtischer Beteiligungsgesellschaften, die  
263 strategische bzw. infrastrukturell bedeutsame Aufgaben für die Stadt erfüllen bzw.  
264 signifikante Erträge für den Haushalt abwerfen, wäre der falsche Weg.  
265 Immenser Vermögensverzehr ist keine nachhaltige Finanzpolitik.

266

### 267 **Haushaltstransparenz**

268 SPD und GRÜNE werden Initiativen ergreifen, den inzwischen auf Grundlage des  
269 neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) beruhenden Stadthaushalt  
270 transparenter und aussagefähiger und somit auch politisch steuerbarer zu gestalten.  
271 Dies umfasst sowohl eine umfassendere Beschreibung der Transfer- und sonstigen  
272 Aufwendungen in den Ergebnisplänen als auch die Produkt- und  
273 Leistungsbeschreibungen. Entsprechend den NKF-Zielen eines wirkungsorientierten  
274 Haushalts sollen schrittweise konkrete Ziel- und Produktbeschreibungen,  
275 Kennzahlen und Benchmarks und ein unterjähriges Berichtswesen unter  
276 Einbeziehung der Kosten- und Leistungsrechnung etabliert werden. Ziel muss die  
277 Out-put orientierte Steuerung des Haushalts sein.

278

279 Die städtische Haushaltswirtschaft (Ergebnisplan, Finanzplan, Bilanz,  
280 Produktbereiche, Produkte, relevante Kennziffern) soll im städtischen Internetauftritt  
281 übersichtlich und nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger dargestellt werden.

282

### 283 **Stärkung der Bezirksvertretungen**

284 Die Bezirksvertretungen sollen in ihren Haushaltskompetenzen für bestimmte  
285 bezirksbezogene Vorhaben gestärkt werden, in dem sie über die Mittelverwendung,  
286 Umschichtungen und Einsparungen beraten und Empfehlungen aussprechen  
287 können. Innerhalb der Produktbereiche sind rein bezirksbezogene Aufwendungen  
288 konkret abzugrenzen. Kompetenz und Zuständigkeit des Rates (§ 41 GO NRW)  
289 bleiben davon unberührt.

290

### 291 **Bürgerhaushalt**

292 Das von SPD und GRÜNE erfolgreich eingeführte Beteiligungsverfahren  
293 „Bürgerhaushalt“ wird fortgesetzt und auf Basis der bisherigen Erfahrungen  
294 weiterentwickelt. Vor dem Hintergrund der notwendigen Haushaltssanierung gewinnt  
295 eine Bürgerbeteiligung auf Basis einer transparenten Darstellung der städtischen  
296 Finanzstruktur große Bedeutung, um in der Bevölkerung Akzeptanz und  
297 Unterstützung für eine nachhaltige Sanierungspolitik zu erreichen. Deshalb ist der  
298 „Bürgerhaushalt“ kein Instrument zum bloßen „Geld verteilen“, sondern die Teilhabe  
299 an der Haushaltsrealität, die auch Bürgervoten für Einsparungen, Prioritäten und  
300 Schwerpunktsetzungen einhalten soll.



## 301 2. Stadtbeteiligte Gesellschaften für eine 302 leistungsfähige Stadt

303  
304 Die städtischen Beteiligungsunternehmen nehmen überwiegend Aufgaben der  
305 Daseinsvorsorge in der Ver- und Entsorgung, dem öffentlichen Nahverkehr, Logistik  
306 sowie im Wohnungsbau und –versorgung wahr. Darüber hinaus nehmen sie  
307 Aufgaben der Wirtschafts- und Strukturförderung wahr. Sie leisten einen wichtigen  
308 Beitrag zur Aufrechterhaltung und Ausbau kommunaler Infrastruktur, gewährleisten  
309 ein großstädtisches Angebot und sichern Arbeitsplätze. Sie erbringen  
310 Dienstleistungen im allgemeinen Interesse oder ergänzen Angebote der  
311 Privatwirtschaft. Sie sind wichtiger Partner des Mittelstandes und des Handwerks.

312 Sie sind somit eine tragende Säule für den Wirtschaftsstandort Köln. Die  
313 Unternehmen im Stadtwerkekonzern leisten zudem eine unverzichtbare relevante  
314 Ausschüttung an den städtischen Haushalt.

### 315 1.1 Daseinsvorsorge und Wettbewerb

316 SPD und GRÜNE sind sich darin einig, dass stadtbeteiligte Unternehmen, deren  
317 strategische Ziele der Stadtrat vorgibt, das wirtschaftliche und finanzpolitische  
318 Rückgrat der kommunalen Selbstverwaltung bilden. Sie sind für ein funktionierendes  
319 Gemeinwesen unverzichtbar.

320 SPD und Grüne bekennen sich eindeutig zum Erhalt kommunaler Unternehmen als  
321 Garant kostengünstiger und qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge.

322 Negative Erfahrungen aus anderen Ländern, die bei der Wahrnehmung öffentlicher  
323 Aufgaben konsequent auf Privatisierung gesetzt haben, belegen eindrucksvoll, dass  
324 Bau, Unterhaltung und Betrieb der öffentlichen Infrastruktur nicht dem freien Spiel der  
325 Kräfte unterworfen werden dürfen. Ideologisch motivierte Pauschalaussagen wie  
326 „Privat vor Staat“ erteilen SPD und GRÜNE daher eine klare Absage.

327 Seit der in der Europäischen Union eingeführten Liberalisierung der Energie-,  
328 Verkehrs-, Ver- und Versorgungsmärkte kämpfen die Städte für ihre Unternehmen um  
329 gleiche Rechte und Wettbewerbschancen gegenüber privaten und oft  
330 kartellbildenden Unternehmen. Auch wenn das europäische Parlament inzwischen  
331 die Notwendigkeit der Daseinsvorsorge anerkennt, werden SPD und GRÜNE  
332 wachsam sein. SPD und Grüne treten für einen fairen Wettbewerb ein.  
333 Wettbewerbsverzerrungen, wie durch die Änderung des §107 der Gemeindeordnung  
334 durch die CDU/FDP-Landesregierung, müssen revidiert werden.

335 Die Betrauung der städtischen Unternehmen mit der Wahrnehmung kommunaler  
336 Aufgaben der Daseinsvorsorge hat sich bewährt und wird fortgesetzt.

### 337 1.2 Leistungsfähigkeit stärken

338 SPD und GRÜNE wollen die städtischen Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen  
339 Leistungsfähigkeit stärken, damit sie Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger im  
340 Rahmen der Daseinsvorsorge effizient wahrnehmen und durch Ausschüttungen  
341 einen Beitrag für den Stadthaushalt zu leisten. SPD und GRÜNE wollen den  
342 notwendigen Einfluss der Stadt auf die städtischen Unternehmen sicherstellen, den

343 Stadtwerke-Konzern durch eine weitere Bündelung von Aufgaben der  
344 Daseinsvorsorge stärken und dadurch den städtischen Haushalt entlasten. SPD und  
345 Grüne werden keine Veräußerung städtischer Unternehmensbeteiligungen, die  
346 strategische bzw. infrastrukturell bedeutsame Aufgaben für die Stadt erfüllen,  
347 vornehmen, um so das Haushaltsdefizit auszugleichen. Auch Ausschüttungen aus  
348 der Substanz wären kontraproduktiv. Eine solche Politik beraubt die Stadt ihrer  
349 Gestaltungsmöglichkeiten und löst keine Finanzprobleme.  
350 SPD und GRÜNE wollen eine angemessene Kapitalausstattung der städtischen  
351 Unternehmen sicherstellen, damit diese auch in Zukunft handlungsfähig bleiben und  
352 neuen Herausforderungen begegnen können. Die Entwicklung städtischer  
353 Unternehmen zu leistungsstarken regionalen Anbietern fördert die  
354 Wettbewerbsfähigkeit und garantiert dauerhaft den städtischen Einfluss auf die  
355 Aufgabenerfüllung.

356  
357 SPD und GRÜNE lehnen eine Veräußerung der städtischen Beteiligung am  
358 Wohnungsunternehmen GAG AG ab. GAG/Grubo halten preiswerten  
359 Wohnungsbestand vor und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur sozialen Vielfalt  
360 der Stadtteile. Überdies hält der mittelbare städtische Einfluss über den Mietspiegel  
361 das Mietpreinsniveau in der Großstadt Köln insgesamt in einem erträglichen  
362 Gesamtrahmen.

363 SPD und GRÜNE schließen weder die Möglichkeit stärkerer Beteiligungen noch in  
364 Einzelfällen die Beteiligung privater Dritter an städtischen Unternehmen aus.  
365 Entscheidend ist immer, dass die Stadt die Steuerung und Kontrolle sicherstellt, die  
366 von den Aufsichtsräten ausgeübt werden, in die der Rat die Vertreter/Vertreterinnen  
367 seines Vertrauens entsendet.

### 368 1.3 Transparenz

369 SPD und Grüne sind sich der besonderen gesellschaftlichen Verantwortung  
370 stadtnaher Unternehmen bewusst und setzen sich für Transparenz des  
371 Geschäftsgebarens und eine ausreichende Kontrolle der Unternehmensführungen.  
372 Richtschnur sind die Empfehlungen des "Public Corporate Governance Kodex" des  
373 Bundes, der Standards für gute Unternehmensführung festlegt und teilweise strikter  
374 fasst als die der Privatwirtschaft. Grundsätzlich werden SPD und GRÜNE darauf  
375 hinwirken, dass zu besetzende Positionen für Vorstände und Geschäftsführungen  
376 ausgeschrieben und geeignete Bewerber/innen mit Hilfe von  
377 Personalberatungsunternehmen gesucht werden. Eine Ausnahme können  
378 Personalvorstände mitbestimmter Gesellschaften sein.

379 Wir fordern eine transparente Aufarbeitung der Vergabeproblematik bei den  
380 Messehallen. Politik und Öffentlichkeit sollen über die Konsequenzen zeitnah  
381 informiert werden.

### 382 1.4 Sparkasse

383 Kommunale Sparkassen, wie die Sparkasse KölnBonn, tragen wegen ihrer  
384 Dezentralität und Kundennähe erheblich zur Stabilisierung des Bankensystems bei.  
385 Gerade in Zeiten der Finanzmarktkrise sichern sie die Kreditversorgung der  
386 regionalen Wirtschaft und breiter Schichten der Bevölkerung.

387 SPD und GRÜNE erteilen daher einer Veräußerung der Sparkasse eine klare  
388 Absage. Für die Stadt als öffentlich-rechtlicher Träger hat der Schutz der Sparkasse  
389 Vorrang vor der Bestandssicherung der Landesbanken.

390 Wir setzen uns für eine intensivere regionale Kooperation ein und wirken darauf hin,  
391 das Geschäftsmodell auf die Kernaufgaben einer großstädtischen Sparkasse  
392 auszurichten. Dieses ist darauf ausgerichtet, alle gesellschaftlichen Gruppen  
393 unabhängig von der Höhe des Einkommens oder Vermögens sowie den  
394 wirtschaftlichen Mittelstand mit modernen finanzwirtschaftlichen Leistungen zu  
395 versorgen. Sparkassen sind gemeinwohlorientiert.

396 Projekte zur Stadtentwicklung sind nur dann zu verantworten, wenn sie für die  
397 Sparkasse nachhaltig rentierbar sind. Von Aufgaben und Geschäften, die diesem  
398 Geschäftsmodell nicht dienen bzw. die Sparkasse wirtschaftlich belasten, soll sie sich  
399 zu marktgerechten Konditionen trennen.

400

### 401 **3. Stadtentwicklung**

402 Nachdem der Masterplan, konkretisiert durch den Ratsbeschluss vom 05.05.2009,  
403 und das Höhenkonzept für die Innenstadt vorliegen und in den nächsten Jahren als  
404 Grundlage der innerstädtischen Planung dienen, wollen SPD und GRÜNE weiter  
405 konzeptionell an der Entwicklung der Gesamtstadt arbeiten.

406 Dabei legen sie großen Wert darauf, dass die vereinbarten Ziele als integrierte  
407 Handlungs- und Planungskonzepte erarbeitet werden und für die Gesamtstadt  
408 gelten.

409 Als Planungsgrundlagen für eine transparente und nachhaltige Stadtentwicklung  
410 sollen die folgenden Konzepte entwickelt werden:

- 411 • ein **Hochhauskonzept**
- 412 • **teilräumliche Konzepte** für Gebiete, die einem strukturellen Wandel  
413 unterworfen sind, wie
  - 414 ○ Mülheim-Süd, ehemaliges KHD-Gelände, Euroforum Nord/West
  - 415 ○ Güterbahnhof Mülheim
  - 416 ○ Güterbahnhof Ehrenfeld
  - 417 ○ Güterbahnhof Kalk
  - 418 ○ Innerer südlicher Grüngürtel
  - 419 ○ FH-Gelände Deutz
  - 420 ○ Kalk-Süd
  - 421 ○ Heliosgelände

422                   ○ Deutzer Hafen

423                   ○ Rheinufer/Rheinboulevard

424 Über die benannten Gebiete hinaus soll ein stadtweites System permanenter  
425 kleinräumiger Beobachtung als Frühwarnsystem eingerichtet werden, um  
426 problematische Entwicklungen in den Stadtvierteln frühzeitig zu identifizieren und  
427 ihnen entgegenzuwirken.

428 Weiterhin sollen die folgenden Konzepte erarbeitet und umgesetzt werden:

429           • **Stadtteilkonzepte** zur Stärkung der Identität und der Bezirkszentrenstruktur,  
430           z. B. Lindweiler, Heimersdorf, Sürth

431           • **Fortführung der Aufwertung einiger 60er/70er-Jahre-Siedlungen**, z. B.  
432           Bocklemünd-Mengenich, Finkenbergl, Meschenich und Chorweiler

433 Dabei soll **die Planungskultur** weiter verbessert werden durch

434           • intensive und frühzeitige Bürgerbeteiligung

435           • die Unterstützung von innovativem bürgerschaftlichem Engagement, welches  
436           sich für die Attraktivierung der Stadtteile einsetzt

437           • einen Kriterienkatalog für Qualifizierungs- und Beteiligungsverfahren

438           • transparente Verfahren zur Einladung zu Wettbewerben

439           • ein verbessertes Internetangebot der Stadt bei Bauleitplänen und Offenlagen  
440           (alle Planungsprozesse, -grundlagen, -daten und Verfahrensstände sollen im  
441           Internet für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar sein)

442           • Sozialraumorientierung bei Planungsprozessen (Beteiligung von Bewohnern  
443           aus belasteten Stadtteilen soll gefördert werden)

444           • Förderung des öffentlichen Diskurses über Stadtentwicklung. Veranstaltungen  
445           im Haus der Architektur oder der Plan-Woche sollen mit städtischen  
446           Ausstellungen am Stadtmodell oder im Museum für Angewandte Kunst  
447           vernetzt werden.

448 Die **Urbanität der Stadt** soll gefördert werden durch

449           • Nutzungsmischung von Wohnen und Arbeiten

450           • Soziale Mischung, um Segregation zu vermeiden

451           • Ausweisung von Mischgebietsflächen statt Kerngebieten

452           • Stärkung der polyzentrischen Struktur der Stadt

453           • Stärkung der Stadtteilzentren mit ihren fußläufigen Einkaufsmöglichkeiten

454           • architektonische Einfügung des Einzelhandels ins Stadtbild

- 455 • Stärkung von Märkten, Schaffung eines Innenstadtmarktes, Anpassung der  
456 Verkaufszeiten an die Nachfrage (nachmittags)
- 457 • Initiativen an den Gesetzgeber zur Reform nicht mehr zeitgemäßer  
458 Regelungen, wie z. B. der Abstandsklassen, des Bundesimmissionsschutzes  
459 und der Spielplatzsatzung nach Landesbauordnung NRW.
- 460 • Erschließung neuer Baugebiete durch die Stadt und kleinparzellerte Vergabe

461 **Köln soll durch die folgenden Maßnahmen attraktiver für Naherholung, Freizeit**  
462 **und Sport werden:**

- 463 • Aufwertung der Rheinufer (z. B: durch Gelegenheiten für Gastronomie,  
464 Beleuchtung der Fußgänger- und Joggingwege etc.)
- 465 • Aufwertung der Rheinpromenade zwischen Bahnhof und Zoo, Öffnung der  
466 Bastei für die Allgemeinheit incl. Außengastronomie
- 467 • Schaffung der Durchgängigkeit des inneren Grüngürtels für Fußgänger und  
468 Radfahrer
- 469 • Bestandspflege bestehender Parks unter Einbeziehung bürgerschaftlichen  
470 Engagements
- 471 • Kinderfreundliche Bauleitplanung, bei Flächenknappheit durch  
472 Qualitätssteigerung bestehender Angebote (Aufwertung benachbarter  
473 Einrichtungen)
- 474 • Angebote für größere Kinder (Bolzplätze, Streetbasketball etc., auch im  
475 Indoorbereich, z. B. durch Mehrzweckhallen)

476 **Die Innenstadt Kölns soll attraktiver werden, deshalb werden die**  
477 **Vertragspartner die folgenden Maßnahmen zur Umsetzung bringen:**

- 478 • Aufwertung Domumgebung
- 479 • Aufwertung Umfeld der romanischen Kirchen
- 480 • Ebenerdige Umgestaltung des Ebertplatzes im Sinne des Masterplans
- 481 • Sukzessive Umgestaltung der Ringe im Sinne des Masterplans
- 482 • Aufnahme der Planungen zur stadtverträglichen Führung der Ost-West-Achse

483 **Zum Wohlfühleffekt in den Vierteln gehört ein ansprechend gestalteter und von**  
484 **allen nutzbarer öffentlicher Raum. Die Gestaltungsrichtlinien des Masterplans**  
485 **sollen auf das gesamte Stadtgebiet übertragen werden. Das heißt:**

- 486 • Abbau von Angsträumen
- 487 • Entrümpelung der öffentlichen Räume
- 488 • Restriktive Werbung im öffentlichen Raum

- 489 • Klare Anordnung der Stadtmöblierung
- 490 • Obligatorische Einbindung der Stadtraummanagerin
- 491 • Aktivierung des Programms „Auf die Plätze“

492 **Um dem Klimawandel entgegenzuwirken und der zunehmenden Erwärmung**  
 493 **planerisch präventiv zu begegnen, muss Köln grüner werden. Dies soll**  
 494 **geschehen durch**

- 495 • die verbesserte Pflege bestehender Parks und Grünflächen
- 496 • die Sicherung von Ventilationsschneisen
- 497 • Festsetzungen in Bebauungsplänen, z. B. Dach-/Fassadenbegrünungen,  
 498 Begrünung von Plätzen, Straßen und Höfen, Baumpflanzungen auf  
 499 versiegelten Flächen (Parkplätze)
- 500 • Anlage von Alleen
- 501 • Entsiegelungsprogramme
- 502 • Entwicklung neuer Grünzüge (z. B. Schlachthof-Blücherpark und  
 503 Güterbahnhof Mülheim)
- 504

505 **4. Regionale Zusammenarbeit**

506 Die vielfältigen u. a. durch die Regionale 2010 initiierten Impulse sollen genutzt  
 507 werden um die regionale Zusammenarbeit zu intensivieren. Dazu ist es notwendig,  
 508 bereits vorhandene Instrumente und Organisationsformen ebenso wie neue Ansätze  
 509 offen auf ihre Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit zu überprüfen. Auf Grundlage der  
 510 Bewertungsergebnisse ist eine stärkere Institutionalisierung der regionalen  
 511 Zusammenarbeit anzustreben. Das Planungsinstrument der integrierten  
 512 Raumanalyse ist stadtgrenzenübergreifend weiterzuentwickeln.

513  
 514 Ob für Strukturförderung, Stadtentwicklung, Umwelt, Verkehr, Kultur oder  
 515 Kreativwirtschaft, es bestehen zahlreiche Möglichkeiten und Chancen, für Köln und  
 516 die rheinische Region Fördermittel bei Land, Bund und EU einzuwerben und gezielt  
 517 einzusetzen.

518 Hier geschah in den letzten Jahren einfach zu wenig. Chancen wurden vertan. Dies  
 519 wollen SPD und GRÜNE gemeinsam mit dem Oberbürgermeister durch ein  
 520 systematisches Förder-Monitoring und eine intensive Lobby-Arbeit ändern. Dafür  
 521 möchten sie die Nachbarkommunen und –kreise als Partner und Verbündete  
 522 gewinnen. SPD und GRÜNE setzen auf eine intensivere Zusammenarbeit in der  
 523 rheinischen Metropolregion. Der Verein „Regio Köln/Bonn und Nachbarn“ ist eine  
 524 wichtige Plattform, um die regionale Kooperation zu befördern, die bislang zu wenig  
 525 genutzt wurde. Dies setzt aber eine stärkere Beteiligung der Stadträte und Kreistage  
 526 voraus.

527 Darüber hinaus muss Köln – im eigenen und auch regionalen Interesse – wieder als  
528 eine starke Stimme auf Landes- und Bundesebene, beim Städtetag und in der  
529 europäischen Verbandspolitik wahrgenommen werden. Daran soll das  
530 Verwaltungshandeln ausgerichtet werden. Alle demokratischen Akteure, Verbände  
531 und Gewerkschaften sind projektbezogen zu kontinuierlichen Kooperationsvorhaben  
532 eingeladen.  
533

## 534 **5. Wissenschaftsstandort**

535 Köln ist mit seinen derzeit 13 Hochschulen und fünf öffentlichen Forschungszentren  
536 ein bedeutender Standort für Lehre und Forschung. Hinzu kommen zahlreiche  
537 Forschungseinrichtungen von Unternehmen und Technologiezentren. Zählt man die  
538 Region dazu, nimmt unsere Wissenschafts- und Forschungslandschaft eine  
539 europäische Spitzenposition ein.

540 Diese Potenziale werden immer noch zu wenig genutzt. Wissenschaft und Forschung  
541 sind zu wenig in der Stadtgesellschaft verankert. In der öffentlichen Aufmerksamkeit  
542 finden die Kölner Hochschulen und Forschungseinrichtungen nicht die erforderliche  
543 Wertschätzung. Der Transfer von Forschungsergebnissen in Entwicklungsprozesse  
544 ist zu wenig strukturiert und organisiert. Handlungsbedarf besteht insbesondere auf  
545 folgenden Feldern:

- 546 ▪ Information über Forschungsschwerpunkte und -ergebnisse
- 547 ▪ Übergangsmanagement von Schule zur Hochschule
- 548 ▪ Strukturiertes Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft
- 549 ▪ Transfer von Forschungsergebnisse in zukunftsfähige Produkte
- 550 ▪ Gemeinsames Marketing
- 551 ▪ Entwicklung der Marke „Wissenschaftsstandort Köln“
- 552 ▪ Berücksichtigung studentischer Interessen in der Stadtpolitik

553 Die Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft soll verstärkt werden, auch  
554 um Investoren, die vom wissenschaftlichen Output profitieren können, an Köln zu  
555 binden bzw. für Köln zu gewinnen.

556 Wir unterstützen die Gründungsinitiative des Oberbürgermeisters für ein „Haus der  
557 Innovationen“ als Kontaktstelle und Plattform zur Präsentation von Forschungsideen  
558 und -ergebnissen, für Unternehmenskooperationen und Unternehmergründungen  
559 sowie eine städtische Servicestelle für studentische Anliegen (Wohnraum etc.).

560 Jährlich verlassen Tausende gut ausgebildet die Hochschulen, aber zum Teil leider  
561 auch die Stadt. Der Aufbau eines Netzwerks mit der Universität, der Fachhochschule,  
562 der Musikhochschule und der Kunsthochschule für Medien soll darauf hinwirken,  
563 dass hoch qualifizierte Hochschulabsolventen in Köln eine berufliche Zukunft finden;  
564 dies schließt Existenzgründungsinitiativen mit ein.

565 Im Hinblick auf die Durchführung von mehr wissenschaftlichen Kongressen soll die  
566 Stadt stärker mit den Hochschulen kooperieren.

567 Wir setzen uns für einen regionalen Wissenschafts- und  
568 Forschungsentwicklungsplan der „ABCD-Städte“ (Aachen, Bonn, Cologne,  
569 Düsseldorf) ein. Bestandteil dieses Plans sollen neben den Schwerpunkten der  
570 Hochschul- und Forschungsaktivitäten auch mögliche Kooperationsfelder,  
571 Netzwerkbildung, Technologietransfer und Nachwuchsförderung sein.

### 572 **Moderne Fachhochschule für Köln**

573 SPD und GRÜNE begrüßen die Absicht des Landes NRW, die Fachhochschule am  
574 Standort Köln durch Neubauinvestitionen zu stärken. Mit dem Ziel die Investition des  
575 Landes NRW in Köln zu sichern, wird die Stadt Köln rechtzeitig nach der  
576 Entscheidung des Landes NRW ihre notwendigen Beschlüsse fassen. SPD und  
577 GRÜNE wirken darauf hin, in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium  
578 NRW und dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW zu für beiden Seiten  
579 vorteilhaften Lösungen zu kommen.

580 Ob das Ingenieurwissenschaftliche Zentrum (IWZ) der FH zukünftig im Umfeld des  
581 bisherigen Standorts in Deutz verbleibt oder in der Nähe des FH-Standorts in der  
582 Südstadt konzentriert wird, soll ergebnisoffen geprüft werden.

583 Dabei sollen die jeweiligen Vor- und Nachteile für den Wissenschaftsbetrieb  
584 (Synergien zwischen Fachhochschule und Universität), die Wirtschaftlichkeit, aber  
585 auch die verkehrspolitischen Aspekte sowie soziale und städtebauliche  
586 Auswirkungen auf die jeweiligen Quartiere analysiert und abgewogen werden.

587 Ob für die Verlagerung des IWZ auch geeignete städtische Grundstücke in Deutz  
588 infrage kommen, soll geprüft werden. Für die Südstadt/Bayenthal ist dabei die  
589 Fortführung des inneren Grüngürtels gemäß dem städtebaulichen Masterplan zu  
590 berücksichtigen.

591 SPD und GRÜNE werden die Verwaltung beauftragen, Standortuntersuchungen und  
592 Machbarkeitsstudien in Bürgerversammlungen an den jeweiligen Orten öffentlich zur  
593 Diskussion zu stellen und so eine erweiterte Bürgerbeteiligung gewährleisten.

594 Sofern eine Entscheidung für eine Konzentration der FH Köln im Kölner Süden fällt,  
595 sollen zugleich mit dem Land NRW verbindliche Vereinbarungen zur Revitalisierung  
596 des bisherigen FH-Deutz-Areals getroffen werden, die dem rechtsrheinischen  
597 Stadtteilen Deutz und Kalk realistische Chancen eröffnen, in absehbarer Zeit den  
598 positiven Strukturwandel zu unterstützen.



599

## 6. Nachhaltige Flächenpolitik und Liegenschaften

600 Flächen im städtischen Bereich sind ein knappes Gut und nicht beliebig vermehrbar.  
601 Das gilt für Gewerbe- und Industrie- wie für Siedlungs- Frei- und Grünflächen. SPD  
602 und GRÜNE lassen sich für ihr kommunalpolitisches Handeln bei der Stadtplanung  
603 und Liegenschaftspolitik von folgenden **Grundsätzen** leiten:

604 • In der weiteren Stadtplanung wird einer Nutzungsmischung von Wohnen und  
605 Arbeiten sowie einer sozialen Mischung zur Vermeidung von weiterer  
606 Segregation der Vorzug gegeben.

607 • Die Inanspruchnahme unbebauter Freiflächen für Neubauprojekte ist auf das  
608 absolute Mindestmaß zu beschränken. Stattdessen sind vor allem Brachen,  
609 Konversionsflächen und Baulücken zu mobilisieren.

610 • Seltene Böden und landwirtschaftlich wertvolle Böden sind zu schützen.

611 • Die Eingriffs-/Ausgleichregelung soll transparent sein, wobei ein 100-  
612 prozentiger Ausgleich angestrebt wird.

613 • Die zukünftige Flächenpolitik – insbesondere für Gewerbe und Industrie – ist  
614 im regionalen Maßstab zu betreiben.

615 Für eine nachhaltige städtische Flächenpolitik sowie Kooperationen mit den  
616 kommunalen Nachbarn müssen die geeigneten **Flächenmanagementinstrumente**  
617 fortentwickelt bzw. geschaffen werden.

618 Zur Vorbereitung eines transparenten Flächen-Eingriffs-/Ausgleichsverfahrens soll ein  
619 **Fachsymposium** von der Verwaltung unter Einbeziehung der Fachausschüsse  
620 Stadtentwicklung, Liegenschaften sowie Umwelt/Grünflächen durchgeführt werden.

621 Der von SPD und GRÜNEN initiierte Aufbau eines **Altstandortkatasters** ist  
622 voranzutreiben. Nur durch verstärkte Bemühungen für ein umfassendes  
623 Flächenrecycling in Verbindung mit einem effektiven Flächenmanagement für  
624 Altstandorte und Brachflächen ist eine nachhaltig Ressourcen schonende  
625 Flächenpolitik in Köln umsetzbar.

626 Für eine effiziente **Bestandspflege und Ansiedlungspolitik** ist ein aktives und  
627 nachhaltiges Flächenmanagement unabdingbar. Diese soll auch **die rheinische**  
628 **Region** im Blick haben, da ggf. große Industrieansiedlungen eher im Rahmen  
629 regionaler Kooperation (interkommunale Zusammenarbeit) realisiert werden können.  
630 Auf rot-grüne Initiative erfolgten erste Schritte für ein **strategisches**  
631 **Flächenmanagement**. Ein Ratsbeschluss vom 18.12.2008 sieht die Verwendung von  
632 Erlösen aus Siedlungserweiterungen in Freiflächen für einen Grundstücksetat zum  
633 Erwerb für Grünvernetzungen vor.

634 Der weitere Aufbau eines Flächenmanagements soll unter folgenden Maßgaben  
635 vorangetrieben werden:

636 • Kurzfristige Erstellung eines Gesamtkonzepts zur zeitnahen Inwertsetzung der  
637 im Gutachten „Gewerbeflächen in Köln“ aufgeführten Reserveflächen,  
638 Aufstellung eines verbindlichen Zeitplans für die Flächenbereitstellung.

- 639 • Konzept zur Bodenbevorratung durch Vorratserwerb und Tausch,  
640 Revitalisierung von Brachen und Konversionsflächen, Ermittlung von  
641 „Fehlnutzungen“, Umnutzungsreserven privater Gewerbeflächen,  
642 betriebsgebundenen Reserveflächen – unterstützt durch ein regelmäßiges  
643 Monitoring, einschließlich des Freiflächenverbrauchs in Köln.
- 644 • Periodisches Flächencontrolling auf Basis eines integrierten  
645 Flächeninformationssystems (Industrie-, Gewerbe-, Wohn-,  
646 Freiraumnutzungen) in dem die bisherigen Darstellungen der  
647 Gewerbeflächenbereitstellung einfließen.
- 648 • Bessere Ausnutzung von Gewerbe- und Industriegrundstücken durch  
649 verdichtete Bebauung, z. B. mehrgeschossige Gebäude und Nutzung  
650 mindergenutzter Grundstücke.
- 651 • Sicherstellung der Vermarktbarkeit bestehender Flächen (Erschließungs- und  
652 Flächenzustand) auf Basis des geltenden Planungsrechts sowie einer  
653 gleichberechtigten Behandlung der Interessen von Industrie und Gewerbe bei  
654 Planungsabläufen.
- 655 • Auf- bzw. Ausbau von Kooperationsstrukturen mit privaten  
656 Flächeneigentümern und -entwicklern; verlässliche, langfristige  
657 Flächenplanung muss private Spekulation auf Umwidmung von GI/GE  
658 verhindern und sicherstellen, dass auch die in privatem Eigentum befindlichen  
659 GI/GE-Flächen für Industrie- und Gewerbeprojekte zur Verfügung stehen.
- 660 • Klare Abstimmung von Wohnungs- und Gewerbeflächenplanung unter  
661 Berücksichtigung von Umwandlungen leerstehender unattraktiver Büroflächen  
662 in Wohnungen oder wohnverträgliches Gewerbe (z. B. Ateliers).
- 663 • Aufbau revolvierender Grundstücksfonds zwecks Entwicklung einer  
664 dynamischen, strategischen Bodenreserve und effizienter Projektentwicklung.

665 Das in München praktizierte Modell der „**sozialgerechten Bodennutzung**“ soll auch  
666 in Köln umgesetzt werden. Es ist ein Instrument zur zeitnahen Realisierung einer  
667 bedarfsgerechten Flächen- und qualitativ anspruchsvollen Stadtplanung. Ziele der  
668 sozialgerechten Bodennutzung sind:

- 669 • Schaffung eines hohen Maßes an Transparenz bei Bauleitverfahren durch die  
670 Einführung von allgemein gültigen Verfahrensgrundsätze
- 671 • Gleichbehandlung aller am Verfahren Teilnehmenden und die damit  
672 verbundene Kalkulierbarkeit von Kosten zulasten der Vorhabenträger
- 673 • Verkürzung der Verfahrensdauer bei Bauleitplanungen durch klare  
674 Verfahrensabläufe
- 675 • Mobilisierung neuer Flächen für die Bebauung trotz knapper Kassen
- 676 • zügige Umsetzung von Bauvorhaben durch Baugebote

- 677 • Steuerung des Wohnungsmarktes durch anteilige Festsetzung von öffentlich  
678 geförderten Wohnungsbau bei Planvorhaben

679 In 2007 erfolgte eine rot-grüne Initiative „**Energetisches Bauen in Köln: Vorrang**  
680 **für Energiesparhäuser**“, wonach städtische Wohnungsbaugrundstücke nur mit der  
681 Auflage des Energiesparhausstandards veräußert werden. Zukünftig sollen in  
682 Bebauungsplänen, städtebaulichen und Grundstücksverkaufsverträgen Festlegungen  
683 für hohe energiebezogene Standards (KfW-Effizienzhausstandard) vereinbart  
684 werden.

685

## 686 **7. Wirtschaft**

687 „Köln braucht Impulse für die Wirtschaft“ war die Leitidee der Vereinbarungen des  
688 rot-grünen Kernbündnisses 2006 bis 2009, die zum großen Teil erfolgreich umgesetzt  
689 wurden. Daran wollen wir anknüpfen.

690 Wir wissen: Die Stadt der Zukunft ist eine Stadt, in der neue Ideen und Innovationen  
691 in besonderer Weise gefördert werden. Im Wettbewerb der Metropolen werden die  
692 Städte und Regionen vorn liegen, die sich nicht auf Bewährtem ausruhen, sondern  
693 neue Wege gehen..

694 Rot-grüne Wirtschaftspolitik möchte auch einen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt  
695 in unserer Stadt leisten. Wir brauchen erfolgreiche Unternehmerinnen und  
696 Unternehmer sowie qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die  
697 Arbeitsplätze sichern und schaffen, wir brauchen eine offensive Ansiedlungspolitik,  
698 um den Strukturwandel erfolgreich mitzugestalten, und wir wollen ein Klima schaffen,  
699 das Existenzgründungen erleichtert und Köln attraktiv macht für kreative und bestens  
700 ausgebildete Frauen und Männer.

701

702 Deswegen wollen wir wirtschaftliche Stärken durch eine aktive Bestandspflege und  
703 eine offensive Ansiedlungspolitik weiterentwickeln und die Entwicklungspotenziale  
704 Kölns in den innovativen Zukunfts- und Industriebranchen besser nutzen. Hierbei ist  
705 insbesondere die Zusammenarbeit mit den Hochschulen in Köln und der Region zur  
706 Stärkung der Ansiedlung von Unternehmen zu nennen.

707 Für das Standortmarketing Kölns in Zusammenarbeit mit der Region sehen SPD und  
708 GRÜNE Korrekturbedarf. Getragen vom Regionalgedanken bzw. der  
709 Metropolfunktion Kölns ist eine neue Qualitätsstufe zu erreichen, die die derzeitige  
710 Zersplitterung der Kräfte ablöst. Unter Hinzuziehung von Best-practice-Beispielen  
711 anderer Metropolen soll eine wirkungsvolle Konzentration der Kräfte aller Akteure  
712 erzielt werden. Wir streben zukünftig eine verbindlichere regionale Zusammenarbeit  
713 an. Es wird geprüft, welche institutionelle Form hierfür am besten geeignet ist.  
714 Voraussetzung für ein erfolgreiches Agieren auf regionaler Ebene ist, dass zunächst  
715 die Kölner Akteure ihre Aktivitäten bündeln und konsensual gemeinsam ausrichten.

716

717 **Industrie**

718 Die Industrie ist eine tragende Säule der Wirtschaftskraft Kölns. Die  
719 Industrieunternehmen stehen für Hochtechnologie und weltweit nachgefragte  
720 Produkte, sind ein wichtiger Arbeitgeber und sichern den Wirtschaftsstandort Köln mit  
721 hohen Investitionen und einer überdurchschnittlichen Ausbildungsleistung.

722 Ein Perspektivkonzept für die Kölner Industrie ist zu erarbeiten, indem die  
723 Möglichkeiten zum Ausbau und zur Sicherung des Industriestandortes  
724 festgeschrieben werden. Es hat sich an drei Perspektiven zu orientieren:

- 725     ▪ Sicherung der Entwicklung der ansässigen Industrieunternehmen und  
726     -branchen hinsichtlich der wesentlichen Parameter der Flächen sowie der  
727     materiellen, informationellen und sozialen Infrastruktur.
- 728     ▪ Gezielte Weiterentwicklung der bestehenden Cluster und Branchen durch  
729     Unterstützung von Outsourcingprojekten sowie Ansiedlungen komplementärer  
730     Produktionen wie industrieller Dienstleistungsunternehmen. (Dabei ist auch zu  
731     beachten, dass Industrieproduktion in Netzwerken stattfindet, die eng mit  
732     produktionsbezogenen und ausgelagerten Dienstleistungen verflochten ist.)
- 733     ▪ Gezielte Anwerbung von Unternehmen, die für Zukunftstechnologien der  
734     chemischen, der motortechnologischen sowie der energietechnischen  
735     Entwicklung stehen und die ggf. Unternehmen ersetzen, die am Ende  
736     technologischer Entwicklungslinien stehen.

737 Deswegen wollen wir prüfen, ob neben dem bereits vorhandenen „Branchenforum  
738 Industrie“ ein Forum „Infrastruktur Köln“ zielführend ist. Dieses soll Unternehmen und  
739 Arbeitnehmer vernetzen, die für die Sicherung und den Ausbau der materiellen wie  
740 informellen Infrastruktur der Kölner Wirtschaft entscheidend sind.

741 Das „Branchenforum Industrie“ hat sich bewährt. Von ihm gehen wichtige Impulse  
742 aus, z.B. durch den Entwurf eines „Businessplan Industrie“ für Köln. Deswegen  
743 wollen SPD und GRÜNE an diesem wichtigen Instrument als  
744 Kommunikationsplattform zwischen Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften,  
745 Fachverwaltung und kommunalpolitischen Akteuren festhalten. Damit verbinden wir  
746 das Ziel, für konkrete Vorhaben Kompromisse und Vereinbarungen zu ermöglichen.

747 Wir werden ein verbindliches Konzept für die Industrie- und Infrastrukturpolitik der  
748 Stadt Köln als Baustein weiterentwickeln. Dies dient gleichermaßen der Orientierung  
749 für die folgenden Entwicklungen:

- 750     • Entwicklung des Industrie- und Wirtschaftsstandortes Köln
- 751     • Entwicklung des Flächenmanagements
- 752     • Entwicklung der Verkehrsträger

753 Hierzu fließen die Empfehlungen des vom „Branchenforum Industrie“ fortentwickelten  
754 „Businessplan Industrie“ in die Beratungen ein.

755 Die Kölner Unternehmen der ITK-Branche (Informations- und  
756 Telekommunikationstechnologie) nehmen in NRW und bundesweit einen der

757 führenden Plätze ein. Die ITK als Schnittstellenbranche dient mit ihren Produkten und  
758 Dienstleistungen der Wettbewerbsfähigkeit und -stärkung aller Unternehmen. Die  
759 Kölner ITK-Branche ist deshalb in den nächsten Jahren nachhaltig zu vermarkten.  
760 Köln ist mit Unterstützung aller Kräfte zum ITK-Standort Nummer eins national und  
761 europaweit weiterzuentwickeln. Die Ideen aus dem Strategiepapier „Internet-Stadt  
762 Köln“ sind hierin aufzunehmen.

763 Hochgeschwindigkeitsnetze sind Treiber und wichtige Impulsgeber für die Kölner  
764 Wissenschaft und auch für die Kölner Wirtschaft. Im nationalen Vergleich liegt Köln,  
765 nicht zuletzt dank der Investitionen des GEW-Tochterunternehmens NetCologne, mit  
766 seiner Glasfaserinfrastruktur weit vorn. Diesen Standortvorteil gilt es  
767 weiterzuentwickeln und national sowie vor allem aber auch international zu  
768 kommunizieren.

### 769 **Kleine und mittelständische Unternehmen/Handwerk**

770 Ein Schwerpunkt liegt nach wie vor auf der Förderung der kleinen und  
771 mittelständischen Unternehmen (KMU) sowie des Handwerks, die hohe  
772 Standortbindung aufweisen und einen erheblichen Beitrag zur Sicherung und  
773 Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen leisten.

774 Um diesen Unternehmen bessere Wettbewerbschancen einzuräumen, sollen die  
775 städtischen Vergabegrundsätze und die Vergabep Praxis überprüft werden, wobei  
776 notwendige Antikorruptionsverfahren davon unberührt bleiben. Dabei soll  
777 insbesondere überprüft werden, inwieweit sachgerechte Vergaben in Teillosen  
778 stärker Berücksichtigung finden können als Generalunternehmer-Vergaben und  
779 inwieweit eine Veränderung der Schwellenwerte im gesetzlichen Handlungsrahmen  
780 sinnvoll ist. Dazu soll in 2010 ein Symposium der Stadt Köln durchgeführt werden.

781 Das Sonderstandortprogramm zur Bereitstellung von städtischen Grundstücken für  
782 KMU wird evaluiert, um es verbessert fortsetzen zu können.

783 Selbständigkeit als eine der Alternativen zur Existenz sichernden Erwerbsarbeit muss  
784 weiter gefördert werden. Das im Wirtschaftsdezernat bestehende Gründungsbüro mit  
785 seinen umfassenden Beratungs- und Serviceleistungen zur Unterstützung von  
786 nachhaltigen Gründungen ist auszubauen, um dem hohen bestehenden  
787 Nachfragebedarf nachzukommen. Die Beratung von kleinen und mittleren  
788 Unternehmen zur Abwendung von wirtschaftlichen Schieflagen und damit zur  
789 Abwendung von Arbeitsplatzabbau soll im Wirtschaftsdezernat ausgebaut werden.

790 Die Förderung von Existenzgründungen wird in Zusammenarbeit mit den Kammern  
791 intensiviert. Dazu gehört ein Gründernetzwerk für regenerative Energien.

792 Gleiches gilt auch für Freiberufler: Hier soll die bewährte Zielgruppenaufteilung  
793 beibehalten werden und um das neue Kompetenz-Netzwerk der Kreativwirtschaft  
794 ergänzt werden.

795 Mit der Förderung von Ökoprotit-Projekten für KMU sollen sie bei der Reduzierung  
796 ihres Ressourcenverbrauchs und der Erzielung positiver Umweltbilanzen unterstützt  
797 werden.

798

799 **Medien- und Kulturwirtschaft**

800 Die Medien- und Kulturwirtschaft einschließlich der Games-Branche müssen unsere  
801 Markenzeichen bleiben. Kölns herausragende Stellung im Städtewettbewerb muss  
802 durch intensive Bestandspflege und neue Impulse beständig gesichert und  
803 ausgebaut werden. Der Deutsche Fernsehpreis und das TV-Festival „Cologne  
804 Conference“ sind deshalb wichtige Aktivitäten, die zur Medienmetropole Köln  
805 gehören. Das gilt ebenfalls für das „medienforum.nrw“. Zusätzlich muss Köln vor  
806 allem seine Anziehungskraft für kreative Szenen stärken.

807 Die Fortentwicklung und Pflege der polyzentrischen Standortstruktur der Medien- und  
808 Kulturwirtschaft (Belgisches Viertel, Mediapark, Medienzentrum Mülheim,  
809 Rheinauhafen, Ossendorf) wird vorangetrieben. Das AV-Gründerzentrum wird weiter  
810 unterstützt. Darüber hinaus bedarf es eines Ergänzungsangebots für „kreative  
811 Räume“. Kreative Räume sollen in teilräumlichen Entwicklungskonzepten –  
812 insbesondere für die Gebiete Mülheim-Süd, Güterbahnhof Mülheim, Mülheimer  
813 Hafen, Güterbahnhof Ehrenfeld, Heliosgelände, Clouth, FH Deutz, Deutzer Hafen –  
814 berücksichtigt werden.

815 Ein spannender Förderimpuls besteht in der Nutzung der Rheinparkhallen  
816 (Staatenhaus) für die Kreativwirtschaft.

817 Zu den Bereichen der Kreativwirtschaft, die mit Unterstützung der städtischen  
818 Wirtschaftspolitik stärker profiliert werden sollen – ohne die Bereiche  
819 Filmwirtschaft/AV-Medien zu vernachlässigen –, gehören die Games-Branche, die  
820 Musikwirtschaft, der Designbereich und der Kunstmarkt. Hier werden wir Initiativen  
821 starten, damit die Verwaltung in Kooperation mit den jeweiligen Branchenakteuren  
822 tragfähige Handlungskonzepte entwickelt.

823 Ein besonderer Schwerpunkt soll auf der Weiterentwicklung der Games- und  
824 Internet-Branche liegen. Köln hat dafür gute Ausgangsvoraussetzungen. Die  
825 „GamesCom“-Messe hat hier einen starken Impuls gesetzt, mit „E.A.“ und „Turtle  
826 Entertainment“ haben wir zwei internationale Player. Wir wollen weitere  
827 Anstrengungen unternehmen, dieses Zukunftsfeld für Köln auszubauen. Dazu  
828 gehören auch das „Cologne Game Lab“ und die „International eSports Conference“.

829 Medienkompetenzprojekte sind für die Medienstadt Köln unverzichtbar. Erfolgreiche  
830 Beispiele sind die „medienwerk-stadt.nrw“ und das „medienfest.nrw“ ebenso wie die  
831 Aktivitäten von „n!faculty“.

832 Die erfolgte Ansiedlung der „Stabsstelle Medien“ beim Wirtschaftsdezernat war ein  
833 notwendiger Schritt, dem weitere folgen müssen. Die Dynamik der Branche erfordert  
834 deshalb eine Neuausrichtung, die alle Aspekte der Kreativwirtschaft umfasst und eine  
835 enge Vernetzung der relevanten Akteure vorsieht. Das für Mülheim geplante  
836 Kompetenznetzwerk für die Kreativwirtschaft (KNK) wollen wir als zentrales  
837 Beratungs- und Informationstool unterstützen.

838 Die bislang erfolgreiche Arbeit des 2001 gegründeten „Medien- und IT-Rates“ soll als  
839 Branchenforum, das alle Facetten der Kreativwirtschaft ansprechen soll, fortgeführt  
840 werden.

841

## 842 **Einzelhandel**

843 Das von SPD und GRÜNEN initiierte Einzelhandelskonzept wird umgesetzt. Es dient  
844 als Handlungsleitfaden, um die Entwicklung des Einzelhandels und seiner  
845 Ansiedlungen zu steuern.

846 Die „Konsensrunde zur Regelung von Sonderöffnungszeiten nach  
847 Ladenschlussgesetz“ hat sich in der Praxis im Wesentlichen bewährt und soll  
848 fortgeführt werden. Am Prinzip der „freiwilligen Selbstbeschränkung“ unter  
849 Berücksichtigung und angemessener Abwägung von Arbeitnehmer- und  
850 Einzelhandelsinteressen wird festgehalten. Ein wichtiges Ziel für die Bildung der  
851 Konsensrunde bestand aus Sicht des Rates darin, die Attraktivität der Vororte und  
852 Stadtbezirkszentren gegenüber den Interessen des City-Einzelhandels zu stärken  
853 und einen Interessensausgleich zu erzielen. Von einer generellen Einführung einer  
854 vierten Sonntagsöffnung wird abgesehen.

855 In den Geschäftszentren werden die Weiterentwicklung bestehender  
856 Immobilienstandort-Gemeinschaften (sog. Business Improvement Districts) sowie  
857 Neugründungen unterstützt, um die Bezirksgeschäftszentren besser stabilisieren zu  
858 können.

859 Wichtige Kriterien sind:

- 860 • Keine Ausweisung von Sondergebieten für den Einzelhandel; Einzelhandel ist  
861 nur in integrierten Lagen anzusiedeln, die weitere Verkaufsflächenexpansion  
862 ist zu vermeiden
- 863 • Anwendung des planungsrechtlichen Instrumentariums zur Vermeidung von  
864 großflächigem Einzelhandel

865

## 866 **Großmarkt**

867 Die Verlagerung des Großmarkts und der Aufbau eines Frischelogistikzentrums im  
868 Gewerbegebiet Marsdorf werden zügig vorangetrieben. SPD und GRÜNE werden  
869 die zukünftige Betriebsform für den Großmarkt prüfen. Dies beinhaltet auch die  
870 Prüfung einer Beteiligung der Großmarktakteure. Dabei werden außerdem die  
871 Erfahrungen von Betriebsgesellschaften anderer Städte vergleichend betrachtet.

## 872 **Tourismus**

873 Köln ist ein Touristenmagnet mit besten Voraussetzungen für Gastro-, Gesundheits-  
874 und Kulturtourismus, für Shopping und Kongresse. Köln hat einen bekannten Namen  
875 und Köln hat mit dem Dom ein weltbekanntes Markenzeichen, um das uns viele  
876 Städte beneiden. Wir werden diese Stärke im internationalen Wettbewerb um  
877 einprägsame Profilbildung weiter ausbauen.

878 Infolge der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sollen die Anstrengungen  
879 im Tourismussektor verstärkt werden. Marketing und Werbung durch KölnTourismus  
880 sollen mit lokalen und regionalen Partnern erfolgen – insbesondere an den  
881 maßgeblichen Quellflughäfen. Dabei wollen wir die Akteure der Tourismuswirtschaft  
882 an einen Tisch holen, um ein Frühwarnsystem zu installieren. Die Profilierung Kölns

883 als international bedeutsame Tagungs- und Kongress-Stadt steht dabei im  
884 Vordergrund. Wesentlicher Partner hierbei ist das bei KölnTourismus angesiedelte  
885 „Cologne Convention Bureau“ und die dort gebündelten Partner.

886 Die Ansiedlung eines Musicals im Rechtsrheinischen wird weiterhin unterstützt, da  
887 davon ein wichtiger Impuls für den Städtetourismus ausgehen kann.

888 Hinsichtlich der Veranstaltung von Großevents im öffentlichen Raum ist Köln in  
889 jüngster Zeit gut damit gefahren, deutlich auf Qualität und nicht auf Beliebigkeit und  
890 Quantität zu setzen. Dies soll auch Richtschnur für zukünftige Entscheidungen sein.

### 891 **Kongress- und Messestadt**

892 Köln ist ein attraktiver Kongress- und Messestandort. Nicht zuletzt die Umsetzung  
893 des Messe-Masterplans mit der Etablierung neuer Messehallen und der Start des  
894 „Cologne Convention Bureau“ haben dazu beigetragen.

895 Die Koelnmesse steht im verschärften Wettbewerb. Verdrängungsdruck bestimmt  
896 den in- und ausländischen Messemarkt. Die Koelnmesse wird dabei unterstützt,  
897 zusätzliche messeähnliche Nutzungen für ihre Facilitäten zu akquirieren. Des  
898 Weiteren soll geprüft werden, inwieweit privatwirtschaftliches Know-how bei der  
899 Führung des Messebetriebs notwendig ist und eingebunden werden sollte.

900 Die Überlegungen für ein bedarfsgerechtes und wettbewerbsfähiges  
901 Kongresszentrum im unmittelbaren Umfeld der Kölnmesse werden weiterverfolgt. Ein  
902 solches Vorhaben ist aber nur durch privatwirtschaftliches Engagement realistisch.  
903 Sofern sich absehbar kein Investor – bevorzugt für ein Kongresszentrum auf dem  
904 Messe-City-Deutz-Areal – findet, ist parallel intensiv zu prüfen, das Kongresszentrum  
905 Ost der Koelnmesse (Betreiber KölnKongress GmbH) den heutigen Erfordernissen  
906 entsprechend zu modernisieren.

### 907 **Engagierte Bürger und Unternehmen**

908 Zusammenhalt der Stadtgesellschaft sowie kreative Bedingungen und Impulse für  
909 wirtschaftliche Prosperität sind beständige Herausforderungen, die Kommunalpolitik  
910 und -verwaltung alleine nicht meistern können. Eine aktive Bürgergesellschaft, das  
911 bürgerschaftliche Engagement Einzelner und nicht zuletzt ein solches Engagement  
912 von kleinen, mittleren und großen Unternehmen tragen das ihre zu einer guten Stadt-  
913 und Standortentwicklung bei. Wir wollen die Voraussetzungen verbessern, damit sich  
914 Unternehmensengagement für die Stärkung „weicher“ Standortfaktoren entfalten  
915 kann und die städtische Wirtschaftsförderung ermutigen, Initiativen aktiv zu begleiten  
916 bzw. selbst anzustoßen.

917

## 918 **8. Arbeitsmarkt und Beschäftigungsförderung**

919 Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit sind vorrangige  
920 Ziele kommunaler Politik. Teilhabe an der Gesellschaft definiert sich heute in erster  
921 Linie über Bildung und Erwerbsarbeit. Grundgedanken der Arbeitsmarkt- und  
922 Beschäftigungspolitik müssen sein



- 923   ▪ alle dazu fähigen Menschen in eine Arbeit zu bringen, die für sie beruflich  
924       befriedigend ist und ihren Lebensunterhalt sichert.
- 925   ▪ Diskriminierungen und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen.
- 926   ▪ durch präventive Ansätze bei Qualifizierung und Beratung, die individuellen  
927       Perspektiven erwerbsfähiger Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

928   Das verlangt:

- 929   ▪ Unterstützung und respektvolle Behandlung von arbeitslosen Menschen
- 930   ▪ Bestärkung zu einer eigenständigen Lebensführung
- 931   ▪ ausgeglichenes Fördern und Fordern
- 932   ▪ Motivieren vor Sanktionieren

933   Die Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt wollen wir durch präventive  
934   Maßnahmen, insbesondere durch gezielte Stützangebote im Arbeitsfeld „Übergang  
935   Schule-Beruf“ verbessern.

936   Entsprechend des Beschlusses von November 2006 „Beschäftigungsoffensive für  
937   Köln“ sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um dauerhafte, geförderte Arbeitsplätze  
938   zu schaffen – vorrangig im allgemeinen Arbeitsmarkt. Notwendig ist öffentlich  
939   gestützte Beschäftigung auch dort, wo Menschen aufgrund von Bildungsdefiziten,  
940   aufgrund von körperlichen oder seelischen Einschränkungen und aufgrund von  
941   alters- oder bildungsbedingten Beeinträchtigungen absehbar nicht oder nicht zeitnah  
942   in den ungeforderten Arbeitsmarkt integriert werden können.

943   Das bedeutet:

- 944       • Die Möglichkeiten der städtischen Wirtschaftsförderung sollen genutzt werden,  
945       um die Beschäftigungschancen für geringer qualifizierte oder lange Zeit  
946       arbeitslose Menschen zu erhöhen.
- 947       • Die geförderten Plätze im Ersten Arbeitsmarkt sollen ausgebaut und gestützt  
948       werden, z. B. durch Programme nach § 16 e, Stärkung der Ratsinitiativen „Wir  
949       im Quartier“ und „Win-Win für Köln“. Die zielgerichtete Nutzung von  
950       Fördermitteln der Agentur für Arbeit und der ARGE unter Einbeziehung  
951       städtischer Mittel für Beschäftigung sind unabdingbar. Wohnortnahe,  
952       veedelsbezogene „Vor Ort-Projekte“ sollen fortgeführt, ausgebaut und noch  
953       stärker auf die Verbesserung nachbarschaftlicher Strukturen, z. B. auf Spiel-,  
954       Sport- und Erholungsanlagen, ausgerichtet werden.
- 955       • Eine besondere Rolle in der Beschäftigungsförderung kommt den städtischen  
956       oder stadtnahen Gesellschaften zu, z. B. durch die Entwicklung weiterer  
957       Aufgabenschwerpunkte wie das Schaffnerkonzept bei der KVB, Ausweitung  
958       von Sicherheits- und Betreuungsdiensten in öffentlichen Anlagen und Parks,  
959       Projekte wie Hausmeisterhelfer bei der GAG, Begleitdienste oder  
960       haushaltsnahe Dienstleistungen. Ein integriertes städtisches  
961       Beschäftigungsprogramm, in dem etwa das Stadtverschönerungsprogramm

962 für junge Arbeitslose seinen Platz hätte, kann diese Vorhaben wirkungsvoll  
963 ergänzen.

964 • Wir wollen die Entwicklung und Verstärkung eines einheitlichen kommunalen  
965 Beschäftigungsprogramms über das jährliche Integrationsprogramm der  
966 ARGE hinaus. Alle Einzelmaßnahmen der Stadt, mehr Beschäftigung, v. a. für  
967 Langzeitarbeitslose, zu schaffen, müssen dort aufgeführt und beschrieben  
968 werden. Dabei muss es eine abgestimmte gemeinsame Steuerung durch das  
969 Sozial- und das Wirtschaftsdezernat geben.

970 • Erforderlich ist die koordinierte Abstimmung der Dezernate III, V und der  
971 ARGE. Alle Beteiligten müssen dafür Sorge tragen, dass die kommunalen  
972 Ziele und Programme nicht durch eine überregional gesteuerte  
973 Ausschreibungs- und Vergabep Praxis der ARGE ignoriert oder behindert  
974 werden. Die Ausschüsse Soziales und Wirtschaft sind generell einzubinden in  
975 alle Belange der Beschäftigungsförderung.

976 • Beschäftigungsträger und Integrationsfirmen müssen in ihrem Bemühen um  
977 berufliche und soziale Integration langzeitarbeitsloser oder gesundheitlich  
978 beeinträchtigter Menschen durch städtische Auftragsvergaben gestärkt  
979 werden. Dabei ist durch eine Novellierung der Richtlinien im Vergaberecht und  
980 eine auf Förderung ausgerichtete Vergabep Praxis sozialen und ökologischen  
981 Kriterien stärkeres Gewicht einzuräumen.

982 • Das Jobbörsenprogramm incl. Zielgruppenangebote und Pro-Veedel-  
983 Jobbörsen soll erhalten bzw. bedarfsgerecht in Sozialräumen, Wohnorten und  
984 bezogen auf besondere Zielgruppen und kommunale sozialpolitische Ziele  
985 ausgebaut werden.

986 • Wir wollen den Ausbau der Angebote zur Integration gesundheitlich  
987 beeinträchtigter Menschen. Die in den letzten Jahren aufgebauten  
988 Fördernetze „JobPromote“ und „JobPerspektive“, „Fachberatung für Arbeit und  
989 Gesundheit“ und „Ferry4You“, die insbesondere die soziale und die  
990 Arbeitsmarktintegration physisch oder psychisch beeinträchtigter Menschen  
991 stärken, sollen inhaltlich weiterentwickelt und in ihrer Angebotsvielfalt  
992 ausgeweitet werden.

993 • Unser Ziel ist die Förderung von Integrationsfirmen u. a. auch durch  
994 Verstärkung der Kooperation mit städtischen oder stadtnahen Betrieben.  
995 Damit leisten wir auch einen Beitrag zur Schaffung besserer Übergänge von  
996 den Werkstätten für Behinderte in den Ersten Arbeitsmarkt.

997 • Wir brauchen die Förderung der Chancen von Menschen im SGB-XII-Bezug,  
998 wieder oder erstmalig Zugang zum Arbeitsmarkt zu erlangen.

999 • Die flankierenden Maßnahmen (Sucht- und Schuldnerberatung, psychosoziale  
1000 Beratung) müssen wir sichern und bedarfsgerecht anpassen.

1001 • Wir planen eine Neuausrichtung des Bündnisses für Arbeit. Aus den Sitzungen  
1002 des Bündnisses müssen unmittelbare Handlungsoptionen und konkrete  
1003 Projekte zur Verbesserung von Qualifizierungsangeboten, zum Erhalt und zur  
1004 Schaffung neuer Arbeitsplätze folgen.

- 1005 • Wir legen Wert auf den Erhalt und die gesicherte Finanzierung eines  
1006 integrierten Netzes der unabhängigen Beratung durch Arbeitslosenzentren  
1007 und -beratungsstellen für die Arbeitslosen und sozial Benachteiligten.
  
- 1008 • Die Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (KGAB) hat ihren  
1009 Platz in der Trägerlandschaft gefunden, eine gesicherte Perspektive aber nur,  
1010 wenn die Existenz ohne dauerhafte städtische Förderung gewährleistet ist.  
1011 Der erreichte Status soll gefestigt werden.
  
- 1012 • Wir setzen uns ein für Zielgruppen mit besonders schwerwiegenden  
1013 Integrationshemmnissen. Um ihnen ein adäquates Angebot machen zu  
1014 können, sollen innovative Träger in ihrer Existenz gesichert werden, bspw. der  
1015 SSM als Projekt des 1. Arbeitsmarktes im „Mülheim-Programm.
  
- 1016 • Wichtig ist eine frühzeitige Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit:  
1017 Schnittstellen zwischen den Trägern, der ARGE und der Jugendhilfe müssen  
1018 dringend verbessert und die Anstrengungen, den Auswirkungen des  
1019 demografischen Wandels zu begegnen, verstärkt werden. Dies umfasst  
1020 insbesondere die Erwerbsbeteiligungsmöglichkeiten und die Integration von  
1021 jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt. Wir  
1022 benötigen Maßnahmen zur Erleichterung der Übergänge Schule-Ausbildung  
1023 sowie Ausbildung-Beruf und die Verstärkung der nachhaltigen Förderung und  
1024 Integration von jungen Menschen mit gesundheitlichen, insbesondere  
1025 psychischen Beeinträchtigungen.
  
- 1026 • Die U-25-Konferenz soll gestärkt und das Modellprojekt „Jugendbüro in  
1027 Chorweiler“ ausgewertet, fortgeführt und auf andere Sozialräume ausgeweitet  
1028 werden. Dabei soll bei der Weiterentwicklung von Angeboten besondere  
1029 Aufmerksamkeit auf die Erkenntnisse der U-25-Konferenz über den  
1030 dramatischen Anstieg psychischer Erkrankungen von Kindern und  
1031 Jugendlichen gelenkt werden.

### 1032 **Organisation der ARGE**

- 1033 • Innerhalb der ARGE ist die Dienstleistungsorientierung zu verbessern, vor  
1034 allem, indem das System mit persönlichen Ansprechpartnern und  
1035 Fallmanagern u. a. durch intensive Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen  
1036 und Mitarbeiter weiter optimiert wird.
  
- 1037 • Der ARGE-Beirat als wichtiges Gremium zu erhalten und zu stärken.
  
- 1038 • Zur Berücksichtigung und Schlichtung in problematischen Konfliktfällen soll  
1039 eine Ombudsperson für alle Arbeitslosen beim Beirat der ARGE angesiedelt  
1040 werden.
  
- 1041 • Das von der Bundesregierung beabsichtigte Konzept der getrennten  
1042 Aufgabenwahrnehmung für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen durch  
1043 Bundesagentur und Kommune darf nicht dazu führen, dass der oder die  
1044 Hilfesuchende in Zukunft Leistungen von zwei Entscheidungsträgern erhält,  
1045 die unabhängig und in eigener Verantwortung agieren. Die Stadt Köln wird alle  
1046 rechtlichen und politischen Möglichkeiten nutzen, das bewährte Verfahren der  
1047 Leistungsgewährung aus einer Hand durch eine vertragliche Regelung mit der

1048 Bundesagentur zu sichern: Der Einfluss der Kommune auf Ziele und Struktur  
1049 der Hilfe- und Integrationsprogramme kann nur durch die gleichberechtigte  
1050 Teilhabe an der Geschäftsführung einer zukünftigen Organisation und an den  
1051 mit Strategiebildung und Beratung befassten Gremien sichergestellt werden.

1052 • Die Möglichkeiten als Optionskommune mit entsprechender finanzieller  
1053 Ausstattung für Köln müssen ernsthaft geprüft werden, sofern sich der  
1054 angestrebte Status nicht realisieren lässt.

1055  
1056

## 1057 **9. Wirtschaftsverkehr und Logistik**

1058 Durch seine verkehrsgünstige, zentrale Lage in Europa ist Köln ein bedeutender  
1059 Logistikstandort. Köln als Industrie-, Handels- und Logistikzentrum zu erhalten,  
1060 erfordert Sicherung, Modernisierung und komplexe Vernetzung der vier  
1061 Verkehrswege Luft, Wasser, Straße und Schiene.

### 1062 **Luftverkehr/Flughafen**

1063 Die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Köln/Bonn für die Region ist  
1064 unbestritten.

1065 Die vom Kölner Stadtrat beschlossene Zielsetzung, den Flughafen Köln/Bonn als  
1066 Bestandteil öffentlicher Verkehrsinfrastruktur mehrheitlich in kommunalem Eigentum  
1067 zu führen, wird mit Nachdruck weiter verfolgt. Nur durch Sicherung der kommunalen  
1068 Einflussnahme als Eigentümer kann die strategische Ausrichtung der zukünftigen  
1069 Geschäftspolitik bestimmt und eine eigenständige Entwicklung gesichert werden.

1070 SPD und GRÜNE sind sich bewusst, dass moderne Flughafenpolitik einen  
1071 tragfähigen Interessenausgleich zwischen der Entwicklung des Flughafens  
1072 einerseits und den Gesundheits- und Umweltbedürfnissen der Bevölkerung  
1073 andererseits sicherstellen muss.

1074 Stadt, Wirtschaft und Flughafen setzen sich gemeinsam dafür ein, dass es durch den  
1075 Einsatz lärmärmerer Flugzeuge vor allem in der Nacht und durch die Einhaltung der  
1076 Flugrouten zu einer Lärminderung kommt. Der Flughafen setzt weiterhin das  
1077 Lärmschutzprogramm um. Durch differenzierte Landegebühren wirkt der Flughafen  
1078 auf den Einsatz lärmärmerer Flugzeuge hin. In Verbindung mit der Deutschen  
1079 Flugsicherung (DFS) wird das Landeanflugverfahren auf kontinuierlichen und damit  
1080 leiseren Sinkflug umgestellt.

1081 Stadt und Flughafen setzen sich gemeinsam für einen Schienenanschluss zum  
1082 Luftfrachtzentrum ein, mit dem Ziel, dass dieser bis 2017 fertig gestellt ist.

1083 Gestützt auf die einstimmige EntschlieÙung des Landtags NRW vom 24.08.2007 wird  
1084 die Einführung einer nächtlichen Kernruhezeit zwischen 0 und 5 Uhr im  
1085 Passagierflugbetrieb am Flughafen Köln/Bonn unterstützt. Wir werden Initiativen auf  
1086 EU-Ebene für ein europaweit geltendes Nachtflugverbot für Passagierflüge  
1087 befürworten.

1088 SPD und GRÜNE unterstützen Bestrebungen für eine verbindliche und wirksame  
1089 Lärminderungsplanung beim Luftverkehr, die auf Basis der EU-  
1090 Umgebungslärmrichtlinie erfolgen soll. Lärmobergrenzen in der Zeit von 22 bis 6 Uhr  
1091 in Form von Lärm- und Bewegungskontingentierungen sollen geprüft werden.

1092

### 1093 **Schieneverkehr**

1094 Die Stadt setzt sich für die Beseitigung der Engpässe im Schienenpersonenverkehr  
1095 ein. Insbesondere setzt sie sich für den Ausbau des Bahnknotens Köln ein und für  
1096 eine Direktverbindung mit einem Regionalexpress oder einer S-Bahn aus dem Raum  
1097 Aachen zum Flughafen. Ziel ist es, den Ausbau des Bahnknotens spätestens 2015  
1098 zu beginnen.

1099 Engpässe, insbesondere jener an der Steinstraße, müssen beseitigt werden. Zur  
1100 Verbesserung der Kapazitäten und der Entlastung der Südbrücke muss die  
1101 Südausfahrt Eifeltor geschaffen werden (vorgesehen im Programm Arbeit und  
1102 Beschäftigung des Bundesverkehrsministers).

1103 Das Güterverkehrszentrumspotenzial muss an das steigende Containeraufkommen  
1104 angepasst werden. (**KombinierteLadeverkehrTerminal**s)

1105 Die Südbrücke als „Schlagader“ muss für den Schienengüterverkehr saniert werden.

1106 Für den Rhein Ruhr Express (RRX) ist zwingend ein Systemhalt in Köln-Mülheim  
1107 vorzusehen

### 1108 **Häfen**

1109 Der Weiterentwicklung der Logistikinfrastruktur – insbesondere auch für den  
1110 Verkehrsträger Binnenschiff – messen SPD und GRÜNE große Bedeutung zu.

1111 SPD und GRÜNE werden die Verwaltung beauftragen, gemeinsam mit der HGK ein  
1112 regionales Logistikkonzept voranzutreiben, das den Verkehrsträger Binnenschiff und  
1113 den Schienengüterverkehr sowie den kombinierten Ladeverkehr berücksichtigt. In  
1114 diesem Konzept werden alle relevanten Daten und Untersuchungen ernsthaft  
1115 gegeneinander abgewogen. Das Konzept soll alle für Köln nutzbaren  
1116 Hafenressourcen in der Region sowie die Kooperation mit kommunalen Partnern und  
1117 privatwirtschaftlich agierenden Logistikakteuren in der Region in die Betrachtung  
1118 einbeziehen.

1119 Gleichzeitig sind die beiden Kooperationspartner frei, jede sich im Verlauf der  
1120 gerichtlichen Auseinandersetzung um den Godorfer Hafenausbau ergebende  
1121 Entscheidung zu treffen. SPD und GRÜNE vereinbaren, sich nach einer weiteren  
1122 Gerichtsentscheidung zum in erster Instanz erwirkten Baustopp für den Hafenausbau  
1123 zu konsultieren.

1124 Laut des von SPD und GRÜNEN getragenen Ratsbeschlusses (30.06.2009) wird der  
1125 Deutzer Hafen sukzessive zu einem neuen Stadtquartier umgewandelt. Wohnen und  
1126 Arbeiten sollen integriert werden. Die Verlagerung von produzierenden Betrieben  
1127 wird dabei dann für sinnvoll gehalten, wenn sie nicht auf wasserseitigen

1128 Güterumschlag angewiesen sind. Die Möglichkeit des Hafensbetriebs in  
1129 eingeschränkter Form soll geprüft werden.

1130

1131

## 1132 **10. Verkehr**

1133 Die Ziele des bereits in der vergangenen Wahlperiode beschlossenen  
1134 Gesamtverkehrskonzeptes werden weiter verfolgt und alle geeigneten Maßnahmen  
1135 unter dem Blickwinkel der Barrierefreiheit, der sicheren Mobilität und der  
1136 Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer umgesetzt. Es soll eine Steigerung des  
1137 Fußverkehrs- und des Radverkehrsanteils erreicht werden. Ebenso wird eine  
1138 Stärkung des ÖPNV durch den Ausbau der Infrastruktur sowie durch die Steigerung  
1139 der Leistungsfähigkeit angestrebt – bei gleichzeitig verbesserter Umsteigequalität  
1140 vom motorisierten Individualverkehr.

1141 Diese Maßnahmen sollen zu einer kontinuierlichen Verringerung der  
1142 verkehrsbedingten Immissionen wie Lärm und Luftschadstoffe beitragen.

1143 Wir wollen eine integrierte Stadt- und Verkehrsplanung mit der Implementierung von  
1144 Mobilitätsmanagement in der Verwaltung. Der „Umweltverbund“ aus Zufußgehen,  
1145 Radfahren und ÖPNV soll auf allen Ebenen gestärkt und besser vernetzt werden.

1146 Durch den Rückbau von überdimensionierten Straßen wollen wir den Kölnerinnen  
1147 und Kölnern ein Stück Stadt wiedergeben.

1148

1149 Das Lkw-Führungskonzept wird mit dem Ziel überarbeitet, Schwerlastverkehr auf den  
1150 Haupttrouten zu bündeln und aus den Wohngebieten und dem Innenstadtbereich  
1151 herauszuhalten.

## 1152 **Öffentlicher Personen Nahverkehr**

1153 Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und optimieren. Ein Schwerpunkt  
1154 wird dabei das Angebot in den Abend- und Nachtstunden sein, das wir auch unter der  
1155 Woche schrittweise ausbauen wollen. Hierzu werden wir vor allem auf Nachtbahnen  
1156 und Nachtbusse setzen. Wir wollen die bereits beschlossenen  
1157 Stadtbahnmaßnahmen wie die dritte Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn, die  
1158 Verlängerung der Linie 3 in das Zentrum von Mengenich und die Verlängerung der  
1159 Linie 5 bis zum Butzweilerhof zügig umsetzen. Für eine Reihe von weiteren  
1160 Stadtbahnmaßnahmen, die zum Teil schon lange in der Planung sind, wollen wir eine  
1161 Priorisierung aufgrund einer Kosten-Nutzen-Analyse, um im Rahmen der  
1162 vorhandenen Möglichkeiten weitere Stadtbahnprojekte zu realisieren (z. B.  
1163 Verlängerung Linie 7 bis Langel, Verlängerung der Linie 13 bis Bayenthal,  
1164 rechtsrheinische Ringbahn, Anbindung von Widdersdorf, Braunsfeld, Esch, Pesch,  
1165 Rondorf, Meschenich, Neubrück).

1166 Die vorhandenen Stadtbahnstrecken sollen hinsichtlich Kapazität, Pünktlichkeit und  
1167 Sicherheit optimiert werden. Dazu gehört u. a. die stärkere Präsenz von Personal  
1168 („Schaffner“) in den Bahnen, die für bessere Information und stärkeres  
1169 Sicherheitsgefühl der Fahrgäste sorgen sollen. Die weitgehende Barrierefreiheit der

1170 Fahrzeuge und Haltestellen durch den Bau entsprechender Bahnsteige, Aufzüge und  
1171 Buskaps soll so schnell wie möglich hergestellt werden.

1172 Beim Umbau von Haltestellen im oberirdischen Bereich soll grundsätzlich  
1173 berücksichtigt werden, dass sie ebenerdig zugänglich und barrierefrei querbar sind.  
1174 Außerdem soll die Kapazität an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden,  
1175 z. B. am Zülpicher Platz und der Haltestelle Ostheim.

1176 Wir wollen die Verknüpfung der unterschiedlichen Verkehrsträger verbessern durch  
1177 den Ausbau von Park&Ride-Systemen am Stadtrand und den Bau von Bike&Ride-  
1178 Anlagen incl. Fahrradboxen an den Haltestellen. Außerdem sollen an den DB-  
1179 Bahnhöfen im Stadtgebiet neue Fahrradstationen entstehen. Auf Verbundebene  
1180 setzen wir uns gemeinsam für ein einheitliches Fahrradticket und eine  
1181 Mitnahmeregelung in den Bahnen ein.

1182 Die Infrastrukturanlagen der KVB sollen sich besser in das Stadtbild einfügen und  
1183 ebenerdige Querungen für den Fuß- und Radverkehr insbesondere an den  
1184 Haltestellen und im Innenstadtbereich ermöglichen. Dazu gehört auch der  
1185 weitgehende Ersatz von Schotterbetten durch Rasen- oder Pflastergleise.

1186 Zur Erhöhung der Fahrplantreue und der Verbesserung der Anschlusssicherheit soll  
1187 es zu einer mit den übrigen Verkehrsträgern abgestimmten flächendeckenden  
1188 Vorrangschaltung für Busse und Bahnen im Stadtgebiet kommen. Wo dies mit den  
1189 Sicherheitsanforderungen vereinbar ist, ist zu gewährleisten, dass an Kreuzungen  
1190 und Überwegen der Rad- und Fußverkehr gradlinig und unbehindert die  
1191 Schienentrassen queren kann.

1192 Die Teilnetzplanungen für den Busverkehr sollen wieder aufgenommen werden mit  
1193 dem Ziel, Stadtviertel ohne Schienenanschluss besser zu erschließen und attraktive  
1194 ÖPNV-Verbindungen herzustellen (z. B. die Anbindung des Rheinauhafens an den  
1195 HBF, die Anbindung des neuen Müngersdorfer Bads, des Stadtwaldviertels, der  
1196 Vorgebirgsstraße, die Anbindung von Meschenich an den Bahnhof Kalscheuren etc.).

### 1197 **Schienen Personen Nahverkehr**

1198 Wir setzen uns auf allen Ebenen für den Bau des S-Bahn-Westrings ein, um eine  
1199 leistungsfähige Verbindung vom Hauptbahnhof zum Universitätsviertel und in den  
1200 Kölner Süden zu schaffen. Perspektivisch wird eine Weiterführung über die  
1201 Südbrücke mit Anbindung an das rechtsrheinische S-Bahn-Netz und damit ein  
1202 vollständiger S-Bahn-Ring angestrebt. Im Hauptbahnhof soll die Planung zur  
1203 Realisierung von zwei weiteren Gleisen zügig vorgebracht werden. Der  
1204 Knotenpunkt Steinstraße soll zügig ausgebaut werden; der Bahnhof Deutz ausgebaut  
1205 und barrierefrei gestaltet werden.

### 1206 **Zufußgehen**

1207 Die Kölner Wohn- und Geschäftsviertel profitieren erheblich, wenn sich die  
1208 Aufenthaltsqualität für Fußgängerinnen und Fußgänger verbessert. Deshalb wollen  
1209 wir mehr Flächen für den Fußverkehr durch breitere Bürgersteige und attraktive  
1210 fußläufige Verbindungen schaffen. Die positiven Planungen zur Gestaltung der  
1211 Umgebung von St. Kolumba soll auch auf andere Stadtgebiete übertragen werden.

1212 Die Behinderungen im öffentlichen Straßenraum für Fußgängerinnen und Fußgänger  
1213 sollen abgebaut werden. Dazu gehören insbesondere kürzere Umlaufzeiten an  
1214 Ampeln und der grundsätzliche Abschied von der Anforderungsampel, es sei denn,  
1215 die Zufußgehenden bekommen unmittelbar Grün. Die Querung von mehrspurigen  
1216 Straßen soll in einer durchgängigen Grünphase möglich sein.

1217 Der bereits beschlossene Modellversuch zur gleichrangigen Nutzung von  
1218 Straßenflächen („Shared Space“) soll so bald wie möglich beginnen und weitere  
1219 Straßen nach Maßgabe von BV-Beschlüssen entsprechend eingerichtet werden.

1220 Wir wollen die Parks, Kinderspielplätze und Fußwege barrierefrei zugänglich  
1221 machen, um mit Rollstühlen, Kinderwagen und Fahrrädern ohne Probleme passieren  
1222 zu können.

### 1223 **Radverkehr**

1224 Wir wollen den Radverkehr in Köln fördern und ausbauen. Dazu sollen das  
1225 Veloroutenprogramm fortentwickelt, die Lücken im Radwegenetz geschlossen und  
1226 das Fahrradabstellanlagenprogramm verstärkt werden. Insbesondere ist endlich  
1227 auch die Durchlässigkeit des Inneren Grüngürtels (Querung Aachener Straße) für  
1228 den Radverkehr herzustellen.

1229 Besonders an den ÖPNV-Verknüpfungspunkten, an Schulen, öffentlichen Gebäuden  
1230 und Wohnanlagen sollen bedarfsgerecht neue Fahrradabstellanlagen gebaut  
1231 werden. An den DB-Bahnhöfen sollen neue Radstationen entstehen, für die aktiv  
1232 nach Trägern und Räumen gesucht wird. An den Endhaltstellen der KVB und an  
1233 den S-Bahn-Stationen sollen abschließbare Fahrradgaragen bzw. -boxen angeboten  
1234 werden.

1235 Neue Radwege sollen auf der Straßenfläche als Rad- oder Schutzstreifen markiert  
1236 werden, dies gilt auch für Hauptverkehrsachsen, wie z. B. die Riehler Straße. Das in  
1237 den letzten Jahren beschlossene Fahrradwegsanierungsprogramm soll weitergeführt  
1238 werden, wobei das Ziel ist, auch hier nach Möglichkeit bauliche Radwege durch Rad-  
1239 oder Schutzstreifen zu ersetzen und den gewonnenen Raum den Fußgängern  
1240 zurückzugeben.

1241 Weitere Einbahnstraßen im Stadtgebiet sollen für den Zweirichtungsradverkehr  
1242 geöffnet und mehr Fahrradstraßen eingerichtet werden.

### 1243 **Autoverkehr**

1244 Der Autoverkehr soll im Stadtgebiet verträglicher gestaltet werden. Dazu gehört die  
1245 Ausweisung von weiteren Tempo-30-Zonen und -straßen in Wohngebieten, die  
1246 Verhinderung von LKW- und PKW-Durchgangsverkehren und der bereits  
1247 beschlossene Umbau von Stauknotenpunkten, z. B. an den Kreuzungen  
1248 Militärring/Luxemburger Straße und Militärring/Dürener Straße. Die bereits  
1249 beschlossenen Entlastungs- und Umgehungsstraßen in Meschenich, Fühligen und  
1250 Zündorf sollen zur Baureife gebracht werden. Auf den Hauptverkehrsstraßen in der  
1251 Innenstadt soll maximal Tempo 50 gelten.

1252 Das Programm zur Fahrbahnsanierung soll konsequent weitergeführt werden und  
1253 das Baustellenmanagement verbessert werden.



1254 Das Parkraummanagement in der Innenstadt und in den Ortszentren soll auch auf  
1255 weitere Stadtteile zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner ausgedehnt werden  
1256 mit dem Ziel, eine umfassende Bewirtschaftung der Dauer- und Kurzzeitparkplätze  
1257 zu erreichen. Die Stellplätze im öffentlichen Straßenraum der City sollen verringert  
1258 werden, um einerseits mehr Flächen für den Fußverkehr zu schaffen und  
1259 andererseits unerwünschten Parksuchverkehr zu unterbinden. Das bestehende  
1260 Parkleitsystem soll in ein gesamtstädtisches Verkehrsleitsystem auch in  
1261 Zusammenarbeit mit dem Umland überführt werden, um Staus, Durchgangsverkehr  
1262 und lange Schlangen vor den Parkhäusern zu vermeiden.

1263 In Kooperation mit privaten Partnern sollen Quartiersgaragen in besonders von  
1264 Parkdruck belasteten Stadtvierteln entstehen.

1265 Es sollen Flächen für Car-Sharing-Plätze im öffentlichen Straßenland ausgewiesen  
1266 werden, um die PKW-Dichte zu reduzieren und damit den Parkdruck zu vermindern.  
1267 Außerdem soll das Konzept der Mobilpunkte, z. B. an den DB-Bahnhöfen, umgesetzt  
1268 werden.

1269 Wir wollen in den nächsten Jahren mindestens zwei Mittelalleen (Kempener Straße  
1270 und Vorgebirgsstraße) entsiegeln und freistellen.

1271 Der ruhende Verkehr soll verstärkt überwacht werden, um das Parken in zweiter  
1272 Reihe, auf Radwegen und Bürgersteigen sowie auf Ladeflächen in enger  
1273 Abstimmung mit der Polizei zu unterbinden.

1274 Es sollen Maßnahmen gegen die Rücksichtslosigkeit und Aggression im  
1275 Straßenverkehr eingeleitet werden, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Um die  
1276 Einhaltung von Geschwindigkeitsbegrenzungen zu erleichtern, sollen Standorte für  
1277 visuelle Tempo-Informationen für Autofahrer geprüft werden.

1278 Das Programm zur Umwandlung von Lichtsignalanlagen in Kreisverkehre und  
1279 gesicherte Überwege soll weitergeführt und ausgebaut werden. In diesem Rahmen  
1280 soll auch der Schilderwald konsequent durchforstet und „abgeholzt“ werden.

1281 Der im Rat beschlossene und zum Teil umgesetzte „Autofreie Tag“ soll angemessen  
1282 weiterentwickelt werden.

### 1283 **Niehler Gürtel**

1284 Es werden neue Planungen in Auftrag gegeben mit dem Ziel, den Ehrenfeldgürtel bis  
1285 zur Mülheimer Brücke fortzuführen. Diese Fortführung in Form des Ehrenfeldgürtels  
1286 ist so zu planen, dass ein stadtverträglicher Raum entsteht, der Durchgangsverkehr  
1287 begrenzt wird und die umliegenden Viertel vom Verkehr entlastet werden. Das derzeit  
1288 bei der Bezirksregierung eingereichte Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des  
1289 Gürtels wird eingestellt.

1290 Dazu ist – im Zusammenhang mit der notwendigen Betonsanierung der Hochbahn –  
1291 zu prüfen, wo und wie die Hochbahn in ebenerdige Mittellage gebracht werden kann.

1292 Für die Zeit bis zum Baubeginn sind Maßnahmen zur Attraktivierung und Nutzung  
1293 der Flächen entlang der Hochbahn, wie von der BV Nippes beschlossen,  
1294 umzusetzen.

1295 **Rheinuferstraße**

1296 Da die Nord-Süd-Bahn nicht vor 2014 die Rheinuferstraße queren wird, soll die  
1297 gewonnene Zeit genutzt werden, um Maßnahmen zur Verkehrsreduzierung  
1298 umzusetzen und auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. Dazu gehören u. a.:

1299 • Führung der Buslinie 106 zum Hauptbahnhof/Breslauer Platz

1300 • Wasserbuslinie auf dem Rhein zur Verknüpfung der Stadtteile Porz,  
1301 Rodenkirchen, Innenstadt, Deutz und Mülheim

1302 • Instrumente zur Unterbindung des LKW-Durchgangsverkehrs

1303 Parallel dazu werden Verhandlungen mit den Fördergebern aufgenommen mit dem  
1304 Ziel, die geplante BÜSTRA-Anlage („Bahn überquert Straße“) zu verhindern und eine  
1305 Querung analog Ubierring und Heinrich-Lübke-Ufer durchzusetzen. Die Option, die  
1306 Stadtbahn unter der Rheinuferstraße zum Rheinufer zu führen, wird weiter geprüft  
1307 und dann realisiert, wenn eine maximale Förderzusage verbindlich vorliegt.

1308

1309 Sollten diese Maßnahmen nicht die gewünschte Wirkung zeigen und die  
1310 Verhandlungen mit den Fördergebern scheitern, vereinbaren SPD und GRÜNE,  
1311 erneut über diesen Punkt zu verhandeln und nach einer Lösung zu suchen.

1312

1313 **11. Umwelt/Grün/Abfallwirtschaft**

1314

1315 **Grünanlagen und Gärten**

1316 • Die Aufenthaltsqualität in Grünanlagen ist sukzessive zu steigern. Dazu  
1317 gehört, dass die durch den Bürgerhaushalt begonnenen Maßnahmen  
1318 fortgesetzt werden (u. a. Pflege von Wegenetzen und Grünanlagen, Aufstellen  
1319 von Bänken und Papierkörben).

1320 • Der Botanische Garten/Flora soll dauerhaft erhalten bleiben und für die  
1321 Öffentlichkeit frei zugänglich sein. In einem Konzept sollen die verschiedenen  
1322 Möglichkeiten einer inhaltlichen Ausrichtung (Erholungsnutzung und  
1323 wissenschaftliche Funktion) des Gartens dargestellt werden.

1324 • Der innere wie auch der äußere Grüngürtel sind grundsätzlich tabu für alle  
1325 Bebauungen. Der innere Grüngürtel soll im Sinne des Masterplans  
1326 vervollständigt werden.

1327 • Es sollen vermehrt wohnortnahe Gartenanlagen und Grabeland geschaffen  
1328 werden. Dabei sollen auch innovative Konzepte wie internationale Gärten,  
1329 Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgärten realisiert werden.

1330 **Baumschutz**

1331 • Die Baumschutzsatzung ist zu erhalten und konsequent anzuwenden.

1332 • Alle Baum-Fehlstellen im öffentlichen Straßenraum sollen innerhalb der  
1333 nächsten fünf Jahre durch neue Bäume bepflanzt werden.

1334 • Die Kontrolle des Vollzugs von Festsetzungen in Bebauungsplänen (Erhalt  
1335 oder Neupflanzung von Bäumen) wie auch von Ersatzpflanzungen nach  
1336 Baumschutzsatzung muss ausgebaut werden, um möglichst effizient zu sein.  
1337 Um mögliche Mehrkosten zu finanzieren, soll eine Erhöhung der  
1338 entsprechenden Gebühren und Bußgelder geprüft werden.

1339 • Zur Verbesserung des Stadtklimas ist der Baumbestand auszuweiten.

## 1340 **Naturschutz**

1341 • Planerische Eingriffe in Naturschutz- und ähnlich hochwertige Gebiete sind  
1342 grundsätzlich zu vermeiden.

1343 • Die Betreuung der Naturschutzgebiete soll verbessert und weiterentwickelt  
1344 werden. Dazu soll die bestehende ehrenamtliche Betreuung durch die  
1345 anerkannten Naturschutzverbände ausgebaut und qualifiziert unterstützt  
1346 werden.

1347 • Es ist anzustreben, weitere Flächen als Naturschutzgebiete oder Geschützte  
1348 Landschaftsbestandteile unter Schutz zu stellen. Bereits ausgewiesene  
1349 Flächen sind dauerhaft fachgerecht zu pflegen.

1350 • Die Uferstrukturen des Rheins sollen im Rahmen des Rheinprogramms 2020  
1351 und der EG-Wasserrahmenrichtlinie durch konkrete Maßnahmen an  
1352 geeigneten Uferabschnitten in Köln verbessert werden. Naturnahe Rheinufer  
1353 im städtischen Raum tragen maßgeblich zur Aufwertung der Grünachse Rhein  
1354 in Köln bei und erhöhen die Erholungsqualität. Das Rheinufer soll frei  
1355 zugänglich sein.

## 1356 **Luftreinhaltung**

1357 • Im gesamten Stadtgebiet wird bis 2014 eine Reduzierung der  
1358 Schadstoffbelastung mit NO<sub>x</sub> um 25 Prozent (ausgehend von 2009)  
1359 angestrebt. Maßnahmen hierzu müssen insbesondere im Bereich Verkehr  
1360 ergriffen werden.

1361 • Die Schadstoffbelastung der Luft ist trotz der Umweltzone bisher nicht  
1362 wesentlich gesunken. Die Bezirksregierung wird aufgefordert, ihre  
1363 Verantwortung für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Köln  
1364 wahrzunehmen und kurzfristig weitere Maßnahmen zur Verschärfung der  
1365 Regelungen der Umweltzone – mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung  
1366 der Luftqualität – umzusetzen, z. B. durch ein Einfahrverbot für Fahrzeuge mit  
1367 roter Plakette und eine Einschränkung des Ausnahmekatalogs. An stark  
1368 befahrenen Straßen sollen weitere Messstellen eingerichtet werden. Bei der  
1369 geplanten Fortschreibung des Kölner Luftreinhalteplans müssen die dort  
1370 bereits genannten Maßnahmen (z. B. Landstromversorgung der am Rheinufer  
1371 liegenden Schiffe) kurzfristig umgesetzt werden.

1372 • Wo die Messwerte für Feinstaub und Stickoxide die zulässigen Grenzwerte  
1373 überschreiten, setzen wir uns für wirkungsvolle Maßnahmen zur Reduzierung  
1374 des motorisierten Verkehrs ein (z. B. LKW-Durchfahrverbot). Isolierte teure  
1375 Maßnahmen an Einzelpunkten, wie eine verbesserte Ampel-Steuerung,  
1376 lehnen wir ab, weil diese allein nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der  
1377 Luftqualität beitragen.

1378 • Zur Reduzierung von Feinstaubemissionen unterstützen wir die Nutzung  
1379 alternativer Antriebsformen. Die Stadt Köln und ihre  
1380 Beteiligungsgesellschaften nehmen in diesem Sinne eine Vorbildfunktion ein.

### 1381 **Lärm**

1382 Lärmreduzierung ist eine Schwerpunktaufgabe der kommende Ratsperiode. Nach  
1383 Durchführung der Lärmaktionsplanung und Fortschreibung der Lärmkartierung  
1384 werden die erforderlichen Ressourcen bereitgestellt, um zu einer signifikanten  
1385 Lärminderung in dieser Ratsperiode zu kommen – vor allem in besonders mit Lärm  
1386 belasteten Stadtteilen. Auf Geräuscharmheit (z. B. durch eingeschränkten  
1387 Laubbläsereinsatz) ist auch bei städtischen und stadt eigenen Betrieben zu achten,  
1388 sie haben eine Vorbildfunktion.

### 1389 **Gentechnikfreie Landwirtschaft**

1390 • Bei der Verpachtung stadteigener landwirtschaftlicher Flächen werden der  
1391 kommerzielle Anbau und die Freisetzung gentechnisch veränderter  
1392 Organismen in den Pachtverträgen ausgeschlossen. Bestehende Verträge  
1393 sollen entsprechend angepasst werden. Gegenüber städtischen  
1394 Beteiligungsgesellschaften wird darauf hingewirkt, analog zu verfahren.

### 1395 **Verbraucherschutz**

1396 • Das Beratungsangebot der Verbraucherzentrale wird gestärkt.

1397 • Die amtliche Lebensmittelüberwachung wird insbesondere durch eine  
1398 vermehrte Ausbildung der Stadt Köln in diesem Bereich gestärkt.

1399 • Die in amtlichen Kontrollen festgestellte Qualität und Hygiene in Kölner  
1400 Betrieben ist gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern transparent zu  
1401 machen.

### 1402 **Beschaffung**

1403 • Der Einkauf und die Auftragsvergabe der Stadt Köln und der städtischen  
1404 Gesellschaften muss sich neben sozialen auch an ökologischen Kriterien  
1405 orientieren: Die Stadt Köln kauft jedes Jahr in großem Umfang Güter wie  
1406 Papier, Büromöbel, Büromaterial, Reinigungsmittel, Lebensmittel, Computer,  
1407 Drucker, Dienstwagen etc. ein. Mit Beschaffungsrichtlinien, die konkrete  
1408 Umweltvorgaben für die einzelnen Produktgruppen verpflichtend machen,  
1409 kann maßgeblich zum Umweltschutz beigetragen werden.

1410 • In den Einrichtungen der Stadt Köln sollen saisonale Zutaten aus regionaler  
1411 und ökologischer Produktion eingesetzt werden. Dies gilt insbesondere im

1412 Zuge der Ausweitung der Verpflegung an offenen Ganztagschulen und  
1413 Kindertagesstätten. Die Verwendung von kennzeichnungspflichtigen  
1414 gentechnisch veränderten Lebensmitteln wird in städtischen Einrichtungen  
1415 ausgeschlossen. Diese Vorgaben sind auch den Verträgen mit Lieferanten  
1416 sowie den Pächtern der Verpflegungsbetriebe zugrunde zu legen.  
1417

## 1418 **Sauberkeit/Abfall**

- 1419 • Wir wollen, dass Köln sauberer wird. Das geht nur mit der Unterstützung der  
1420 Kölner Bürgerinnen und Bürger. Deshalb werden wir die Aufklärungsarbeit  
1421 (z. B. in Kindergärten) verstärken, aber auch alle Möglichkeiten des  
1422 Ordnungsrechts (z. B. bei Verschmutzung von Grünanlagen) nutzen.
  
- 1423 • Wir streben eine Vervollständigung der Reinigung aus einer Hand (der AWB)  
1424 an und werden die Versorgung mit geeigneten Abfallbehältern weiter  
1425 ausbauen. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch die Förderung  
1426 bürgerschaftlichen Engagements, z. B. durch Patenschaften für Spielplätze,  
1427 Baumscheiben und Grünflächen.
  
- 1428 • Organisatorisch wird der Bereich Sauberkeit wieder vollständig bei der  
1429 Koordinierungsstelle Abfallwirtschaft (Umweltdezernat) angesiedelt. Die  
1430 Rationalisierungsspielräume, welche durch die Umsetzung des Konzeptes  
1431 AWB 2018 entstehen, werden zur Steigerung von Qualität und Service bzw.  
1432 zur Abfederung von Gebührensteigerungen verwandt. Wir streben eine  
1433 maßvolle Gebührenentwicklung sowie Gebührengerechtigkeit an, denn das  
1434 bedeutet eine angemessene Beteiligung aller Nutzer an den hohen Fixkosten  
1435 des Entsorgungssystems.
  
- 1436 • Bei der Müllentsorgung ist es unser Ziel, die Müllmenge weiter zu senken.  
1437 Dazu werden wir für Abfallvermeidung werben und die Möglichkeiten zum  
1438 Recycling ausbauen, z. B. durch weitere Erhöhung der Zahl der braunen und  
1439 blauen Tonnen sowie der verstärkten Einbeziehung von Organisationen aus  
1440 dem Zweiten Arbeitsmarkt zur Verwertung von Sperrmüll.

## 1441 **Umweltbildung**

- 1442 • Um nachhaltige Verhaltensänderungen zu erreichen, ist es erforderlich,  
1443 umweltgerechtes Verhalten durch Maßnahmen der Umweltbildung zu  
1444 unterstützen und zu fördern.  
1445

## 1446 **12. Energie**

1447 Als Mitglied im „Klimabündnis der europäischen Städte“ hat sich Köln verpflichtet,  
1448 die CO<sub>2</sub>-Emissionen alle fünf Jahre um 10 Prozent zu senken. Um dieses  
1449 ehrgeizige Ziel zu erreichen, brauchen wir ein Bündel wirksamer Maßnahmen:

- 1450 • Aufbauend auf der CO<sub>2</sub>-Bilanz (wird zurzeit erstellt) und dem CO<sub>2</sub>-  
1451 Minderungskonzept soll in erster Linie der Energiebedarf gesenkt und dazu  
1452 ein Programm zur energetischen Sanierung des Kölner Altbaubestandes

- 1453 aufgelegt werden. Hierbei sind alle Akteure mit einzubeziehen und zu  
1454 vernetzen.
- 1455 • Für die städtischen Gebäude streben wir eine Senkung des  
1456 Energieverbrauchs um 5 Prozent jährlich an. Dazu werden u. a. die  
1457 städtischen Energieleitlinien weiter verschärft und die Gebäudewirtschaft  
1458 personell und finanziell so ausgestattet, dass die energetische Sanierung  
1459 städtischer Gebäude beschleunigt werden kann.
- 1460 • In Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen werden wir die  
1461 Möglichkeiten zur Festlegung hoher energiebezogener Standards nutzen.
- 1462 • Das Kölner Fernwärmenetz wird forciert ausgebaut (z. B. durch Anschluss des  
1463 Clouth-Geländes, des ehemaligen KHD-Geländes in Deutz sowie der  
1464 Neubaugebiete in der Südstadt/Bayenthal). Wo Fernwärme nicht möglich ist,  
1465 sollen Nahwärmeinseln mit Kraft-Wärme-Kopplung (Blockheizkraftwerke)  
1466 erschlossen werden.
- 1467 • Bei den erneuerbaren Energien wollen wir das Ziel der Bundesregierung (30  
1468 Prozent der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen bis 2020) deutlich  
1469 übertreffen. Hier werden wir uns dafür einsetzen, dass vor allem die  
1470 RheinEnergie ihre eingeleitete Neuausrichtung hin zur Stromerzeugung aus  
1471 erneuerbaren Quellen beschleunigt vorantreibt.
- 1472 • Es soll geprüft werden, inwieweit auf Kölner Stadtgebiet sinnvoll ein für  
1473 Windturbinen attraktives Gebiet als Konzentrationszone ausgewiesen werden  
1474 kann.
- 1475 • Die geeigneten städtischen Gebäude sollen mit Solaranlagen bestückt  
1476 werden. Wir befürworten Projekte, wie „solare Bürgerkraftwerke“.
- 1477 • Die bereits beschlossenen Projekte wie Ökoprofit und Energiesparberatung  
1478 vor allem für finanziell schwache Bürger werden fortgeführt und ausgeweitet..

1479

## 1480 **13. Bauen und Wohnen**

1481 Bereits 2005 haben SPD und GRÜNE das Thema „**Wohnen in Köln**“ mit einem  
1482 umfassenden Ratsantrag wieder auf die Tagesordnung gebracht. Wir setzen uns  
1483 nachdrücklich für die Versorgung der Kölner Bevölkerung mit einem ausreichenden  
1484 Wohnungsangebot ein. Dabei sollen insbesondere die individuellen Bedarfe von  
1485 unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden. Alle Aktivitäten der  
1486 Stadt und ihrer Gesellschaften, sowohl in der Steuerung der Wohnungspolitik als  
1487 auch als Akteur auf dem Wohnungsmarkt, müssen dazu dienen, der Segregation  
1488 entgegenzuwirken. Köln soll stärker als bisher eine Stadt für alle sein mit Stadtteilen,  
1489 die dies widerspiegeln.

1490 SPD und GRÜNE stehen für eine Stärkung der kommunalen  
1491 Wohnungsunternehmen. Die GAG bleibt städtisch. Wir stehen ein für eine  
1492 Weiterführung des bisherigen Kurses der GAG, d. h. für mehr preiswerten

- 1493 Wohnraum, Bestandsmodernisierung und Verbesserung des Wohnumfeldes sowie  
1494 des sozialen Engagements. Eine solide Finanzplanung ist hierfür Voraussetzung.
- 1495 1. SPD und GRÜNE unterstützen die konsequente Umsetzung des  
1496 Wohnungsgesamtplanes 2003 und der ergänzenden Beschlüsse des Rates  
1497 vom 15.12.2005.
- 1498 2. Es müssen mindestens 1.000 sozial geförderte Wohnungen pro Jahr  
1499 geschaffen werden, davon ein hoher Anteil barrierefreier Wohnraum. Der  
1500 Anteil öffentlich geförderten Wohnungsbaus auf allen städtischen Flächen soll  
1501 mindestens 30 Prozent betragen. Die sozialen Gefüge der jeweiligen Stadtteile  
1502 sollen dabei einbezogen werden, um einseitige Strukturen zu vermeiden. Die  
1503 städtische Liegenschaftspolitik muss sich von der vorrangig fiskalischen  
1504 Orientierung hin zu einer wohnungspolitischen verändern, die durch offensive  
1505 Bereitstellung preislich rabattierter Grundstücke dem öffentlich geförderten  
1506 Wohnungsbau in Köln neuen Schwung verleiht. Auch eine schwächere  
1507 Rabattierung für preiswerten Wohnraum außerhalb der sozialen Förderung zu  
1508 genau definierten Bedingungen soll geprüft werden.
- 1509 3. Bei neuen Wohngebieten muss auf die gleichzeitige Schaffung von  
1510 Infrastruktur, u. a. in Form von sozialen und kulturellen Treffpunkten und  
1511 Bildungsangeboten geachtet werden. Die Kosten für Sozialraummanagement  
1512 und die Schaffung sozialer Infrastruktur durch die Wohnungsgesellschaften  
1513 sollen durch das Land förderfähig werden.
- 1514 4. Ferner muss durch einen Mix von frei finanzierten und geförderten  
1515 Wohnungen oder durch die Form der Belegung auf eine sozialverträgliche, mit  
1516 dem Vermieter abgestimmte Durchmischung geachtet werden Die Mischung  
1517 öffentlich geförderten und frei finanzierten Wohnraums soll auch innerhalb  
1518 eines Hauses möglich sein und umgesetzt werden.
- 1519 5. Öffentlich geförderter Wohnungsbau soll weiterhin hochwertig und  
1520 ansprechend erfolgen. Er ist besser als bisher auf alle Kölner Stadtteile zu  
1521 verteilen. Wirksame Maßnahmen mit der Wohnungswirtschaft gegen  
1522 Segregation von Wohnquartieren, wie z. B. Eigentumsmaßnahmen,  
1523 unterstützen wir.
- 1524 6. Für Bereiche mit verdichteter Hochhausbebauung, in denen bisher alle  
1525 Bemühungen um Reduzierung der Probleme und Stabilisierung vergeblich  
1526 waren, sind neue Konzepte zu entwickeln, die auch die Option von  
1527 Entkernung, Teilabriss oder Abriss einzelner Bereiche enthalten können.
- 1528 7. Entwicklung eines attraktiven Wohnraumangebotes als Alternative zum  
1529 freistehenden Einfamilienhaus im Umland, damit junge Familien in der Stadt  
1530 bleiben. Mehr familiengerechte Wohnungen können durch staatliche  
1531 Zuschüsse (Wohngelderhöhung) oder staatliche Förderung von Miethäusern  
1532 für Familien mit zwei bis drei Kindern geschaffen werden. Wir brauchen  
1533 besondere Anreize für zukunftsweisende Modelle bei der Ausweisung von  
1534 neuem Geschosswohnungsbau und neuer Formen von Wohnungseigentum  
1535 insbesondere für Familien mit Kindern.

- 1536 8. Förderung neuer Wohnformen und bedarfsgerechter Wohnungen mit flexiblen  
1537 Grundrissen für verschiedene Lebensphasen und Lebensformen unter  
1538 Beteiligung der künftigen Bewohner, z. B. altersgemischtes Wohnen,  
1539 Wohngemeinschaften, Wohnformen, die Arbeiten und Wohnen verbinden,  
1540 studentisches Wohnen, autoarmes Wohnen, Wohnprojekte für schwule und  
1541 lesbische Lebensformen.
- 1542 9. Durch gezielte Programme muss die Schaffung barrierefreien Wohnraums und  
1543 Wohnraums für bestimmte besonders unterversorgte Zielgruppen, z. B.  
1544 psychisch Kranke, vorangebracht werden.
- 1545 10. Einrichtung einer Koordinierungsstelle für öffentlich geförderten  
1546 Wohnungsbau, sog. „One-stop-agency“, für beteiligte Stellen und (potenzielle)  
1547 Investoren und Imagekampagnen.
- 1548 11. Um die Wohnungspolitik zu stärken und negativen Entwicklungen in  
1549 Stadtteilen früh und wirkungsvoll zu begegnen, müssen alle beteiligten Ämter  
1550 bei Wohnungsbelegungen und der Entwicklung von Wohngebieten eng  
1551 zusammenarbeiten.
- 1552 12. Die Versorgung von Notfällen und Problemgruppen mit adäquatem, modernen  
1553 Anforderungen entsprechendem Wohnraum muss verbessert und auf Dauer  
1554 gesichert werden.
- 1555 13. Das begonnene Umbauprogramm der Sozialhäuser muss konsequent  
1556 weitergeführt werden.
- 1557 14. Die Wohnform „Bauwagen“ wird als Modell für Einzelfälle geprüft.
- 1558 15. SPD und GRÜNE werden prüfen, ob durch ein kommunales Anreizsystem die  
1559 Energiekosten bei den Unterkunftskosten der SGB II-Bezieher gesenkt  
1560 werden können..
- 1561 16. Genossenschaftsgründungen werden begrüßt.
- 1562 17. Kleinteilige Grundstücksvergabe an Bauherrengemeinschaften, wie sie z. B. in  
1563 Tübingen praktiziert wird, soll mit entsprechender Moderation eingeführt  
1564 werden.  
1565

## **14. Jugend- und Schulpolitik**

1567

### **Jugend**

#### **KiWi**

1570 KIWI (aufsuchende Sozialarbeit für Eltern Neugeborener) ist ein erfolgreiches Modell,  
1571 das flächendeckend zum Einsatz kommen sollte. Probleme des Datenschutzes  
1572 müssen über eine Änderung der Landesgesetzgebung ausgeräumt werden. Das  
1573 Projekt soll einer Auswertung (Evaluation) unterzogen werden.



1574 **Kinderarmut**

1575 Die Bekämpfung der Kinderarmut ist eine Querschnittsaufgabe. Der Fokus liegt auf  
1576 Frühförderung und gesundheitlicher Erziehung. Die kommunalen Anstrengungen zur  
1577 Abfederung der Kinderarmut müssen intensiviert werden. Die Aufgabe muss auch  
1578 sozialräumlich betrachtet werden.

1579 **Spielplätze**

- 1580 • Erhalt vorhandener Spielanlagen
- 1581 • Einrichtung von Mehrgenerationenspielplätzen
- 1582 • kein Bau ohne Beteiligung von Kinder und Jugendlichen
- 1583 • Koordination aus einer Hand im Jugendamt

1584 **Partizipation**

- 1585 • aktive Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bei ausgesuchten Projekten  
1586 (z. B. Verkehrsprojekte) in den Bereichen Stadtplanung/-entwicklung
- 1587 • Ausbau und Stärkung niedrigschwelliger Angebote
- 1588 • Entwicklung von Konzepten zur Förderung innovativer Angebote in der Kinder-  
1589 und Jugendpartizipation

1590 **Jugendarbeit**

- 1591 • Förderung offener Jugendarbeit, Weiterentwicklung nach Bedarfskriterien,  
1592 Überprüfung der vorhandenen Strukturen nach der Ermittlung von Kennzahlen  
1593 (Bestandsaufnahme, Evaluation)
- 1594 • Ziel ist ein Entwicklungsplan für Jugendzentren

1595 **Kitas**

- 1596 • Förderung von Initiativen zur Einrichtung/zum Ausbau bilingualer Kitas
- 1597 • bedarfsgerechte Öffnungszeiten auch in Ferien- und sog. Randzeiten
- 1598 • Förderung einer größeren Selbstständigkeit von Kitas, Modell „Selbstständige  
1599 Kitas“ (analog Schulmodell), Regelungen und Grenzen des KiBiz müssen  
1600 überprüft werden
- 1601 • Das Land muss endlich die Beitragsfreiheit für Kitas als Bildungseinrichtungen  
1602 sicherstellen und kostenloses Mittagessen bei Kitas und Ganztagschulen  
1603 ermöglichen

1604 **U3 - Betreuung**

- 1605 • bedarfsgerechter Ausbau (40 bis 50 Prozent Betreuungsquote)

- 1606 • mehr Plätze für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf
- 1607 • Einsatz der Tagespflege als ergänzende Unterstützung, solange U3-Plätze  
1608 nicht bedarfsdeckend sind

1609 **Kulturelle Jugendarbeit**

- 1610 • Stärkung der kulturellen Jugendarbeit  
1611  
1612

1613 **Gender**

- 1614 • Stärkung der geschlechtsspezifischen Jugendarbeit
- 1615 • Fortschreibung des Kinder- und Jugendplans mit einem eigenständigen  
1616 Schwerpunkt Jungen- und Mädchenarbeit
- 1617 • Benennung eines Verwaltungsmitarbeiters für Jungenarbeit (Aufgabenfeld  
1618 definieren)
- 1619 • Stärkung der interkulturellen Mädchenarbeit (z. B. Mädchentreff „Lobby“ in  
1620 Mülheim), Ziel: Einrichtung weiterer Treffs
- 1621 • Förderung von Projekten gegen Homophobie

1622 **Jugendkriminalität**

- 1623 • Fortführung des erfolgreichen Konzepts und Weiterentwicklung der  
1624 Präventionsangebote („Kölner Weg“)
- 1625 • Aufrechterhaltung von präventiven Angeboten (Mitternachtssport,  
1626 Streetworker)
- 1627 • Fortsetzung des Stufenkonzepts zu Amaro Kher

1628 **Sozialraumförderung**

1629 Die Sozialraumförderung muss zur Querschnittsaufgabe in der Verwaltung werden  
1630 (Fortbildungskonzept).  
1631

1632 **Schule**

1633 Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung, Selbstständigkeit und Verantwortung in  
1634 gesellschaftlicher, ökonomischer und ökologischer Hinsicht sollten das Ziel aller  
1635 schulischen Bildung sein. Um die Erreichung dieser Ziele zu ermöglichen, müssen  
1636 innere und äußere Schulangelegenheiten im Blick auf Chancengleichheit und  
1637 Organisation verbessert werden. Die Umsetzung von Chancengleichheit ist nur durch  
1638 eine generelle quantitative und qualitative Stärkung des Ganztagsangebots und  
1639 einen großzügigen Ausbau der individuellen Förderung möglich. Das Ziel der  
1640 Stärkung gesellschaftlicher Verantwortung ist einerseits nur erreichbar in einem  
1641 Konzept des langen gemeinsamen Lernens und Lebens aller an einem Ort und

- 1642 andererseits durch eine lebendige Vernetzung mit sozialen, ökonomischen und  
1643 kulturellen Partnern und Partnerinnen im Umfeld.
- 1644 Die Schule muss als Raum für den Erwerb von Selbstständigkeit und Verantwortung  
1645 in organisatorischer Hinsicht diesem Ziel entsprechen und alle Möglichkeiten nutzen,  
1646 ein eigenständiges Profil in pädagogischer, personeller und finanzieller Hinsicht zu  
1647 entwickeln.
- 1648 Auf der Ebene der definierten Sozialräume und der im Rahmen des Projektes  
1649 „Selbstständige Schule“ gebildeten Unterregionen sollen die Anforderungsprofile  
1650 sowie die Leistungs- und Förderangebote aller Kölner Schulen zur Erhöhung der  
1651 Effizienz zusammengestellt und miteinander abgestimmt werden.
- 1652 Wir verpflichten uns zu der Umsetzung des im Rat der Stadt Köln beschlossenen  
1653 **Gesamtkonzeptes „Strategische Planung der Regionalen Schullandschaft**  
1654 **Köln“**. Das bedeutet:
- 1655 • der Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler, die ohne Abschluss die Schule  
1656 verlassen, wird entscheidend gesenkt
  - 1657 • der Schulträger unterstützt die Schulen dabei, ihre Lern- und  
1658 Unterrichtskonzepte auszutauschen und abzugleichen, damit gewährleistet  
1659 werden kann, dass die methodischen Kompetenzen bei den Kölner Kindern  
1660 und Jugendlichen vergleichbar gefördert werden
- 1661 Die Ergebnisse der mittelfristig in allen Kölner Schulen durchgeführten  
1662 Qualitätsanalyse liefern hier wichtige Erkenntnisse und können im Sinne eines  
1663 Wirksamkeitsdialogs herangezogen werden.
- 1664 Um die bestmögliche individuelle Entwicklung der Schülerinnen und Schüler  
1665 sicherzustellen und **Bildungsbenachteiligungen abzubauen**, halten wir langes  
1666 gemeinsames Lernen für eine grundlegende Bedingung. Das soll folgendermaßen  
1667 umgesetzt werden:
- 1668 • in Abstimmung mit allen Beteiligten Bildungslandschaften ausbauen
  - 1669 • Gemeinschaftsschulen als „Schule für Alle“ stärken und die Einrichtung  
1670 mindestens einer solchen Schule in jedem Stadtbezirk unterstützen
  - 1671 • weiterführende Schulen durch ein Anreizsystem für gemeinsamen Unterricht  
1672 gewinnen
  - 1673 • die Lernmittelfreiheit für bedürftige Schülerinnen und Schüler erhalten
  - 1674 • die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in allen Schulformen  
1675 durch Ausbau der Mehrsprachigkeit, Ausbau des „Rucksackprojektes“,  
1676 individuelle Sprachförderung und Integrationslehrerstellen fördern
  - 1677 • beteiligungsorientierte Lern- und Erfahrungsräume ab dem Grundschulalter  
1678 stärken
  - 1679 • innovative Bildungskonzepte unterstützen

1680 Die Abstimmung der Zuständigkeiten für Schulen, Jugend, Soziales, Gesundheit in  
1681 der Stadt Köln muss verbessert werden. Die Leistungs- und Förderangebote der  
1682 außerschulischen Bildungsträger müssen mit den Erwartungen und Anforderungen  
1683 der Schulen koordiniert werden. Hier leistet das Bildungsportal einen unverzichtbaren  
1684 Service.

1685 Über das Regionale Bildungsbüro soll allen Kölner Schulen ein bedarfsgerechtes  
1686 Unterstützungssystem zur Verfügung gestellt werden.

1687 Wichtig ist für uns die **Einbeziehung von Schule in das Sozialraumkonzept**. Im  
1688 Sozialraum sind Bildungsinhalte von Schule und Jugendhilfe durch **kommunale**  
1689 **Bildungsplanung** zu verzahnen. Wir wollen:

- 1690 • den Einsatz von **Schulsozialarbeit** an Schulen u. a. in sozialen Brennpunkten  
1691 auf dem bisherigen Status quo erhalten und sichern
- 1692 • die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Schule, Schulpsychologie und  
1693 Familienberatung unterstützen
- 1694 • das vorhandene Angebot der **Ganztagsbetreuung in Schule und**  
1695 **Jugendhilfe zu einem System** zusammenführen (**OGTS**) (Hierzu sind  
1696 Qualitätsstandards zu definieren. Zur Finanzierung sind die Mittel von Stadt  
1697 und Land für die Hortgruppen zu verwenden.)
- 1698 • das Angebot des **gebundenen Ganztags** durch Schaffung der baulichen und  
1699 ausstattungsmäßigen Voraussetzungen ausweiten
- 1700 • die **Qualitätsstandards** in den offenen Ganztagschulen steigern
- 1701 • den **Ganzttag in der Sekundarstufe I** bedarfsgerecht ausbauen und  
1702 Qualitätsstandards festlegen. Bei der **Schulraumplanung** muss die  
1703 beschlossene Schulbaurichtlinie zügig umgesetzt werden.
- 1704 • **Schulische Gremien** müssen bei der Umsetzung einbezogen werden, dies  
1705 gilt nicht nur bei Neubauten, sondern auch bei Sanierungen oder z. B. dem  
1706 Ausbau von Schulbibliotheken.
- 1707 • Die **Betreuung, Instandhaltung, Reinigung sowie die Energieeffizienz** der  
1708 Schulen müssen sowohl in organisatorischer, fachlicher als auch in  
1709 ökologischer Hinsicht optimiert werden. Dazu dient auch die Fortführung des  
1710 „**KLASSE**“-**Projektes**, das auf den Abfallbereich übertragen werden soll,
- 1711 • Das Sanierungskonzept „**Schultoiletten**“ muss zügig umgesetzt werden;  
1712 damit verbunden ist die Verpflichtung der Schulen zur Erstellung eines  
1713 Konzeptes zum Erhalt eines hygienischen Zustandes.
- 1714 • Ein **Primarstufenticket** und ein **Juniorticket** bis zum 25. Lebensjahr sind  
1715 einzuführen.

1716 Lernen ist ein lebenslanger Prozess. Mehr denn je ist die Bereitschaft zur  
1717 **Weiterqualifizierung** ein entscheidender Schlüssel, um den beruflichen  
1718 Herausforderungen besser gerecht zu werden. Daher wollen wir:

- 1719 • die **Schulen der zweiten Chance** erhalten und womöglich optimieren, um die  
1720 Möglichkeit eines späteren Schulabschlusses zu eröffnen
- 1721 • die **Volkshochschule** Köln (VHS) weiterhin als Bildungsträger in der  
1722 Angebotsstruktur verankern und unterstützen
- 1723 • die Arbeit der **Rheinischen Musikschule** durch eine Verbesserung der  
1724 räumlichen Bedingungen unterstützen und ihre dezentralen Strukturen  
1725 erhalten
- 1726 • durch Schaffung weiterer **Ausbildungsplätze** bei der Stadt und stadtnaher  
1727 Unternehmen die Verantwortung der Kommune im Bereich Ausbildung  
1728 verdeutlichen

1729 Köln ist ein wichtiger Hochschulstandort. Wir fordern eine gemeinsame Initiative der  
1730 städtischen Gesellschaften und der Baugenossenschaften für eine Verbesserung  
1731 **des studentischen Wohnens**. Das Programm „Wohnen für Hilfe“ soll dabei auch  
1732 von der Kommune unterstützt werden.

1733 Die **Förderung der politischen Bildung** ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir werden:

- 1734 • die Einrichtung eines Jugendparlaments prüfen,
- 1735 • die Jugendforen unterstützen,
- 1736 • den Tag der Jugend ausbauen,
- 1737 • und die SV-Arbeit unterstützen.  
1738

#### 1739 **Bildungslandschaft Altstadt-Nord**

1740 SPD und GRÜNE wollen die „Bildungslandschaft Altstadt/Nord“ realisieren. Das  
1741 Mensengebäude mit Bibliothek und Gemeinschaftsräumen soll auf einer Teilfläche des  
1742 Grundstücks Vogteistraße/Gereonswall angrenzend an die Freizeitanlage  
1743 Klingelplütz errichtet und der übrige Teil als Grünfläche aufgewertet werden. Eingriffe  
1744 in den Klingelpützpark sind nicht vorgesehen.

#### 1745 **Michaelischule**

1746 Das städtische Grundstück Vorgebirgswall 4–8 in der Neustadt-Süd soll für die  
1747 Errichtung eines Schulgebäudes dem Verein „Integrative Waldorfpädagogik“, der die  
1748 öffentlich geförderte Ersatzschule „Michaelischule“ betreibt, auf Basis eines  
1749 Erbbaurechtsvertrages langfristig zur Verfügung gestellt werden. Zugleich wird der  
1750 Wunsch des Vereins auf Erwerb des Grundstücks auf Basis des vom  
1751 Gutachterausschuss festgestellten Grundstückspreises kurzfristig geprüft. Ziel ist es,  
1752 den Schulbetrieb am neuen Standort mit Beginn des Schuljahres 2012/13  
1753 aufnehmen zu können.  
1754

1755

## 1756 **15. Soziales**

1757 Unser sozialpolitisches Wirken ist von dem Ziel geleitet, den sozialen Zusammenhalt  
1758 der Stadtgesellschaft zu stärken, Chancengleichheit aktiv zu betreiben, Teilhabe zu  
1759 ermöglichen, und Selbsthilfe zu befördern. Verschiedene Generationen, Kulturen,  
1760 Lebensentwürfe und Lebenslagen stehen dabei im Mittelpunkt unseres Handelns.

1761 Sozialpolitik ist für uns explizite Fach- aber insbesondere Querschnittspolitik, um die  
1762 Lebenswelten breiter Bevölkerungsschichten im Blick zu haben. Durch eine  
1763 bürgernahe Stadtentwicklungs-, Wohnungsbau -, Beschäftigungs-, Sozial- und  
1764 Quartiers-(Veedels-)politik verhindern wir eine Spaltung innerhalb der  
1765 Stadtteile/Stadtbezirke, sorgen für soziale Balance und wollen bereits benachteiligte  
1766 Quartiere wieder attraktiv für breite Bevölkerungsschichten machen.

1767 Deshalb richten wir unser sozialpolitisches Handeln sowohl gesamtstädtisch als auch  
1768 sozialräumlich aus. Bildungs-, Beratungs-, Betreuungs-, und  
1769 Unterstützungsangebote werden stadtweit aber auch verstärkt sozialraumorientiert  
1770 organisiert, in Inhalten abgestimmt und vernetzt gestaltet. Alle sozialen Dienstleister,  
1771 ob kommunal oder freigemeinnützig, müssen die Grundsätze von Partizipation,  
1772 Stärkung von Selbsthilfepotenzialen der Menschen und insbesondere auch der  
1773 Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement befördern.

1774 SPD und GRÜNE stehen für eine Sozialpolitik, die diese Entwicklungen konkret  
1775 unterstützt, erprobt und optimiert. Im Einzelnen erreichen wir dies in den nächsten  
1776 fünf Jahren durch die im Folgenden beschriebenen Maßnahmen und Instrumente.

### 1777 **1. Bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung**

1778 a. Bürgerengagement soll in allen Politikfeldern stärker verankert werden.  
1779 Bürgerbeteiligung wird gestärkt durch weitgehende Umsetzung des  
1780 Konzeptes der Verwaltung für mehr Partizipation. Das Angebot von  
1781 verschiedenen Formen von Beteiligung, z. B. bei Planungen im öffentlichen  
1782 Raum, in Bürgerversammlungen oder bei Workshops, soll ausgeweitet  
1783 werden.

1784 b. Ehrenamtliche Arbeit muss als „Eigenmittel“ auch bei der städtischen  
1785 Förderung berücksichtigt werden.

1786 c. Das Netzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“ und die Infrastruktur der  
1787 Beratungsagenturen müssen strukturell gesichert und intensiviert werden.  
1788 Die Finanzierung soll leistungsorientiert erfolgen.

1789 d. Die BürgerInnen müssen stärker an der Haushaltsplanung  
1790 (Bürgerhaushalt) beteiligt werden. Besonders in sozial schwächeren  
1791 Stadtteilen und für Bürger und Bürgerinnen mit unzureichendem Zugang zu  
1792 Kommunikationsmedien, wie z. B. Senioren und Seniorinnen, bedarf es  
1793 größerer und gezielter Unterstützung. Akteure vor Ort sollen über  
1794 Bürgerzentren, Interkulturellen Zentren, SeniorenNetzwerke eingebunden  
1795 werden.

1796  
1797

1798 **2. Bürgerzentren und -häuser**

1799 a. Bürgerzentren, Bürgerhäuser, Stadtteil- und Nachbarschaftstreffs,  
1800 Begegnungszentren etc. sollen verstärkt mit den anderen Angeboten des  
1801 sozialen Miteinanders im Sozial-, Kultur- und Freizeitbereich und den  
1802 Wohnungsgesellschaften kooperieren. Sie erhalten unsere Unterstützung,  
1803 weil sie Kommunikation, Bildung und die Begegnung von Generationen  
1804 und Kulturen erhalten, initiieren und fördern.

1805 b. Weitere Sanierungen der Bürgerhäuser und -zentren sind energetisch und  
1806 zur Verbesserung der Barrierefreiheit durchzuführen.  
1807

1808 **3. Sozialraumarbeit und Gemeinwesenarbeit**

1809 a. Wir unterstützen die Idee des Oberbürgermeisters, gemeinsam mit den  
1810 Bürgerinnen und Bürgern Masterpläne für benachteiligte Veedel zu  
1811 entwickeln. Die Erfahrungen u. a. aus dem Programm „Mülheim 2020“ und  
1812 aus den bestehenden Sozialräumen müssen entsprechend einfließen.

1813 b. In den bestehenden elf und in zukünftig zusätzlichen Sozialräumen soll  
1814 koordinierte Arbeit geleistet werden. Die dort gewonnenen Erkenntnisse  
1815 müssen in das weitere sozialpolitische Wirken einfließen.

1816 c. Die Erkenntnisse aus den Gemeinwesenprojekten sind in die  
1817 konzeptionellen Entwicklungen weiterer sozialraumorientierter Arbeit  
1818 einzubeziehen. Insgesamt streben wir eine noch stärker  
1819 gemeinwesenorientierte Ausrichtung von sozialer Arbeit an – ob durch  
1820 städtische oder durch frei gemeinnützige Akteure erbracht. Entsprechende  
1821 Leistungsvereinbarungen im Sinne unserer Zielsetzung, Partizipation,  
1822 Selbsthilfe und Bürgerengagement zu befördern, sollen zwischen der Stadt  
1823 Köln und allen Anbietern geschlossen werden. Auch stadintern sind  
1824 entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Bei der Ausgestaltung der  
1825 Vereinbarungen ist die LIGA der Wohlfahrtsverbände partnerschaftlich zu  
1826 beteiligen.

1827 d. Die „Lokale Ökonomie“ muss ausgebaut werden. Insbesondere müssen  
1828 die vorgeschlagenen Projekte des „Integrierten Handlungskonzeptes  
1829 Mülheim 2020“ intensiv begleitet und unterstützt werden.

1830 **4. KölnPass**

1831 Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss auch für die möglich  
1832 sein, die wenig verdienen. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist „der Kitt“, der  
1833 eine Großstadt zusammenhält und einer sozialen Ausgrenzung ganzer  
1834 Bevölkerungsgruppen vorbeugt. Die Sicherung einer würdigen Existenz und die  
1835 Hilfe zur Selbsthilfe müssen bedarfsgerecht erfolgen.

1836 Mit der Wiedereinführung des KölnPasses zum 01.01.2007 haben wir vielen  
1837 Kölnerinnen und Kölnern, die – obwohl sie arbeiten oder jahrelang gearbeitet  
1838 haben – wenig Geld in der Haushaltskasse haben, die Möglichkeit gegeben,  
1839 Ermäßigungen bei der KVB-Nutzung und in städtischen Einrichtungen zu erhalten.

1840 Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gilt es für diesen Personenkreis das  
1841 Leistungsspektrum des Passes wie auch den Anbieterkreis auszuweiten.

1842 Unser Ziel ist, den KölnPass weiter bekannt zu machen, ihn ständig attraktiver zu  
1843 gestalten und mit weiteren Leistungen zu verknüpfen. Konkret heißt das:

1844 a. Beibehaltung des Berechtigtenkreises

1845 b. zur Finanzierung soll u. a. ein Bildungsfonds initiiert werden, mit dessen  
1846 Unterstützung sich neben der Stadt auch Sponsoren an der Finanzierung  
1847 beteiligen können

1848 c. ausgehend von der Forderung nach Sozialtarifen für Energiekosten werden  
1849 in Köln Schritte zur Senkung des Energieverbrauchs/der Energiekosten für  
1850 Köln-Pass Empfänger eingeleitet. Dabei sind auch Anreize zur  
1851 Energiekostensenkung in der Tarifstruktur zu überprüfen

## 1852 **5. Armut**

1853 a. regelmäßiger Armuts- und Reichtumsbericht mit dem Ziel, 2011 einen  
1854 umfassenden Lebenslageberichts vorzulegen

1855 b. Schaffung von Aktionsplänen gegen Kinderarmut

1856 c. Schaffung eines Aktionsplan gegen die Folgen von Altersarmut

## 1857 **6. Hilfen in sozialen Notlagen**

1858 a. Es soll ein Bildungsfonds – gespeist von Bürgern, Firmen und der Stadt –  
1859 initiiert werden zur Unterstützung bedürftiger Schülerinnen und Schüler z.  
1860 B. durch Schulbücher, weiteren Schulmaterialien oder auch die Beteiligung  
1861 an Schulaustausch.

1862 b. Alle wesentlichen gesundheits- und sozialpolitisch vernetzten Angebote  
1863 kommunaler und freier Träger des Hilfesystems für Drogenabhängige und  
1864 Wohnungslose, hier insbesondere auch Notdienste, Obdachlosenhilfe,  
1865 sollen gesichert werden.

1866 c. Zur Vermeidung von wiederholtem Wohnungsverlust ist ein  
1867 Nachsorgeprogramm zu entwickeln.

1868 d. Mädchen und Frauen sind leider häufig Opfer von Gewalt und Missbrauch.  
1869 Neben der Unterstützung präventiver und begleitender Maßnahmen  
1870 werden wir uns auch weiterhin für den Erhalt und den Ausbau von  
1871 entsprechenden Angeboten (Mädchenarbeit, Wohngruppen,  
1872 Zufluchtsstätten etc.) einsetzen.

## 1873 **7. Senioren und Seniorinnen**

1874 a. Wir unterstützen alle Wohnformen für Senioren und Seniorinnen, die trotz  
1875 Pflegebedarf ein höchst mögliches Maß an Selbstständigkeit und  
1876 Selbstbestimmung ermöglichen.



- 1877 b. Kurzfristig wollen wir mindestens drei weitere Projekte des  
1878 „generationsübergreifenden Wohnens“ geplant und realisiert sehen.
- 1879 c. Betreute Wohngruppen als Alternative zur frühen Heimunterbringung  
1880 werden wir ausbauen.
- 1881 d. Die Wohnquartiere sollen gerade mit Blick auf die Bedarfe der Senioren  
1882 und Seniorinnen entwickelt werden (Vernetzungen fördern, Infrastruktur  
1883 entwickeln, Angebot besonderer Wohnformen). Der Wohnraumwechsel  
1884 von Großwohnung in Kleinwohnung soll gefördert und unterstützt werden.  
1885 Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Menschen nicht durch den  
1886 Umzug in eine kleine Wohnung zu Transferleistungsempfängern werden.
- 1887 e. Es sollen weitere Mehr-Generationen-Plätze für die Begegnung der  
1888 Generationen bei Sport und Freizeitgestaltung geschaffen werden.
- 1889 f. Die Seniorennetzwerke sollen weiter ausgebaut werden.
- 1890 g. Die SBK Köln müssen in Öffentlicher Hand bleiben. Sie sollen weiterhin  
1891 ohne kommunale Zuschüsse wirtschaftlich erfolgreich arbeiten.
- 1892 h. Die Beteiligungsrechte der Seniorenvertretungen (kommunal und  
1893 bezirklich) sollen ausgeweitet werden.

1894

## 1895 **16. Einwanderung und Integration (Migration)**

1896 Die Einwanderung der letzten 50 Jahre hat auch unsere Stadt grundlegend  
1897 verändert. Köln ist vielfältiger geworden. Hier leben Menschen mit unterschiedlichen  
1898 Sprachen, Nationalitäten, Kulturen und Religionen. Diese Vielfalt ist keine  
1899 Problemlage, sondern eine Stärke und Ressource unserer Stadt!

1900 Zuwanderung und kulturelle Vielfalt bieten große Chancen für Innovation und  
1901 Fortschritt im Bereich der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung  
1902 Kölns. Gleichzeitig ist diese Vielfalt aber auch Herausforderung, denn sozialer  
1903 Zusammenhalt, Sicherung von Chancengleichheit sowie ein gelungener  
1904 Interessenausgleich sind nicht selbstverständlich.

1905 SPD und GRÜNE wollen den breiten und offenen gesellschaftlichen Dialog zu den  
1906 wichtigen Themen von Integration und Migration stärken.

### 1907 **1. Verwaltung**

- 1908 a. Aufrechterhaltung der Trennung zwischen Ausländerbehörde und  
1909 Interkulturellem Referat
- 1910 b. Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes als Querschnittsaufgabe
- 1911 c. interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung sowohl bzgl. der Steigerung der  
1912 Zahl von Beschäftigten mit Migrationshintergrund als auch im Bereich der  
1913 Förderung der interkulturellen Kompetenzen durch Aus- und Fortbildung

- 1914 d. anknüpfend an die Erfolge der letzten drei Jahre weitere Verbesserung der  
 1915 Ausbildungsmöglichkeiten von Migranten und Migratinnen in  
 1916 Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften und Gewinnung der  
 1917 Privatwirtschaft für diese Ziele
- 1918 e. Aufstockung von qualifiziertem Personal in der Ausländerbehörde mit dem  
 1919 Ziel der Reduzierung der Fallzahlen
- 1920 f. rechtlichen Spielraum für Bleiberecht und Arbeitserlaubnis im Sinne der  
 1921 hier schon lange Lebenden ausschöpfen

1922 **2. Aufenthalt**

- 1923 a. trägerübergreifende Entwicklung eines Konzeptes zur individuellen  
 1924 aufenthaltsrechtlichen Absicherung geduldeter Personen außerhalb von  
 1925 Bleiberechts- und Altfallregelungen (Dabei könnte die Entwicklung von  
 1926 individuellen Integrations- und Hilfeplänen für alle betroffenen Flüchtlinge  
 1927 ein Ziel sein. Dies gilt auch für die seit Jahren in Köln lebenden Roma.)
- 1928 b. Prüfung, ob und wie wissenschaftliche Institutionen die lange Tradition  
 1929 Kölns bei der Integration von Flüchtlingen erforschen und auswerten  
 1930 können; Ziel ist es, zusätzliche Erkenntnisse für die zukünftige Integration  
 1931 von Flüchtlingen zu gewinnen
- 1932 c. verbesserte Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit für Menschen innerhalb der  
 1933 Bleiberechtsregelungen (verstärkte Schaffung kommunaler Programme  
 1934 unter Nutzung anderer öffentlicher Zuschüsse, z. B. aus der EU)
- 1935 d. verstärkte Anstrengungen gegenüber Bund und Land, die derzeit gültigen  
 1936 Bleiberechtsregelungen zu verlängern mit dem Ziel, die aktuelle  
 1937 Stichtagsregelungen zu flexibilisieren und die Aufenthaltsdauer in den  
 1938 Vordergrund zu stellen
- 1939 e. Klärung eines gefestigten Aufenthalts in einem angemessenen Zeitraum  
 1940 unter besonderer Berücksichtigung von Integrationsleistungen (Die  
 1941 Sicherung des Lebensunterhaltes darf insbesondere aufgrund des vielfach  
 1942 unzureichenden Arbeitsmarktzugangs und der fehlenden  
 1943 Kindergeldberechtigung nicht zwingende Voraussetzung für ein Bleiberecht  
 1944 im Rahmen von Altfallregelungen sein.)
- 1945 f. Gewährung eines längerfristig gesicherten Aufenthalts zur Durchführung  
 1946 notwendiger medizinischer/therapeutischer Behandlungen für die  
 1947 Betroffenen und ihre Familienangehörigen mit der Perspektive eines  
 1948 dauerhaften Aufenthalts in Deutschland
- 1949 g. Sicherung der Arbeit der Beratungsstellen für Flüchtlinge

1950 **3. Unterbringung von Flüchtlingen**

- 1951 a. stadtteilgerechte Weiterführung des erfolgreichen Unterbringungskonzepts  
 1952 mit seiner erfolgreichen Integration in die Stadtteilstrukturen

- 1953 b. Sicherung eines Angebots humaner Unterbringungsangebote für
- 1954 Neuankömmlinge
- 1955 c. bedarfsgerechte Wohnprojekten nur für Frauen und Kinder und für allein
- 1956 lebende Männer mit chronischen psychischen Erkrankungen
- 1957 d. Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nur in
- 1958 Verbindung zu Jugendhilfemaßnahmen

1959 **4. Sprache, Ausbildung, Arbeit, Ehrenamt**

- 1960 a. Sicherstellung des Zugangs zu sämtlichen Angeboten der Beratung und
- 1961 Förderung bei ARGE, Arbeitsagentur, Beschäftigungsträgern und sonstigen
- 1962 relevanten Akteuren (Hierbei ist eine stärkere Einbindung von
- 1963 Unternehmerinnen und Unternehmern mit und ohne Migrationshintergrund
- 1964 gewünscht.)
- 1965 b. weitgehende Zusicherung des Aufenthaltes für die gesamte
- 1966 Ausbildungszeit bei Personen mit unsicherem Aufenthalt
- 1967 c. Förderung von Mehrsprachigkeit in Kitas und Schulen (auch
- 1968 weiterführende Schulen)
- 1969 d. dauerhafte und bedarfsgerechte Absicherung der Internationalen
- 1970 Förderklassen an Berufskollegs
- 1971 e. flächendeckende Ausweitung der interkulturellen Elternbildung
- 1972 f. Verbesserung der Unterstützung des „Bürgerschaftlichen Engagements“
- 1973 und der Partizipation der Migranten und Migratinnen u. a. durch
- 1974 Fortsetzung des Projektes „EngagementBrücken“
- 1975 g. Förderung der Beratungsarbeit für Migranten und Migrantinnen im schwul-
- 1976 lesbischen Bereich

1977 **5. Antirassismus und Antidiskriminierung**

- 1978 SPD und GRÜNE wollen, dass die Arbeit für Antirassismus und Antidiskriminierung in
- 1979 Köln weitergeführt und weiterentwickelt wird. Daher wollen wir:
- 1980 a. Unterstützung und Einbeziehung des neu gegründeten „Kölner Forums
- 1981 gegen Rassismus und Diskriminierung“ als Fachgremium in kommunale
- 1982 Aktivitäten und Konzepte gegen Rassismus und Diskriminierung
- 1983 b. kontinuierliche Sicherstellung einer angemessenen Beratungsstruktur
- 1984 durch das „3-Säulen-Modell“ und weiterer Träger
- 1985 c. eine städtische Antidiskriminierungsrichtlinie zur Umsetzung des AGG
- 1986 d. Ausstattung der/des städtischen Antidiskriminierungsbeauftragten mit
- 1987 weitgehenden Befugnissen im Rahmen der kommunalrechtlichen
- 1988 Möglichkeiten

1989 **6. Verschiedenes**

- 1990 a. konsequente Umsetzung des neuen „Integrationskonzeptes“ und  
1991 Begleitung der Umsetzung durch den Integrationsrat und die  
1992 Integrationskonferenzen
- 1993 b. interkulturelle Öffnung der Kultureinrichtungen in Köln als eine strategische  
1994 Aufgabe (Derzeit ist die Schaffung der „Akademie der Künste der Welt“  
1995 dabei ein wesentlicher Baustein. Das Konzept der Akademie muss  
1996 präzisiert und danach realisiert werden.)
- 1997 c. Prüfung der weiteren Stärkung der Kompetenzen des Integrationsrates
- 1998 d. Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Runden Tisches für  
1999 Flüchtlingsfragen zu „Menschen ohne Papiere“, insbesondere hinsichtlich  
2000 der Beratungsstrukturen und des „Armenbettes“
- 2001 e. Einsatz der Stadt für:
- 2002 • ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer und Ausländerinnen,  
2003 die dauerhaft hier leben
- 2004 • eine Ausweitung des Rechtes auf doppelte Staatsbürgerschaft
- 2005 • Jährlicher Abschiebestopp im Rahmen „Wintererlass“
- 2006 f. Anregung einer Prüfung, wie eine erforderliche Diagnostik und  
2007 ausreichende Behandlungsplätze bei Vorliegen einer psychischen  
2008 Erkrankung sichergestellt werden können
- 2009 g. Prüfung der Möglichkeit einer Unterstützung der „save-me-Kampagne“  
2010 („resettlement“) prüfen lassen
- 2011 h. weiteres geeignetes Maßnahmenkonzept „Rückkehrberatung“ für Köln mit  
2012 haushaltsneutraler Auswirkung
- 2013 i. Sicherung der Arbeit von „Amaro Kher“ vor allem in den Bereichen Grund-  
2014 und Hauptschule sowie Berufsvorbereitung
- 2015 j. Alle Religionsgemeinschaften müssen ihren Glauben öffentlich und in  
2016 würdigem Rahmen ausüben können. Dazu gehört auch, dass in Köln  
2017 weitere baulich attraktive Moscheen gebaut werden können, sofern die  
2018 Träger unsere Verfassung achten und akzeptieren. In diesem  
2019 Zusammenhang sollte auch in Köln der Islam Unterricht an den Schulen  
2020 installiert werden. Es ist zu prüfen, inwieweit die Universität zu Köln eine  
2021 Lehrerausbildung für diesen Unterricht aufbauen kann. Der begonnene  
2022 interreligiöse Dialog wird fortgesetzt.
- 2023 k. Stärkung der interkulturellen Zentren (Sie müssen sich verstärkt mit den  
2024 anderen Angeboten im Sozialraum vernetzen. Die Zentren sind verstärkt –  
2025 wie die Bürgerzentren – als Orte individueller Beratung mit dem Ziel, die  
2026 soziale Kompetenz zu stärken, zu betrachten. Hier sollten auch neue

2027 Themen, wie z. B. Gewalt gegen Frauen, durch Fortbildung und bessere  
2028 Kenntnis des Beratungsnetzes aufgegriffen werden.)

2029 I. Prüfung, inwieweit die Zusammenarbeit zwischen interkulturellen Zentren  
2030 und Frauenberatungsorganisationen im Sinne eines Netzwerkes gegen  
2031 Gewalt an Migrantinnen befördert werden kann

2032 m. Interkulturelle Öffnung der Sozialen Dienste, vor allem im Bereich der  
2033 Pflege und bei der aktivierenden offenen Altenarbeit

2034

2035

## 2036 **17. Gesundheit**

2037 Gesundheit ist wichtige Voraussetzung für Teilhabe. Der Zugang zu medizinischer  
2038 Versorgung und Hilfe sowie die Chance auf ein gesundes Leben darf nicht abhängig  
2039 von Einkommen oder Sozialstatus sein.

2040 Grundsätzlich sollen alle nachfolgend aufgeführten Themen in der Planung und  
2041 Umsetzung an den jeweils gültigen Qualitätsanforderungen ausgerichtet werden.  
2042 Inbegriffen ist darin auch der Grundsatz der Zielfestlegung und Evaluation von  
2043 Maßnahmen und Vorhaben, um eine systematische Wirksamkeitsüberprüfung  
2044 entwickeln zu können.

### 2045 **Kinder- und Jugendgesundheit**

2046 Wir verstehen darunter eine gesunde Entwicklung als dauerhaften Prozess von  
2047 Anfang an. Dazu müssen erstens Auffälligkeiten früh erkannt und zweitens Hilfen  
2048 sichergestellt werden. Dies umfasst dort, wo die Ursache der Störung nicht  
2049 medizinisch, sondern sozial ist, auch Hilfen außerhalb des medizinisch-  
2050 therapeutischen Versorgungssystems.

2051 Eine nicht geringe Anzahl von Kindern weist schon sehr früh gesundheitliche  
2052 Gefährdungen und Entwicklungsauffälligkeiten auf, denen präventiv zu begegnen ist:

2053 • So sind Programme zur Erkennung und Verhütung gesundheitlicher  
2054 Gefährdungen vor allem in den Kindertagesstätten – auch schon bei U3-  
2055 Kindern – auszubauen und ein entsprechendes Netzwerk der  
2056 Kindertagesstätten untereinander zu gründen. Dazu gehören insbesondere  
2057 gesunde Ernährung und Bewegung sowie psychische Gesundheit.

2058 • Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst sowie der jugendärztliche  
2059 Dienst des Gesundheitsamtes ist in diesen Prozess mit einzubeziehen.

2060 • Ein Schwerpunkt ist bei der Diagnostik und Behandlung von frühkindlichen  
2061 Gesundheits- und Entwicklungsstörungen zu setzen. Dazu gehört auch der  
2062 konsequente Aufbau der flächendeckenden Vierjährigenuntersuchung des  
2063 Gesundheitsamtes sowie der bedarfsgerechte Ausbau der Angebote der  
2064 Frühförderung.

2065 • Angebote für Eltern mit unheilbar krank geborenen Kindern sowie Kindern  
2066 mit schweren angeborenen Behinderungen sollen verstärkt werden.

2067 • Die kinder- und jugendpsychiatrische Beratungsstelle ist weiterzuführen,  
2068 ebenso die Clearingstelle für frühe Hilfen und die Krisenintervention für  
2069 besonders belastete Familien.

2070 • Beratung und Betreuung junger Eltern durch einen bedarfsgerechten  
2071 Einsatz von Familienhebammen, Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen  
2072 sollen beibehalten werden.  
2073  
2074  
2075

## 2076 **Gesunde Ernährung**

2077 • Alle Angebote, die dazu dienen, dass sich Kinder und Jugendliche  
2078 gesünder ernähren und ihr Bewusstsein für die Notwendigkeit gesunder  
2079 Ernährung schärfen, unterstützen wir, seien es Kochkurse oder gesunde  
2080 Verpflegung in Schulen und in allen Betreuungsangeboten für Kinder und  
2081 Jugendliche.

2082 • Ältere und alleinstehende Menschen sind zunehmend mangelernährt. Wir  
2083 setzen uns dafür ein, dass die Angebote für kostengünstige Mahlzeiten  
2084 (Mittagstische etc.), die es zu fördern gilt, ein besonderes Augenmerk auf  
2085 die Bedarfe und auch die Bedürfnisse älterer Menschen haben.  
2086 Besonderer Beachtung bedürfen hierbei Senioren und Seniorinnen mit  
2087 Migrationshintergrund.  
2088

## 2089 **Kliniken**

2090 Die Kliniken der Stadt Köln mit den Standorten in Merheim und Holweide und die  
2091 Kinderklinik stellen wichtige Eckpfeiler der Daseinsvorsorge in Köln dar. Darüber  
2092 hinaus sind sie ein wichtiger Arbeitgeber.

2093 Ziel muss es auch in Zukunft sein, dass die Kliniken nicht privatisiert werden,  
2094 sondern im Besitz der Stadt Köln bleiben. Darüber sollen auch die Arbeitsplätze in  
2095 den Kliniken mit der notwendigen Qualität gesichert werden.

2096 Die Kliniken müssen für die Zukunft aufgestellt werden.

2097 • Das bedeutet, dass aktiv Kooperationen mit anderen kommunalen Kliniken  
2098 im Umfeld gesucht und umgesetzt werden. Dies gilt sowohl für den  
2099 medizinischen als auch für den Verwaltungs- und Versorgungsbereich,  
2100 z. B. Küche, Reinigung, Wäscherei etc. Dabei sind vorrangig die Kliniken in  
2101 Porz, in Gummersbach, Leverkusen, die LVR-Kliniken in Köln und in  
2102 Langenfeld sowie die Tagesklinik Alteburger Straße auf eine mögliche  
2103 Zusammenarbeit hin zu prüfen.

2104 • Das bedeutet außerdem die Überarbeitung der fachlichen Ausrichtungen,  
2105 der organisatorischen Abläufe und der betriebswirtschaftlichen Konzepte.

- 2106 • Dazu gehört eine konsequente Patientenorientierung die im Sinne der UN-  
2107 Konvention auch Konzepte zur Behandlung von Menschen mit  
2108 unterschiedlichen Behinderungen umfasst.

### 2109 **Gemeindenahe psychiatrische Versorgung**

- 2110 • In Zusammenarbeit mit dem LVR und den freien Trägern in Köln ist die  
2111 konzeptionelle Weiterentwicklung der sozialpsychiatrischen Zentren  
2112 anzustreben. Dies bedeutet insbesondere, dass die Angebotsstruktur für  
2113 bestimmte Zielgruppen verbessert werden muss (z. B. für junge psychiatrisch  
2114 kranke Menschen, Kinder psychisch kranker Eltern sowie wohnungslose  
2115 psychisch kranke Menschen).
- 2116 • Das ambulant betreute Wohnen ist auszubauen für alle Zielgruppen, und  
2117 besondere Betreuungsansätze für junge psychisch kranke Menschen, die  
2118 noch bei ihren Eltern leben, sind weiterzuentwickeln und zu finanzieren.
- 2119 • Für forensische Patienten und Patientinnen ist eine sachgerechte  
2120 Nachsorgeleistung sicherzustellen. Die Einbettung der Forensik in die  
2121 Gemeindepsychiatrie ist eine immerwährende Aufgabe.
- 2122 • Wir regen ein Konzept an für einen „24-Stunden-Kriseninterventionsdienst“ für  
2123 ambulant betreute psychisch und psychiatrisch kranke Menschen – ggf. in  
2124 Zusammenarbeit mit Fachkliniken soll dieses erarbeitete Angebot modellhaft  
2125 in einem überschaubaren Bezirk erprobt werden.
- 2126 • Für psychisch kranke und suchtkranke Menschen sind  
2127 Beschäftigungsmöglichkeiten weiter aufzubauen im Sinne eines  
2128 ineinandergreifenden und individuellen Modulsystems.

### 2129 **Gesundheit für Migrantinnen und Migranten**

- 2130 • Das kommunale Gesundheitskonzept für Menschen mit Migrationshintergrund  
2131 ist umzusetzen. Hier ist insbesondere beim Gesundheitszentrum für  
2132 Migrantinnen und Migranten in Köln der Aufbau einer Koordinierungsstelle zu  
2133 fördern. Die Einrichtung von interkulturellen Gesundheitsstützpunkten ist im  
2134 Rahmen der Sozialraumentwicklung zu prüfen.
- 2135 • Eine ausreichende gesundheitliche Versorgung für Menschen ohne Papiere –  
2136 entsprechend dem vom Rat beschlossenen Konzept – ist in dieser  
2137 Ratsperiode umzusetzen
- 2138 • Weiterhin ist an der interkulturellen Öffnung des gesamten  
2139 Gesundheitsversorgungssystems zu arbeiten. Gemeinsam mit Migrantinnen  
2140 und Migranten sind neue Konzepte zu entwickeln

### 2141 **Frauen und Gesundheit**

- 2142 • Die Beratungsangebote für Frauen, insbesondere im psychosozialen Bereich,  
2143 sollen bedarfsgerecht entwickelt werden.

- 2144 • Die auf dem Frauengesundheitstag 2004 entwickelten Maßnahmen sind  
2145 bedarfsgerecht weiter zu verfolgen.

### 2146 **Medizinische Versorgung für Wohnungslose und Nichtversicherte**

- 2147 • Die medizinische Versorgung von Wohnungslosen und Nichtversicherten  
2148 durch den mobilen medizinischen Dienst des Gesundheitsamtes ist  
2149 sicherzustellen.

- 2150 • Angebote für psychisch kranke Wohnungslose sind bedarfsgerecht zu  
2151 entwickeln.

2152  
2153  
2154

### 2155 **Sexuelle Gesundheit**

2156 Wir treten ein für selbstbestimmte und eigenverantwortliche sexuelle und  
2157 reproduktive Gesundheit, unabhängig von Alter, Bildungsstand und sozialem Status.  
2158 Dafür ist Folgendes notwendig:

- 2159 • Die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für KölnPass-Inhaber und -  
2160 Inhaberinnen ist weiterzuentwickeln. Auf eine bundesweite Lösung ist zu  
2161 drängen.

- 2162 • Die Präventionsarbeit für sexuell übertragbare Krankheiten ist auszubauen,  
2163 ebenso der Ausbau der HIV-Test-Beratung. Hier soll die Zusammenarbeit mit  
2164 freien Trägern und dem Gesundheitsamt verbessert werden. Der Ausbau der  
2165 sexualpädagogischen Arbeit, insbesondere mit männlichen Jugendlichen, und  
2166 die Multiplikatorenarbeit ist zu prüfen.

- 2167 • Die Arbeit der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen wird gesichert.

- 2168 • Die sexualpädagogische Betreuung von Jugendlichen ist sicherzustellen und  
2169 möglichst auszubauen.

### 2170 **Drogen/Sucht**

- 2171 • Das Kölner Drogenhilfesystem soll prinzipiell erhalten und auf Wirksamkeit  
2172 geprüft werden. Ein bedarfsgerechter Ausbau ist anzustreben. Ebenso eine  
2173 Verstärkung der Präventionsarbeit. Insbesondere sind sozialraumbezogene  
2174 Angebote zur Prävention von Abhängigkeiten von legalen und illegalen  
2175 Drogen weiterzuentwickeln.

- 2176 • Die Angebote für die Drogensubstitution mit Polamidon bzw. Methadon wollen  
2177 wir erhalten und stützen – ggf. ist auch eine Ausweitung des Angebots  
2178 notwendig.

- 2179 • Die Diamorphinabgabe an schwerst Drogenabhängige gilt es – auch in  
2180 Hinblick auf die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen – im  
2181 bisherigen Umfang zu erhalten. Die Zusammenführung beider Angebote von



- 2182 städtischer Seite in der integrierten Substitutionsambulanz hat sich bewährt  
2183 und soll weitergeführt werden.
- 2184 • Eine bedarfsgerechte Anpassung der 2009 stadtbezirksübergreifend  
2185 eingerichteten, niederschweligen aufsuchenden Hilfe für schwerst  
2186 alkoholranke Menschen ist weiter zu verfolgen.
- 2187 • Die beiden Angebote der Beratung von co-abhängigen Angehörigen wie Eltern  
2188 und Ehepartner sollen erhalten bleiben.
- 2189 • Den Kölner Drogenhilfeverbund werden wir weiter stabilisieren und – wo nötig  
2190 und wenn möglich – weiter ausbauen.
- 2191 • Die zunehmende Spielsucht (auch Online-Spielsucht) gerade jüngerer  
2192 Menschen stellt uns vor neue Aufgaben. Wir werden prüfen, ob die  
2193 bestehenden Angebote ausreichend und passgenau sind.
- 2194 • Die beiden Drogenkonsumräume wollen wir erhalten.

2195 **Hilfen in besonderen Lebenssituationen**

- 2196 • Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Demenz und ihren oft völlig  
2197 überlasteten Angehörigen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird.  
2198 Dazu gehört, die Angebote von Tagespflege und Kurzzeitpflege zu sichern und  
2199 wo nötig auszubauen, die Finanzierung durch die entsprechenden Träger  
2200 sicherzustellen und insbesondere die Möglichkeiten der Hilfe für die  
2201 Betroffenen transparent zu machen. Die Gründung von Wohngruppen für  
2202 demente Menschen unterstützen wir ausdrücklich.
- 2203 • Unsere sozial-psychiatrischen Zentren (SPZ), auf die Köln zu Recht stolz sein  
2204 kann, werden wir stützen und erhalten und wo nötig und möglich ausbauen.
- 2205 • Die in unserer Stadt in weiten Teilen beispielhafte Palliativmedizin und  
2206 Hospizbewegung findet unsere volle Unterstützung. Wo nötig und möglich,  
2207 werden wir die Ausweitung der Angebote insbesondere der ambulanten  
2208 Hospizbewegung unterstützen und fördern. Aber auch die ambulante  
2209 Betreuung schwerstkranker Menschen muss bedarfsgerecht ausgebaut  
2210 werden.
- 2211 • Die Überleitungspflege, d. h. die Organisation der Entlassung von  
2212 pflegebedürftigen Menschen aus dem Krankenhaus in ihre häusliche  
2213 Umgebung, ist zurzeit noch deutlich mangelbehaftet. Wir unterstützen im  
2214 Rahmen unsere Einflussmöglichkeiten die Initiativen der an dem Prozess  
2215 beteiligten Gruppen, die sich um eine Verbesserung der Situation bemühen.

2216 **HIV und AIDS**

- 2217 Wir sind solidarisch mit Menschen, die HIV-infiziert oder an AIDS erkrankt sind. Wir  
2218 verurteilen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung.
- 2219 • Prävention ist trotz vorhandener Behandlungsmöglichkeiten das wichtigste  
2220 Mittel zur Bekämpfung von HIV.

- 2221 • Wir setzen uns für die Bestandserhaltung und wo nötig und möglich für den  
2222 Ausbau von passgenauer Präventionsarbeit ein.

### 2223 **Koordinierung und Vernetzung der Gesundheitsförderung**

- 2224 • Die tragende Rolle der Stadt ist hier zu stärken. Weitergeführt werden soll das  
2225 Modellprojekt „Gesunde Lebenswelten“, um zu einer flächendeckenden,  
2226 qualitätsgesicherten Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen in  
2227 Schule, Kindergarten und Freizeit zu kommen. Die gesundheitsfördernden  
2228 Aktivitäten für Seniorinnen und Senioren sind, auch in Verbindung mit dem  
2229 Seniorennetzwerken, weiterzuentwickeln. Dies gilt auch für das Thema  
2230 Zahngesundheit.
- 2231 • Die Stadt soll sich an Netzwerken zur betrieblichen Gesundheitsförderung  
2232 stärker beteiligen. Insbesondere soll die Stadt im Sinne eines  
2233 „Musterarbeitgebers“ eigene vernetzte Konzepte der Gesundheitsförderung  
2234 unter besonderer Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und der  
2235 Diversity-Konzepte für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickeln  
2236 und umsetzen. Sie soll entsprechenden Einfluss auf die städtischen und  
2237 stadtnahen Unternehmen entwickeln, damit diese sich an solchen Konzepten  
2238 beteiligen.
- 2239 • Dabei sind die besonderen Belastungen an spezifischen Arbeitsplätzen, aber  
2240 auch allgemeine Fitness, Bewegung und Ernährung sowie die psychische  
2241 Gesundheit zu berücksichtigen.
- 2242 • Die kommunale Gesundheitskonferenz soll gestärkt und aktiviert werden,  
2243 sodass insbesondere die Verzahnung städtischer Angebote mit denen des  
2244 Gesundheitsversorgungssystems weiterentwickelt werden kann und in diese  
2245 Konzepte auch andere Träger des Gesundheitssystems, insbesondere die  
2246 Krankenkassen, einbezogen werden.
- 2247 • SPD und GRÜNE bestärken die Stadt Köln darin, Langzeituntersuchungen zur  
2248 Gesundheitsschädlichkeit des Nachtfluges in Form einer epidemiologischen  
2249 Fall-Kontroll-Langzeitstudie in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden  
2250 durchzuführen.

### 2251 **Selbsthilfe**

2252 Die Selbsthilfebewegung in Köln soll erhalten und weiter ausgebaut werden.  
2253 Aktivitäten der Bevölkerung sollen durch Gesundheitstage und Öffentlichkeitsarbeit  
2254 unterstützt werden. Das „Gesunde-Städte-Netzwerk“ soll auch für Köln stärker  
2255 genutzt werden.

### 2256 **Wohnortnahe Gesundheitsversorgung**

2257 Eine angemessene wohnortnahe Versorgung mit Ärzten aller Fachrichtungen,,  
2258 insbesondere mit Kinderärzten, ist anzustreben.

### 2259 **Einzelprojekte**

2260 Folgende Projekte sollen weitergeführt bzw. entfristet werden:

- 2261 • „Jusch“ – jung und schwanger
- 2262 • Kinder- und jugendpsychiatrische Beratungsstelle
- 2263 • Clearingstelle (frühe Hilfen und Krisenintervention für besonders belastete
- 2264 Familien in Zusammenhang mit Geburt und den ersten Lebensmonaten des
- 2265 Kindes)

2266

## 2267 18. Kultur

2268 Die Zusammenarbeit von SPD und GRÜNEN im sog. Kernbündnis hat mit ihren  
 2269 Initiativen positive Bewegung in die Kölner Kulturpolitik gebracht. Beispielhaft seien  
 2270 genannt der Kulturentwicklungsplan (KEP), die Einführung des KölnTages bei den  
 2271 Museen, die Akademie der Künste der Welt und die deutliche Stärkung des  
 2272 Kulturetats. Ziel der neuen Vereinbarung ist es, diese erfolgreiche Zusammenarbeit  
 2273 für Köln und für die Kultur dieser Stadt fortzusetzen.

2274 Der Reichtum und die Vielfalt an kulturellen Angeboten und Gütern bestimmen die  
 2275 Lebensqualität in unserer Stadt. Kunst und Kultur sind nicht Selbstzweck, sondern  
 2276 unverzichtbares Gut. Investitionen in Kultur sowie die Möglichkeiten und Chancen  
 2277 der Teilhabe an Kunst und Kultur sind deshalb auch Investitionen in die Zukunft und  
 2278 dienen dem Zusammenhalt der Kölner Stadtgesellschaft. Kunst und Kultur sind  
 2279 wichtige Wirtschafts- und Standortfaktoren.

2280 SPD und GRÜNE treten ein für eine Kölner Kulturpolitik, die alle Formen der  
 2281 künstlerischen und kulturellen Kreativität unterstützt, von der Kulturwirtschaft bis zur  
 2282 freien Kunst, von den unternehmerisch tätigen Kreativen bis hin zu den in  
 2283 öffentlichen Institutionen arbeitenden Kulturschaffenden, von der Subkultur bis zu  
 2284 arrivierten Künstlern und Künstlerinnen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle  
 2285 Kunstrichtungen und Kunststile in Köln entwickeln können und hier auf eine offene  
 2286 und innovationsfreudige Atmosphäre treffen. Wir treten dafür ein, die  
 2287 Rahmenbedingungen für Kultur in Köln zu verbessern, um Köln auch überregional  
 2288 und international als innovativen und kreativen Kunst- und Kulturstandort nach vorn  
 2289 zu bringen.

2290 Mehr Landes-, Bundes- und EU-Mittel müssen für die Kultur in Köln eingeworben  
 2291 werden. Ebenso muss der Umgang mit Förderern, Stiftern und Mäzenen durch die  
 2292 Stadtverwaltung nachhaltig verbessert werden. SPD und GRÜNE haben die  
 2293 Verwaltung bereits am 13.11.2008 mit einem Konzept zum Umgang mit Stiftungen  
 2294 und Schenkungen beauftragt.

2295 Unsere Stadt muss offen sein für Kulturschaffende, Künstler und kreative Menschen.  
 2296 SPD und Bündnis 90/Die Grünen treten dafür ein, dass

- 2297 • die **kulturelle Infrastruktur** auch in finanziell schwierigen Zeiten gesichert
- 2298 und möglichst ausgebaut wird,
- 2299 • städtische Kulturpolitik Kulturschaffenden **Verlässlichkeit** und Unterstützung
- 2300 bietet,

- 2301 • soziale und kulturelle Ausgrenzung durch **Öffnung der kulturellen Angebote**  
 2302 überwunden wird, wie z. B. durch kostenfreien oder reduzierten Eintritt, offene  
 2303 und kostenfreie Proben,
- 2304 • Kunst und Kultur in der ganzen Stadt zu Hause sind, auch durch **dezentrale**  
 2305 **Angebote in den Stadtteilen,**
- 2306 • Soziale Verantwortung gegenüber Künstlerinnen und Künstlern bedeutet für  
 2307 uns neben einer sachgerechten Kulturförderung vor allem, die für die  
 2308 künstlerische Lebensführung wichtigen Netzwerke zu stärken, um damit die  
 2309 künstlerische Selbständigkeit zu unterstützen.
- 2310 Die Kulturverwaltung soll kompetente Anlauf- und Servicestelle für Kulturschaffende  
 2311 und Kreative sein. Zu ihren Aufgabe soll zukünftig insbesondere auch gehören:
- 2312 • die Vermittlung von Kontakten sowie Arbeits- und Ausstellungs- bzw.  
 2313 Aufführungsräumen
- 2314 • die Unterstützung bei Netzwerkbildung und Vermarktung
- 2315 • die Beratung im Rahmen von Existenzgründungen und Förderung (Hierzu  
 2316 sollen Interessierten in Zusammenarbeit mit dem BBK, dem Kunstverein, der  
 2317 Kunsthochschule für Medien, der Fachhochschule, der Hochschule für Musik  
 2318 und Tanz und den Universitäten Seminare und Infoveranstaltungen angeboten  
 2319 werden.)
- 2320 Wir brauchen eine ressort- und dezernatsübergreifende Arbeit für die Kultur dieser  
 2321 Stadt. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Kulturverwaltung in alle Fragen,  
 2322 die das kulturelle Leben in der Stadt betreffen, eingebunden ist, andere  
 2323 Verwaltungsbereiche einbindet und die Interessen der Kultur adäquat vertritt; das gilt  
 2324 besonders bei der Umnutzung kulturell genutzter Räume und Flächen, der Möglichkeit  
 2325 kultureller Zwischennutzungen freier städtischer Räume und Flächen sowie bei der  
 2326 Schaffung von Nischen für experimentelle, neue und progressive Kulturtrends.
- 2327 Eine bessere Vernetzung der Kultureinrichtungen innerhalb der Stadt und über die  
 2328 Grenzen der Stadt hinaus sowie eine bessere Zusammenarbeit in der Region sind  
 2329 wichtige Aufgaben für die kommenden Jahre. Köln muss dem Anspruch an eine  
 2330 moderne Stadt gerecht werden, die in konstruktiver Kooperation mit anderen  
 2331 Kommunen und dem LVR die Qualität der Kulturangebote steigert und dabei  
 2332 gleichzeitig die Kosten für die Beteiligten reduziert. Wir setzen uns ein für eine  
 2333 verstärkte Zusammenarbeit der Institutionen, gemeinsame Projekte oder  
 2334 Produktionen bzw. deren Austausch und eine Unterstützung des Austauschs der  
 2335 freien Szene.
- 2336 SPD und GRÜNE treten dafür ein, den Kulturentwicklungsplan (KEP) regelmäßig  
 2337 fortzuschreiben. Der Plan ist dort zu schärfen, wo er konzeptionelle Lücken aufweist  
 2338 (z. B. beim Tanz). Dort wo Köln besondere Stärken hat, sollen diese  
 2339 zukunftsorientiert weiterentwickelt und profiliert werden. Ein erstes Vorhaben könnte  
 2340 dabei die Ausarbeitung eines Konzeptes für Musik in Köln sein („Zukunft(s)Musik“),  
 2341 da Köln hier über besondere Potenziale und Möglichkeiten verfügt. Ausgehend von  
 2342 dem bundesweit einzigartigen und von der Bundeskulturstiftung geförderten  
 2343 Netzwerk „Neue Musik“ und dem Projekt eines Zentrums für aktuelle Musik soll in

2344 einem transparenten Fortentwicklungsprozess unter gleichberechtigter Beteiligung  
2345 aller Akteure ein wertvoller Diskurs initiiert werden, der alle Potenziale aufzeigt und  
2346 gemeinsame Ziele definiert. Ein vergleichbarer Diskussions- und  
2347 Entwicklungsprozess wird auch für die Bildende Kunst angestrebt.

2348 SPD und GRÜNE treten dafür ein, dass die Querschnittsaufgaben des  
2349 Kulturentwicklungsplans vorrangig bearbeitet werden. Dazu gehören:

2350 • **Kulturmarketing als Standortmarketing** – Eine professionelle Darstellung  
2351 der Stadt Köln als Kunst-, Kultur- und Medienmetropole ist überfällig. Wir  
2352 setzen uns dafür ein, ein gutes Kulturmarketing in das Stadtmarketing  
2353 einzubeziehen, damit die Qualität und Vielfalt des kulturellen Angebots in die  
2354 Außendarstellung der Stadt aufgenommen wird und damit die  
2355 Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen der Stadt in ihren eigenen  
2356 Anstrengungen besser unterstützt werden.

2357 • **Kulturelle Bildung** – Wir wollen einen ungehinderten Zugang zu allen  
2358 Formen von Kunst und Kultur von früher Kindheit an. Das Konzept „Kulturelle  
2359 Bildung“ muss unter Beteiligung aller wichtigen Akteure in der Stadt erarbeitet  
2360 werden. Es muss konkrete Handlungsempfehlungen enthalten, wie Kunst und  
2361 Kultur für alle Menschen zugänglicher gemacht und wie Fähigkeiten im  
2362 künstlerischen und kulturellen Spektrum besser ausgebildet und gefördert  
2363 werden können. Der Umgang mit und die sinnvolle Nutzung der Medien bilden  
2364 hierbei eine unverzichtbare Schlüsselkompetenz. Wir wollen ein stärkeres  
2365 Augenmerk auf die professionelle Theaterarbeit für Kinder- und Jugendliche  
2366 richten. Ausbau und Unterbringung der Rheinischen Musikschule haben für  
2367 uns in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung.

2368 • **Interkultur** – Mit dem Ratsbeschluss zur Errichtung einer Akademie der  
2369 Künste der Welt haben wir ein bundesweit sichtbares Signal gesetzt. Wir  
2370 wollen dieses Projekt zeitnah realisieren. Dabei werden wir dafür eintreten,  
2371 dass ein möglichst hoher Anteil der Mittel in die eigentliche Projektarbeit und in  
2372 den wertvollen interkulturellen Diskurs fließen kann. Insbesondere die  
2373 geplante Jugend-Akademie liegt uns sehr am Herzen. Interkultur ist für uns  
2374 eine Quelle künstlerischer Inspiration. Interkulturelle Kunst und Kultur soll sich  
2375 entwickeln zu einem integrierten Baustein des kulturellen Lebens und der  
2376 kulturellen Angebote. Langfristig sollen keine eigenen Konzepte zur  
2377 interkulturellen Förderung mehr notwendig sein. Köln hat bereits ein großes  
2378 Spektrum an interkulturellen Kulturangeboten sowohl bei den Institutionen als  
2379 auch bei der Freien Szene. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Migranten  
2380 und Migrantinnen sowohl als Zielgruppe für die Kulturangebote als auch als  
2381 Produzierende von Kunst und als Anbieter von Kultur besser erreicht werden.  
2382 Deshalb fordern wir, dass sich die Interkulturalität zukünftig auch in Jurys und  
2383 Auswahlkommissionen und im Personal der Kultureinrichtungen widerspiegelt.  
2384 Wir halten eine Erhebung für wichtig, die Aufschluss gibt über spezielle  
2385 Bedarfe und verbesserte Zugangsmöglichkeiten, aber auch über bereits  
2386 vorhandene Angebote.

2387 • **Kultur- und Kreativwirtschaft** – Der Kulturwirtschaftsbericht hat anschaulich  
2388 aufgezeigt, dass Kultur- und Kreativwirtschaft/Creative Industries Motoren der  
2389 städtischen Wirtschaft sind, deren Ansiedlung weiter gefördert werden muss.

2390 Die Handlungsempfehlungen des Kulturwirtschaftsberichtes müssen  
2391 schrittweise umgesetzt werden.

- 2392 • Wir unterstützen deshalb die Pläne für ein Kompetenznetzwerk  
2393 Kreativwirtschaft.

2394 Für alle Sparten gilt: SPD und GRÜNE treten ein für eine Weiterentwicklung der  
2395 bestehenden Förderkonzepte auf Basis der gewonnenen Erfahrungen und für die  
2396 Erarbeitung der noch fehlenden Förderkonzepte. Eine enge Zusammenarbeit mit  
2397 den Fachleuten der einzelnen Sparten setzen wir dabei auch weiterhin voraus. Enge  
2398 Kooperationen zwischen den städtischen Angeboten und der Freien Szene sind  
2399 auszubauen.

## 2400 Darstellende Kunst

- 2401 • Wir stehen für eine Stärkung der Theaterszene in Köln. Dies ist derzeit  
2402 vorstellbar über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, z. B. über ein  
2403 Haus für Theater, Musik und Tanz und im Rahmen von Kooperationen oder  
2404 über eine Unterstützung durch das Kulturred, Marketingstrukturen etc. Die  
2405 Theaterförderung soll weiterhin über die Konzeptionsförderung erfolgen.

- 2406 • Köln braucht eine Konzeption für den Tanz und einen Produktions- und  
2407 Aufführungsort. Ein Tanzhaus soll so variabel konzipiert werden, dass es auch  
2408 als Aufführungstätte für andere Darbietungen freier Gruppen dienen kann.  
2409 Perspektivisch soll sich ein Tanzhaus als eigenständige Spielstätte für den  
2410 Tanz in Köln entwickeln.

## 2411 Bildende Kunst

- 2412 • Das Angebot an günstigen **Atelier- und Ausstellungsräumen** sowie der  
2413 internationale Ausstellungsaustausch müssen deutlich verbessert werden.

- 2414 • Die **Entwicklung freier Kunsträume** soll unterstützt werden.

- 2415 • Wir möchten die **Art Fair** in Köln halten

- 2416 • Für die Kölner Museen ist eine Zukunftsperspektive zu entwickeln, die die  
2417 Einzigartigkeit jeder dieser Einrichtungen respektiert, die Arbeitsbedingungen  
2418 optimiert und mehr eigenständiges Handeln ermöglicht. Nach Auswertung des  
2419 Pilotprojektes Wallraff-Richartz-Museum/Fondation Corboud wird entschieden,  
2420 wie die Kölner Museen zukunftsfähiger zu entwickeln sind. Die Museen  
2421 müssen alle möglichen und zulässigen Kompetenzen und Freiräume erhalten.  
2422 Keine Stadt in Deutschland hat eine vergleichbare Zahl überregional  
2423 bedeutender kommunal getragener Museen. Gerade dies zeigt die  
2424 Notwendigkeit, zukünftig stärker unterstützende Mittel von Land, Bund und EU  
2425 sowie von öffentlichen und privaten Stiftungen einzufordern.

- 2426 • Wir wollen, dass sich alle Kunstfelder, z. B. auch Fotografie, neue mediale  
2427 Kunstrichtungen, Film, Design oder Baukultur, in Köln entwickeln können, weil  
2428 sie auf eine offene Atmosphäre treffen, die alle Chancen bietet.

## 2429 Musik

- 2430 • Die Musikszene soll unterstützt werden durch Probe- und Aufführungsräume  
2431 sowie Strukturhilfen, wie z. B. Netzwerkplattformen.
- 2432 • Die **Musikfabrik** wollen wir langfristig in Köln halten ebenso wie entsprechend  
2433 bedeutungsvolle Kölner Ensembles, die in Köln entstanden sind und  
2434 inzwischen den Namen Kölns in alle Welt tragen.
- 2435 • Das **Gürzenich-Orchester** soll Landesorchester werden.

## 2436 Gedächtnis der Stadt

- 2437 • Der Einsturz des **Historischen Archivs** bedeutet einen tiefen und bitteren  
2438 Einschnitt für die Stadt. Es kommt nun darauf an, nach vorn zu blicken. Für die  
2439 Zukunft des Historischen Archivs ist ein umfassendes Konzept zu erarbeiten  
2440 und Unterstützung über Köln hinaus einzufordern, da es sich um ein Vorhaben  
2441 von nationaler Bedeutung handelt. Der Wiederaufbau der Archivarbeit verdient  
2442 besondere Priorität. Wir wollen die neuen Notwendigkeiten als Chance nutzen  
2443 zum Aufbau eines modernen Bürgerarchivs, das die wichtige  
2444 wissenschaftliche Arbeit verstärkt, auch nach außen öffnet und für Besucher  
2445 und Interessierte erlebbar macht. Daneben gilt es selbstverständlich auch, die  
2446 Digitalisierung der Bestände sowie die Sicherung und Restaurierung der  
2447 beschädigten Archivalien voranzutreiben und die Bestände wieder zugänglich  
2448 zu machen. Es ist insbesondere sicherzustellen, dass für die Interimsphase  
2449 bis zur Wiedereröffnung des neuen Archivgebäudes eine angemessene  
2450 Anzahl von Arbeitsplätzen für wissenschaftliche Recherchen zur Verfügung  
2451 steht.
- 2452 • Das **NS-Dokumentationszentrum** soll als eigenständige und unabhängige  
2453 Institution erhalten bleiben. Der Innenhof des ELDE-Hauses soll als  
2454 Gedenkstätte nutzbar werden. Das Zeitzeuginnenprogramm im NS-Dok  
2455 werden wir weiterhin unterstützen.
- 2456 • Wir setzen uns für den langfristigen Erhalt des Lernortes „**Jawne**“ ein
- 2457 • Die Architekturnachlässe müssen akquiriert, adäquat aufbereitet, archiviert  
2458 und öffentlich zugänglich gemacht werden.

## 2459 Kultur für alle

- 2460 Kultur für alle ist eine berechtigte Forderung einer offenen Stadtgesellschaft. Wir  
2461 wollen Hemmschwellen abbauen, Ausgrenzungen darf es in Zukunft nicht mehr  
2462 geben.
- 2463 • Mit dem „**Freitag in den Museen**“ (**KölnTag**) ist ein erster Schritt vollzogen,  
2464 den Zugang zu den städtischen Museen zu erleichtern und den  
2465 Museumsbesuch unabhängig von finanziellen und sozialen Voraussetzungen  
2466 zu gestalten. Nach Auswertung der ersten Projektphase ist perspektivisch zu  
2467 prüfen, inwieweit andere kulturelle Einrichtungen kostenlose Einblicke in ihre  
2468 Arbeit und ihr Angebot ermöglichen können. Ideen, wie z. B. den  
2469 „Philharmonie Lunch“ begrüßen wir sehr. Am freien Eintritt für alle Kinder und  
2470 Jugendliche in die ständigen Sammlungen der Kölner Museen an allen Tagen  
2471 der Woche halten wir weiter fest. Darüber hinaus sind im Rahmen der

- 2472 finanziellen Möglichkeiten Kooperationen in der Region zu prüfen (z.B.  
2473 Rheinlandtag mit dem LVR).
- 2474 • Die kulturellen Angebote sollen für die Menschen gut erreichbar und nutzbar  
2475 sein. Dafür ist es notwendig, z. B. die Öffnungszeiten und das Angebot der  
2476 **Stadtteilbibliotheken** an die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer vor Ort  
2477 anzupassen.
- 2478 • Wir wollen eine **Stärkung der Jugendkultur**. Junge Menschen brauchen  
2479 Räume für Kreativität, z. B. Probe- und Präsentationsräume. Auch der  
2480 öffentliche Raum muss jungen Menschen offenstehen für ihren speziellen  
2481 Ausdruck von Kunst, Kultur und Kreativität.
- 2482 Städtische Kulturpolitik muss die **Vernetzung von Kultur und Medien** fördern. Wir  
2483 begrüßen Konzepte wie das „**luxet**“ und nehmen es zum Anlass, ein  
2484 Gesamtkonzept Medien zu fordern, mit dem Ziel besserer Vernetzung und  
2485 Entwicklung bestehender Institutionen.
- 2486 SPD und GRÜNE werden darauf achten, dass die Kultur bei der Umsetzung des  
2487 Masterplans als wichtiger Teil der Stadtentwicklung gesehen wird. In Zukunft sollen  
2488 Künstler und Künstlerinnen verstärkt in die Gestaltung von Plätzen und anderen  
2489 öffentlichen Orten einbezogen werden. Wir wollen, dass die künstlerische Gestaltung  
2490 von Bauvorhaben mit Begleitung des Kunst- und Gestaltungsbeirates mehr  
2491 Beachtung findet.
- 2492 Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Stadtentwicklungsvorhaben **Räume für**  
2493 **künstlerische Nutzungen** eingeplant werden, z. B. Ateliers und Ausstellungsräume  
2494 (Clouth-Gelände) oder Proberäume. Dabei sind neue Formen öffentlicher und  
2495 privater Zusammenarbeit exemplarisch zu entwickeln.
- 2496 **Das Kulturquartier am Neumarkt** muss zügig fertiggestellt werden. In einer  
2497 Schwachstellenanalyse müssen die Ursachen für die Verspätung und die  
2498 Kostensteigerungen herausgearbeitet und Konsequenzen für den zukünftigen  
2499 Umgang mit vergleichbaren Großprojekten gezogen werden.
- 2500 Das **Opernquartier** wird zu einem Ensemble geformt, das einen neuen  
2501 Kulturmittelpunkt im Herzen der Stadt setzt. Ein verlässlicher Kostenplan und ein  
2502 professionelles Zeit- und Kostenmanagement sind unabdingbare Voraussetzung. Wir  
2503 werden darauf achten, dass eine im Hinblick auf die Haushaltslage größtmögliche  
2504 Funktionalität entsteht.
- 2505 Die **Domumgebung** muss dringend als zentraler Ort der Kulturstadt Köln, als Ort der  
2506 Begegnung zwischen dem Weltkulturerbe Dom, dem Museum Ludwig, dem  
2507 Römisch-Germanischen Museum und der Philharmonie neu gestaltet werden. Die  
2508 bereits 2002 empfohlene Aufwertung von Dionysoshof und Baptisterium ist dringend  
2509 erforderlich; die notwendigen Fördermittel sind sach- und fristgerecht einzuwerben.
- 2510 Hinsichtlich des Projekts **Archäologische Zone/Jüdisches Museum** wird erwartet,  
2511 dass die Stadt zügig den Ratsbeschluss vom 10.09.2009 umsetzt.



2512 Der **Neubau des Historischen Archivs** am Eifelwall zusammen mit dem  
2513 Rheinischen Bildarchiv und der Kunst- und Museumsbibliothek ist beschlossen und  
2514 muss umgehend in Angriff genommen werden.

2515 SPD und GRÜNE stimmen darin überein, dass die **Rheinische Musikschule** ein  
2516 den zukünftigen Anforderungen angemessenes Domizil benötigt.

2517 Für das **Gebäude des Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring** sind  
2518 kulturwirtschaftliche Nutzungen denkbar. Eine mögliche Nutzung des Gebäudes  
2519 durch die Rheinische Musikschule zusammen mit anderen Nutzungen, z. B. „Luxet“,  
2520 wird weiter geprüft, allerdings müssen sich solche Nutzungen finanziell selbst tragen.  
2521 Sofern sich in absehbarer Zeit keine Nutzungen aus dem kulturwirtschaftlichen und  
2522 Bildungsbereich als realisierungsfähig erweisen, werden SPD und GRÜNE auch eine  
2523 Veräußerung prüfen, da das Gebäude für repräsentative, privatwirtschaftliche  
2524 Nutzungen attraktiv ist.

2525

## 2526 **19. Sport**

2527 Sport und Bewegung nehmen an Stellenwert in der städtischen Gesellschaft zu. Fast  
2528 60 Prozent der Kölnerinnen und Kölner treiben in ihrer Freizeit aktiv Sport. Der Sport  
2529 ist die größte Bürgerbewegung Kölns und verbindet alle Generationen, sozialen  
2530 Schichten und Nationalitäten. Allein 190.000 Bürgerinnen und Bürger sind Mitglied in  
2531 einem der rund 800 Sportvereine Kölns. Eine noch größere Anzahl von Kölnerinnen  
2532 und Kölnern treibt Sport außerhalb von Vereinen, vor allem beim Joggen, Walken,  
2533 Radfahren oder Schwimmen.

2534 Sportvereine übernehmen eine wichtige soziale Aufgabe in der Stadt. Sie führen  
2535 Kinder und Jugendliche an Sport und Bewegung heran, sind Orte der Integration. Wir  
2536 wollen den vereinsgebundenen und den vereinsungebundenen Breitensport erhalten,  
2537 stärken und fördern.

2538 Das Kölner Sportangebot muss der alternden, multikulturellen und zunehmend  
2539 gesundheitsorientierten Gesellschaft gerecht werden. Deshalb muss das Thema  
2540 „Sport“ stärker in die „integrierte Stadtentwicklungspolitik“ einbezogen werden. Hierzu  
2541 gehört auch eine Einbeziehung in Bauplanungs-, Verkehrs-, Wohnungs-, Jugend-,  
2542 Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik.

2543 Wir wollen Kinder und Jugendliche an Sport und Bewegung heranführen:

- 2544 • Das Projekt „Sicher Schwimmen“ für Grundschulkinder ist erfolgreich  
2545 angelaufen und muss weitergeführt werden.
- 2546 • Die Jugendbeihilfe sichert die Angebote für Kinder und Jugendliche in den  
2547 Sportvereinen und ist zu erhalten.
- 2548 • Kinder mit KölnPass sollen weiterhin städtische Zuschüsse zum  
2549 Vereinsbeitrag erhalten (Programm „Kids in die Clubs“).

- 2550 • Die Kooperation von Offenen Ganztagschulen und Sportvereinen muss  
2551 weiter verbessert werden. Auftretende Zeit- und Nutzungskonflikte müssen  
2552 frühzeitig aufgegriffen und entsprechende Hemmnisse abgebaut werden.
- 2553 • Wir setzen uns für ein qualitativ hochwertiges Bewegungs- und Sportangebot  
2554 in den Kitas und im Rahmen der OGTS ein. Wir werden die bereits laufenden  
2555 Projekte in diesem Bereich aufeinander abstimmen. Das Projekt  
2556 „Kindergarten-Mobil“ ist flächendeckend auf alle Kindergärten auszudehnen.  
2557 Hier bieten sich neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Kitas und  
2558 Sportvereinen an.
- 2559 Wir wollen die Voraussetzungen für bewegungsaktive Freizeitbeschäftigung und  
2560 individuellen Sport verbessern:
- 2561 • Es sollen mindestens drei großflächige „Bewegungsräume“ mit modernen  
2562 Trainingsgeräten und Bewegungsangeboten in Grünanlagen der Stadt, in  
2563 denen mehrere Sportarten betrieben und in denen Serviceleistungen  
2564 angeboten werden, eingerichtet werden.
- 2565 • Es sollen außerdem Mehrgenerationenplätze, beleuchtete Laufstrecken,  
2566 Flächen für Skater und Inline-Skater, Basketballanlagen in Wohnortnähe  
2567 eingerichtet werden.
- 2568 • Die Kultur von Straßenkicks, Streetbasketball oder auch das  
2569 bewegungsintensive Spielen auf Spielplätzen und Plätzen muss weiterhin  
2570 ermöglicht werden. SPD und GRÜNE begrüßen die Aktionen „Körbe für Köln“  
2571 und „Basketball um Mitternacht“. Sie setzen sich für Erhalt und Ausbau dieser  
2572 und vergleichbarer Angebote ein.
- 2573 Das Prinzip des Gender Mainstreaming soll im Sport durchgehend berücksichtigt  
2574 werden.
- 2575 SPD und GRÜNE unterstützen eine Ausweitung des Angebots an Sport und  
2576 Bewegung für ältere Menschen. Wir wollen Sportvereine dazu animieren, ihre  
2577 Seniorenangebote auszuweiten. SPD und GRÜNE unterstützen Seniorenprogramme  
2578 und Sportkurse u. a. in Seniorenheimen. Vorhandene Aktivitäten und  
2579 wissenschaftliche Begleitprogramme der Deutschen Sporthochschule sollen weiter  
2580 ausgebaut werden.
- 2581 Die Zahl der Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung nimmt zu. Dieser  
2582 Personenkreis hat ein besonderes Recht darauf, dass ihm angemessene  
2583 Sportmöglichkeiten geboten werden. Sportstätten sind barrierefrei zu gestalten.
- 2584 Durch das Projekt „Sport in Metropolen“ ist in Köln-Mülheim eine Vernetzung der  
2585 Vereine, Schulen und Aktiven gelungen. Das Projekt wird jetzt in Nippes fortgesetzt.  
2586 Wir wollen das Programm auf weitere Stadtteile übertragen.
- 2587 Ein bedarfsgerechtes Angebot wohnortnaher Sportanlagen ist auf Dauer zu sichern.  
2588 Die notwendigen Mittel für Instandhaltung und Sanierung wollen wir bereitstellen, das  
2589 Programm zum Bau von Kunstrasenplätzen fortsetzen.

2590 Die Organisation der Kölner Sportstätten wird neu geordnet. Ziel ist neben einer  
2591 Kostenersparnis und Effizienzsteigerung die bessere Ausnutzung der Anlagen durch  
2592 den Breitensport.

2593 Gemeinsames Ziel ist es, dass der städtische Zuschuss für das RheinEnergie-  
2594 Stadion tendenziell sinkt. Aufgrund der Konkurrenz unter den großen Stadien und  
2595 Hallen soll das Stadion weiterhin intensiv vermarktet werden.

2596 Die breitensportliche Nutzung des Sportparks Müngersdorf wollen wir schützen.  
2597 Kommerzielle Nutzungen der Vorwiesen werden ausgeschlossen. Bei kommerzieller  
2598 Nutzung der Jahnwiesen sind die Beeinträchtigungen des Breitensports auf ein  
2599 Minimum zu reduzieren und die Aspekte des Umweltschutzes besonders zu  
2600 berücksichtigen.

2601 Die KölnBäder GmbH hat in den letzten Jahren ein Sanierungs- und  
2602 Attraktivierungsprogramm der Kölner Bäder auf den Weg gebracht, das in den  
2603 nächsten Jahren mit Neubau/Generalsanierung des Eis- und Schwimmstadions, des  
2604 Stadionbades und des Zollstockbades fortgesetzt wird. Auf der Basis einer Analyse  
2605 des tatsächlichen Bedarfs und der Besucherzahlen bei Parallelbetrieb aller Bäder  
2606 werden wir 2011 über die Perspektiven für jedes einzelne Bad entscheiden.

2607 Der Stadtsportbund erfüllt als Dachorganisation der Kölner Vereine eine wichtige  
2608 Funktion. Wir wollen seine Arbeit weiter unterstützen.

2609 Sportvereine und traditionelle Sportereignisse kommen zunehmend durch Rückzug  
2610 von Sponsoren in Finanznöte. Sportamt und Stadtsportbund können die Betroffenen  
2611 in Organisations- und Strukturfragen kompetent beraten. Die Stadt kann aber  
2612 fehlende Sponsorenmittel grundsätzlich nicht kompensieren.

2613 Für Köln sind große Sport-Events wichtig und Image fördernd. Engagement an dieser  
2614 Stelle darf aber nicht zulasten des Budgets von Kindern und Jugendlichen gehen.

2615 Der Sport nimmt wichtige soziale Aufgaben wahr. SPD und GRÜNE unterstützen  
2616 daher Initiativen der Sportverbände zur Verhinderung von jeglicher Gewalt im Sport,  
2617 so auch das Aktionsbündnis „ROTE KARTE gegen sexualisierte Gewalt im Sport“.

2618

## 2619 **20. Vielfalt**

2620

### 2621 **Menschen mit Behinderungen und Bewegungseinschränkungen**

2622 • Das Handlungskonzept für Behindertenpolitik der Stadt muss konsequent  
2623 umgesetzt werden. Dies beinhaltet selbstverständlich auch einen Ausbau der  
2624 Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, z. B. in Verkehrsmitteln und an  
2625 Haltestellen. Insbesondere fordern wir auch die Entwicklung eines Tourismus-  
2626 konzeptes für Menschen mit Behinderungen und den deutlichen Ausbau von  
2627 barrierefreiem Wohnraum.

2628 • Das „Beschützte Wohnen/Service-Wohnen“ für Menschen mit Handicaps  
2629 werden wir ausbauen.

- 2630 • Bei sämtlichen kommunalen Planungen muss die Prüfung auf Aspekte der  
2631 „Barrierefreiheit“ Standard werden, in Analogie zur  
2632 „Umweltverträglichkeitsprüfung“.
- 2633 • Gemeinsamer Unterricht an allen Schulformen und Betreuung von Kindern mit  
2634 und ohne Behinderungen soll deutlich ausgebaut werden.
- 2635 • Behindertenvereine und Selbsthilfeinitiativen werden gesichert.
- 2636 • Integrationsfirmen und Werkstätten für behinderte Menschen erhalten  
2637 besondere Unterstützung durch Auftragsvergaben der Stadt. Höhere  
2638 Durchlässigkeit von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) zu Firmen  
2639 auf dem Ersten Arbeitsmarkt muss erreicht werden.
- 2640 • Wir wollen, dass gemeinsame Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche mit  
2641 und ohne Behinderung ausgebaut werden.
- 2642 • Die Stadt AG Behindertenpolitik erhält mehr Beteiligungsrechte (u. a. in den  
2643 Bezirksvertretungen).
- 2644 • Stadt und ihre Unternehmen sollen sich zu Musterarbeitgebern für Menschen  
2645 mit Behinderungen entwickeln und dies mit einer Kampagne begleiten.  
2646

#### 2647 **Lesben, Schwule, Bi-Sexuelle und Transgender**

- 2648 Wir setzen uns konsequent ein für den Abbau jeglicher rechtlicher und tatsächlicher  
2649 Diskriminierung schwuler, lesbischer, bi- und transsexueller Menschen im gesamten  
2650 Stadtgebiet. Weil Gleichstellung und Gerechtigkeit unser durchgängiges Prinzip ist,  
2651 stehen wir für die Implementierung des Diversity-Gedankens auf allen Ebenen der  
2652 Stadtverwaltung und des zivilen und wirtschaftlichen Lebens unserer Stadt.
- 2653 Wir unterstützen die Erstellung und die Umsetzung eines Diversity-Konzeptes für  
2654 Köln unter Einbeziehung der städtischen Beteiligungsunternehmen.
- 2655 Das Referat **Lesben, Schwule, Transgender** wird umgehend gemäß Ratsbeschluss  
2656 eingerichtet und besetzt. Es soll in enger Kooperation mit der Stadt-  
2657 Arbeitsgemeinschaft auch nach außen wirken und im städtischen Internetauftritt  
2658 präsent sein.
- 2659 Die Aufklärungsarbeit gegen Homophobie wollen wir fördern. Dazu sollen u. a. die  
2660 Arbeit der Youth-Work-Stellen und die Aufklärungsarbeit an Schulen („SchLAu-  
2661 Projekt“) für Schüler, Lehrer und Eltern zur Verbesserung der Gewaltprävention und  
2662 Antidiskriminierungsarbeit gesichert werden. Das gilt insbesondere für die Schulen  
2663 und Jugendarbeit außerhalb der Innenstadt. Zur Unterstützung der Aufklärungsarbeit  
2664 von „SchlauKöln“ und zur Sicherung von deren Wirkung soll weiterhin alle sechs  
2665 Monate ein Qualitätszirkel unter Beteiligung der Stadt Köln stattfinden. Darüber  
2666 hinaus wird ein genereller Aktionsplan gegen Homophobie für die Stadt Köln erstellt.
- 2667 Wir wollen die Potenziale der Stadt, die der Community geboten werden, stärker für  
2668 den nationalen und internationalen Tourismus nutzen. Ein Gay-City-Management soll  
2669 dem Tourismus in dieser Sparte ein stark verbessertes Profil verschaffen.

2670 Der Austausch mit den Kölner Partnerstädten und deren lesbischen und schwulen  
2671 Organisationen wird fortgesetzt. Eine weitere Förderung durch die EU wird  
2672 angestrebt

2673 Die Gay Games 2010 werden unterstützt.

2674 Die lesbisch-schwulen Beratungszentren wollen wir stärken. Da in vielen Bereichen  
2675 bereits Familienberatung im klassischen Sinn geleistet wird, wollen wir eine  
2676 Anerkennung als klassische Familienberatungsstellen in lesbisch-schwuler  
2677 Trägerschaft unterstützen.

2678 Wir wollen die Präventions- und Integrationsarbeit mit Migrantengruppen weiter  
2679 fördern.

2680 Die Präventionsarbeit der freien Träger bei sexuell übertragbaren Krankheiten wollen  
2681 wir stärken. Die vielen Selbsthilfegruppen in diesem Bereich werden auch zukünftig –  
2682 insbesondere in der personalkommunikativen Präventionsarbeit – solidarisch  
2683 unterstützt. Ordnungspolitische Maßnahmen sind kein geeignetes Mittel der AIDS-  
2684 Prävention.

2685 Bei Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere in der  
2686 Altenpflege oder der Arbeit für Menschen mit Behinderung, ist die Schulung zum  
2687 Thema „sexuelle Identität“ zu fördern. Städtische Einrichtungen sollen hier eine  
2688 Vorbildfunktion erfüllen.

2689 Die Organisationen der Lesben und Schwulen sind gekennzeichnet durch einen  
2690 hohen Grad an ehrenamtlicher Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Die  
2691 Arbeit im Bereich der Selbsthilfe wollen wir weiter unterstützen und stärken.

2692 Wir unterstützen die Seniorenarbeit für Lesben, Schwule, Bi-Sexuelle und  
2693 Transgender in Köln und setzen uns dafür ein, bestehende Strukturen zu stärken.

2694 Alternative Wohnformen für Lesben, Schwule, Bi-Sexuelle und Transgender (z. B.  
2695 Villa Anders) wollen wir weiter fördern. Mehr-Generationen-Projekte und  
2696 Wohnformen, die speziell auf ältere Lesben und Schwule zugeschnitten sind, werden  
2697 von uns unterstützt . Die Erfahrungen mit diesen Wohnprojekten sollen  
2698 wissenschaftlich begleitet bzw. ausgewertet werden.

2699 Die Wiedereinführung eines lesbisch/schwulen Begegnungszentrums auf  
2700 ehrenamtlicher Basis wird begrüßt.

2701

## 2702 **21. Stadtverwaltung**

2703

### 2704 **Bürgernahe Dienstleistungen**

2705 Die Stadtverwaltung soll als effiziente, bürgerfreundliche und bürgernahe  
2706 Dienstleisterin weiterentwickelt werden.

2707 Wir wollen, dass die Verwaltung mit allen Dienstleistungsbereichen für Bürgerinnen  
2708 und Bürger auf kurzen Wegen und zu bürgerfreundlichen Öffnungszeiten erreichbar  
2709 ist. Die Sozialraumorientierung ist auch hier ein wichtiges Instrument. Dazu werden  
2710 wir den Service in Anlaufstellen der Verwaltung so dezentral wie möglich vorhalten  
2711 und zentrale Einheiten zur Nutzung von Synergieeffekten, für notwendige  
2712 Hintergrundarbeiten und zur besseren Steuerung der Abläufe einsetzen. Bürgernahe  
2713 Dienstleistungen und Beratung werden wir in allen neun Bezirken anbieten.

2714 Als wichtiger Baustein des Bürger-Service der Zukunft sind mobile und sinnvolle  
2715 interaktive Lösungen dem Aufbau einer überdimensionierten technischen  
2716 Infrastruktur vorzuziehen.

2717 Das Internet-Stadtportal stadt-koeln.de ist – auch als Basisinformation für das  
2718 Callcenter und für Auskunftsmöglichkeiten in den Bezirken – kundenfreundlich und  
2719 mit der entsprechenden Informationstiefe weiter barrierefrei auszubauen und als  
2720 Plattform für einen mobilen und interaktiven Bürgerservice zu nutzen. Die mobilen  
2721 Bürgerdienste sowie die Ansätze des E-Governments sollen ausgebaut werden.  
2722 Auch das Ratsinformationssystem soll weiter ausgebaut werden. Sämtliche Medien  
2723 der Stadtverwaltung sollen barrierefrei gestaltet werden, z. B. auch Flyer und  
2724 Broschüren.

2725 SPD und GRÜNE sind für eine dezentrale Budget- und Ressourcenverantwortung.  
2726 Wir sind uns darüber einig, die notwendige Optimierung des Verwaltungshandelns  
2727 auch durch Dezentralisierung der Ressourcen- und Ergebnisverantwortung  
2728 anzustreben. Daraus folgt, dass die politische Steuerung in deutlich höherem Maße  
2729 über Zielvereinbarungen und ein daran gekoppeltes Controlling erfolgt.

2730 Die Anforderungen an eine moderne Verwaltung unterliegen ständigen  
2731 Veränderungen. Die kontinuierliche Überprüfung der Aufgaben der Verwaltung im  
2732 Hinblick auf Synergien, interne Kooperationen und Schnittstellen wird fortgesetzt.

2733 Interkommunaler Erfahrungsaustausch und Know-how-Transfer, sowie kommunale  
2734 und regionale Kooperationen werden als Mittel zur Verbesserung der städtischen  
2735 Dienstleistungen ausdrücklich begrüßt.  
2736

### 2737 **Die Stadtverwaltung als gerechte und vorbildliche Arbeitgeberin**

2738 In der Stadtverwaltung wollen wir eine tatsächliche **Gleichstellung von Frauen** und  
2739 Männern erreichen. Der aktuelle Frauenförderplan ist zeitgerecht umzusetzen. Der  
2740 zukünftige Frauenförderplan soll vorsehen, dass ein 50-prozentiger Frauenanteil in  
2741 den Führungspositionen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes erreicht  
2742 wird. Der Frauenförderplan muss integraler Bestandteil des Umgestaltungsprozesses  
2743 sein, damit sich die Stadtverwaltung selbst den Kriterien des Gender Mainstreaming  
2744 anpasst.

2745 **Gender Mainstreaming** wird ein Leitprinzip in der Verwaltung und ist als  
2746 Querschnittsaufgabe umfassend zu implementieren. Dazu müssen konkrete  
2747 Konzepte zur Einführung des Gender Mainstreaming in den einzelnen Dezernaten  
2748 entwickelt werden, wobei Zielvorgaben und Prozessverlauf als zentrale Themen  
2749 Berücksichtigung finden müssen. Der begonnene Prozess muss optimiert und  
2750 schrittweise auf alle Verwaltungsbereiche ausgedehnt werden.

- 2751 Vielfalt ist eine der Stärken der Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung soll eine  
2752 Musterarbeitgeberin für alle sein, auch für Migrantinnen und Migranten, Menschen  
2753 mit Behinderungen, Lesben, Schwule, Bi-Sexuelle und Transgender sowie für ältere  
2754 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- 2755 Die Wertschätzung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unabhängig davon, welcher  
2756 Nationalität, Religion, sexueller Identität oder gesellschaftlicher Gruppe sie  
2757 angehören, und der zielgerichtete Umgang mit dieser Heterogenität sind  
2758 gleichermaßen zum Nutzen des Unternehmens und der Mitarbeiterinnen und  
2759 Mitarbeiter zu kultivieren. Mit der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt hat sich die  
2760 Stadt Köln zu einer Diversity-Politik verpflichtet. In diesem Sinne werden wir  
2761 beantragen, dass die Stadtverwaltung innerhalb von 18 Monaten ein Konzept für  
2762 Diversity-Politik in Köln erarbeitet, deren integraler Bestandteil ein Diversity-  
2763 Management-Konzept für die Stadtverwaltung ist. Eine Stadtverwaltung soll ein  
2764 Spiegelbild der Stadtgesellschaft sein. Wir wollen, dass sich die Vielfalt der  
2765 Kölnerinnen und Kölner auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der  
2766 Stadtverwaltung zeigt. Deshalb fördern wir die verstärkte interkulturelle Öffnung der  
2767 Verwaltung sowohl nach innen, als auch nach außen durch die Stärkung der  
2768 interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- 2769 Die städtischen Beteiligungsgesellschaften sollen sich an Diversity ebenfalls  
2770 beteiligen.
- 2771 Familiengerechtes Arbeiten soll ein stärkeres Gewicht erhalten. Unterstützende  
2772 Infrastruktur und Angebote wie Betriebskindergärten oder Beratungs- und  
2773 Vermittlungsleistungen für pflegebedürftige Angehörige liegen auch im Interesse der  
2774 Arbeitgeberin Stadt Köln. Gleiches gilt für die Beteiligungsunternehmen.
- 2775 Die Anlaufstelle in Fragen des Antidiskriminierungsgesetzes (AGG) soll zukünftig in  
2776 der Stadtspitze angebunden werden.
- 2777 Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das wichtigste Kapital der Stadtverwaltung.  
2778 Die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir weiter  
2779 ausbauen
- 2780 Beförderungen und Neueinstellungen sollen nach transparenten Kriterien wie  
2781 Eignung und Qualität erfolgen. Bei **Führungskräften** sollen freie Stellen auch wieder  
2782 mit externen Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden, sofern geeignete  
2783 interne Bewerberinnen und Bewerber nicht zur Verfügung stehen. Über  
2784 Stellenbesetzungsverfahren soll dem Ausschuss hinsichtlich der Kriterien regelmäßig  
2785 Bericht erstattet werden. Die Stellenbewertungen sollen unter Beteiligung der  
2786 betroffenen Dezernate erfolgen.
- 2787 Der demographische Wandel hat auch Auswirkungen auf die Beschäftigungsstruktur  
2788 der Stadtverwaltung. Dieser Herausforderung muss mit entsprechenden Maßnahmen  
2789 der Gesundheitsprävention sowie der Personalentwicklung und -gewinnung  
2790 begegnet werden. Hierzu ist eine umfassende Konzeption zu entwickeln. Als  
2791 Grundlage soll die Verwaltung den politischen Gremien darlegen, welche  
2792 Maßnahmen sie in diesem Bereich bereits durchführt und welche weiteren konkreten  
2793 Schritte geplant sind.

2794 Die Stadt Köln bietet auch weiterhin im Rahmen der geltenden Beschlusslage des  
2795 Rates **Ausbildungsplätze** an – dies auch über den eigenen Bedarf hinaus,  
2796 insbesondere, wenn im Jahr 2013 zwei Abiturjahrgänge durch G8 auf den  
2797 Ausbildungsmarkt drängen. Darüber hinaus verstärkt die Stadt ihr Angebot an  
2798 Volontariats-, Praktikums- und Traineeplätzen und trägt damit auch einer veränderten  
2799 Hochschullandschaft Rechnung.

2800

## 2801 **22. Sicherheit und Ordnung, Bürgerbeteiligung,** 2802 **Vergaben, Internationales**

2803 Köln soll eine lebenswerte und sichere Stadt bleiben. Die Bürgerinnen und Bürger  
2804 müssen Straßen, Plätze und auch die öffentlichen Verkehrsmittel als sichere Räume  
2805 empfinden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass viele Probleme  
2806 nachhaltig gelöst werden können, wenn der Grundsatz „Prävention und Hilfe vor  
2807 Repression“ gilt. Mit diesem Ziel werden wir Konzepte zur Verbesserung sowohl der  
2808 objektiven Sicherheit als auch des **subjektiven Sicherheitsgefühls**  
2809 weiterentwickeln. Dazu gehört neben der ausreichenden Beleuchtung städtischer  
2810 Anlagen auch ein gepflegtes Stadtbild..

2811 Die vorhandenen **Ordnungspartnerschaften** zwischen Justizbehörden  
2812 Ordnungsbehörden, Jugendamt, Arbeitsamt, Sozialamt, Wohnungsamt,  
2813 Baubehörden, Bundesgrenzschutz, KVB, Taxiunternehmen,  
2814 Wohnungsgesellschaften, Kirchengemeinden, Schulen, Kindergärten und  
2815 Einzelhandel wollen wir stärken. Darüber hinaus sollen im Rahmen einer integrierten  
2816 kommunalen Sicherheitspolitik alle Akteure aus den Bereichen Prävention, Hilfe und  
2817 Sanktion vernetzt miteinander arbeiten, um Sicherheit in der ganzen Stadt zu  
2818 erreichen. Die Arbeit der Stadtteilkonferenzen zur Sicherheit in den Bezirken ist  
2819 konsequenter durchzuführen. Vereine und Initiativen von betroffenen Bürgerinnen  
2820 und Bürgern sind mit einzubeziehen. Zielsetzung und eine regelmäßige  
2821 Qualitätskontrolle durch eine übergeordnete Stelle sind zu überprüfen.

2822 Die frühere Polizeikampagne „Hinsehen, handeln, Hilfe holen“ soll – auch mit  
2823 kommunaler Unterstützung – reaktiviert werden. Ergänzungen sind notwendig, wie  
2824 z. B. „Gewaltfrei in der KVB“.

2825 Aufgrund häufiger Beschwerden der Anwohner über nächtlichen Lärm in den  
2826 Kneipenvierteln, wollen wir die Präsenz des Ordnungsdienstes mit der Polizei an  
2827 Wochenenden verstärken, damit diese mäßigend auf die Feiernden einwirken  
2828 können. Das gilt auch für den respektvollen Umgang mit den städtischen  
2829 Grünanlagen. Gegebenenfalls werden – wie am Brüsseler Platz – weitere  
2830 Mediationsverfahren durchgeführt, um Nutzungskonflikte zu vermindern. Auch für die  
2831 Karnevalstage sollen abgestimmte Lösungen mit den Beteiligten gefunden werden,  
2832 um Alkoholexzesse, Gewalt und Vermüllung zumindest deutlich zu vermindern.  
2833 Fachausschuss und Verwaltung sollen mit betroffenen Kommunen erfolgreiche  
2834 Konzeptionen austauschen.

2835 Wir unterstützen Streitschlichtungsprojekte und Netzwerke gegen Gewalt an den  
2836 Schulen. Zur Erhöhung der Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln wollen wir  
2837 mehr Fahrgastbetreuer oder Schaffner einsetzen



2838 Die Kontrollen durch den Ordnungsdienst sollen intensiviert werden. Wir wollen  
2839 darüber hinaus darauf hinwirken, dass sich Betriebe (z. B. aus dem Bereich Fast-  
2840 Food, Kioske etc.) an der Stadtreinigung beteiligen.

2841 SPD und GRÜNE wollen die Zahl von barrierefreien Toiletten an  
2842 Erholungsschwerpunkten, in der Innenstadt und in den bezirklichen Stadtteilzentren  
2843 und an den Knotenpunkten in den Stadtvierteln erhöhen.

2844 Wohnungslose, Alkohol- und Drogenabhängige sind im Stadtbild präsent. Hier hat  
2845 sich der Einsatz von Streetworkern bewährt. Dies wollen wir beibehalten.

2846 Das Konzept zur Vergabe der zentralen Innenstadtplätze hat sich bewährt. Es stellt  
2847 einen ausgewogenen Kompromiss zwischen den Interessen der Anwohnerinnen und  
2848 Anwohnern der betroffenen Plätze und der Veranstalter dar. Die Vergabe der  
2849 zentralen Innenstadtplätze für Veranstaltungen soll auch weiterhin nach festgelegten  
2850 Qualitätskriterien erfolgen. Das Konzept soll regelmäßig evaluiert, fortgeschrieben  
2851 und fortgeführt werden, auch um den Wert der Plätze als Freiraum zu steigern.

2852 SPD und GRÜNE regen an, in enger Abstimmung mit dem Stadtbezirk Innenstadt die  
2853 Floh- und Büchermärkte am Rheinufer vor der Altstadt in den Bereich des Tiefkais  
2854 zwischen Hohenzollernbrücke und Zoo zu verlegen. Die Uferpromenade vor der  
2855 Altstadt ist zu eng, um vor allem am Wochenende die Ausflugsgäste oder sonstigen  
2856 Nutzerinnen und Nutzer, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, noch  
2857 zusätzlich mit Marktveranstaltungen zu belasten.

2858 Zur Fußball-WM 2006 wurden aufgrund des hohen nationalen und internationalen  
2859 Fanaufkommens öffentliche Plätze und öffentliche Gelder für Public Viewing zur  
2860 Verfügung gestellt. Bei der folgenden Fußball-EM im Jahr 2008 hat sich gezeigt,  
2861 dass private Veranstalter und die Gastronomie den Bedarf an Public Viewing gut  
2862 bewältigen können. Diese Verfahrensweise ist auch für die kommenden sportlichen  
2863 Großveranstaltungen angemessen.

2864 Der Nichtraucherschutz ist durch die Gesetzeslage des Landes NRW nur völlig  
2865 unzureichend gewährleistet. Der Zustand ist mehr als unbefriedigend und muss  
2866 durch das Land dringend verbessert werden. Das Ordnungsamt wird bei der  
2867 Durchsetzung der geltenden Bestimmungen ausdrücklich unterstützt, um ein  
2868 Mindestmaß an Nichtraucherschutz zu gewährleisten.

2869 Die Reinigungsfrequenz wollen wir an bestimmten kritischen Schwerpunkten, wie in  
2870 touristisch stark frequentierten Gebieten oder in den Kneipenvierteln in den  
2871 Abendstunden und an Wochenenden erhöhen. Die Vermeidung von Hundekot soll  
2872 durch das Aufstellen von entsprechenden Tütenspendern in Kombination mit  
2873 entsprechenden Abfallbehältern weiter unterstützt werden. Zur Verminderung von  
2874 Taubenpopulationen sollen in anderen Städten erfolgreich durchgeführte  
2875 Maßnahmen auch in Köln zum Einsatz kommen. Daran sollen Tierschutzgruppen  
2876 beteiligt werden. Das Fütterungsverbot soll verstärkt kontrolliert und Verstöße  
2877 dagegen geahndet werden.

2878 Initiativen zur Beseitigung von Farbsprühereien werden von der Stadt Köln  
2879 angemessen unterstützt.  
2880

2881 **Bürgerbeteiligung und Bezirke stärken**

2882 SPD und GRÜNE wollen die Rechte der **Bezirksvertretungen**, auch bei der  
2883 Finanzverantwortung, stärken. (s. Kapitel „Haushaltspolitik“)

2884 Wir wollen **Bürgerinnen und Bürger aktiver in kommunalpolitische**  
2885 **Entscheidungsprozesse einbeziehen**. Dazu sind geeignete Instrumente zu  
2886 entwickeln. (s. Kapitel „Haushaltspolitik“)

2887 Bestehende Ansätze, wie z. B. der Bürgerhaushalt, sollen weitergeführt und  
2888 ausgebaut werden. (s. Kapitel „Haushaltspolitik“)

2889 Bestehende öffentliche Veranstaltungsräume, wie z. B. Bürgerzentren, Vereinslokale  
2890 und Gemeindesäle sollen stadtweit erfasst sowie ein Entwicklungskonzept  
2891 einschließlich Prioritätenliste für die Schaffung weiterer Bürgerbegegnungsstätten  
2892 unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erarbeitet werden.  
2893

2894 **Satzungen und Gebühren**

2895 Beim Erlass von **Satzungen und Gebührenordnungen** der Stadt wollen wir  
2896 verstärkt soziale Aspekte (z. B. bei den Gebühren der Stadtbibliothek)  
2897 berücksichtigen.

2898 Die Parkgebühren der städtischen Parkplätze im öffentlichen Straßenraum in der  
2899 Innenstadt sollen weiterhin deutlich über denen der städtischen Parkhäuser liegen,  
2900 um das Aufsuchen der Parkhäuser attraktiver zu machen und unnötigem  
2901 Parksuchverkehr entgegenzuwirken. Eine wirkungsvolle Kontrolle der  
2902 Falschparkenden, die insbesondere auf Rettungswegen, Fahrrad- und Gehwegen  
2903 oder auf öffentlichen Plätzen parken, durch das Ordnungsamt ist erforderlich.

2904 Im Rahmen der regelmäßigen Verhandlungen über die Tarife für die  
2905 Taxiunternehmen auf dem Kölner Stadtgebiet soll weiterhin darauf hingewirkt werden,  
2906 dass die Unternehmen die vereinbarten Qualitätsvereinbarungen erfüllen.

2907 **Vergaben**

2908 Auf der Grundlage der inzwischen erfolgten GWB-Novellierung ist es öffentlichen  
2909 Auftraggebern, wie z. B. der Stadt Köln, möglich, innovations- und umweltbezogene  
2910 sowie soziale Kriterien bei der Beschaffung entsprechend der ILO-Konvention zu  
2911 berücksichtigen und Ausschreibungsverfahren entsprechend zu gestalten. Dies  
2912 wollen wir nun für städtische Vergabeverfahren umsetzen. Gleiches gilt auch für die  
2913 Beschaffung und den Betrieb der städtischen EDV-Infrastruktur (Green IT) und soll  
2914 auch für städtische Unternehmen gelten.

2915

2916 **Internationales**

2917 Wir stehen dafür ein, dass die Stadt Köln ihre Entwicklungszusammenarbeit  
2918 ausweitet und verstärkt. Dafür wird das Netzwerk „Köln in globaler Partnerschaft“  
2919 wird dafür gestärkt. Die Städtepartnerschaften werden weiterentwickelt.

2920 Wir setzen uns ein für den aktiven Austausch in europäischen Städtenetzwerken wie  
2921 Eurocities und Polis. Wir stehen für die europäische Handlungskompetenz der  
2922 Verwaltung und die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele vor Ort.

2923

## 2924 **23. Selbstverständnis und Arbeitsweise**

2925 SPD und GRÜNE gehen zur gemeinsamen Gestaltung der Kölner Kommunalpolitik  
2926 eine Koalition für die gesamte Wahlperiode ein.

2927 Die Koalition beinhaltet auf allen Feldern die gemeinsame Gestaltung der Stadtpolitik  
2928 in der Wahlperiode 2009 bis 2014 – insbesondere die Verständigung auf die  
2929 **städtische Investitions- und Haushaltspolitik** mit der Verabschiedung der  
2930 Haushaltssatzungen.

2931 Sie umfasst auch die gemeinsame Gestaltung der **strategischen Ausrichtung der**  
2932 **städtischen Beteiligungsgesellschaften** sowie die **Strukturierung des**  
2933 **Verwaltungshandelns** einschließlich der Geschäftsverteilung der Dezernate.

2934 SPD und GRÜNE stimmen ihre Entscheidungen zur **Wahl von Beigeordneten** der  
2935 Stadt Köln ab. Beigeordnete sind politische Wahlbeamte. Ihre Wahl ist ureigenes  
2936 Recht des Stadtrates. Es ist somit folgerichtig, dass ihre Wahl auf Vorschlag einer  
2937 Fraktion bzw. einer konstituierten politischen Mehrheit im Rat erfolgt, nachdem eine  
2938 Ausschreibung gemäß Gemeindeordnung und ein Auswahlverfahren erfolgte. Für die  
2939 Dezernate I, III und IV übt die SPD-Fraktion und für die Dezernate II und V die grüne  
2940 Fraktion das Vorschlagsrecht aus (vergleiche gemeinsame Vereinbarung zur  
2941 Nominierung des gemeinsamen OB-Kandidaten [10.08.2008]).

2942 Für die übrigen Dezernate werden SPD und GRÜNE gemeinsam mit anderen  
2943 Fraktionen Gespräche führen.

2944 SPD und GRÜNE streben gemeinsam an, zu besetzende **Positionen für Vorstände**  
2945 **und Geschäftsführer städtischer Beteiligungsgesellschaften** grundsätzlich nicht  
2946 bloß auszuschreiben, sondern geeignete Bewerberinnen und Bewerber in der Regel  
2947 durch ein Personalberatungsunternehmen zu suchen, das seine Vorschläge dem  
2948 dazu beauftragten Gremium zur Entscheidung präsentiert.

### 2949 **Abstimmungsverhalten**

2950 Gegenstände, die nicht ausdrücklich in der Koalitionsvereinbarung geregelt sind,  
2951 werden zwischen den Partnern beraten und so abgestimmt, dass ein gemeinsam  
2952 getragenes und einheitliches Verhalten bei Entscheidungen in Rat, Ausschüssen  
2953 oder anderen Gremien ermöglicht wird.

2954 Die Koalitionspartner verpflichten sich, alle in dieser Koalitionsvereinbarung  
2955 festgelegten Inhalte und Maßnahmen durch geeignete Initiativen im Rat, in den  
2956 Ausschüssen und gegenüber den Gremien der städtischen  
2957 Beteiligungsgesellschaften umzusetzen. Angesichts der mittelfristigen  
2958 haushaltspolitischen Lage steht die Umsetzung aller vereinbarten Ziele unter  
2959 Haushaltsvorbehalt.



3006 Katharina Dröge, Vorsitzende Bündnis 90 / Die Grünen Köln  
3007 Stefan Peil, Vorsitzender Bündnis 90 / Die Grünen Köln  
3008 Barbara Moritz, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat  
3009 Jörg Frank, stv. Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat  
3010  
3011  
3012 Arbeitsgruppe 1 Jugend- und Schulpolitik  
3013  
3014 Arbeitsgruppe 2 Sozial- und Integrationspolitik  
3015  
3016 Arbeitsgruppe 3 Wirtschaft / Beschäftigungsförderung  
3017  
3018 Arbeitsgruppe 4 Stadtentwicklung / Verkehr / Flächenpolitik  
3019  
3020 Arbeitsgruppe 5 Umwelt / Grünflächen / Abfallwirtschaft  
3021  
3022 Arbeitsgruppe 6 Gesundheit und Sport  
3023  
3024 Arbeitsgruppe 7 Kultur  
3025  
3026 Arbeitsgruppe 8 Allgemeine Verwaltung  
3027

	Arbeitsgruppen	GRÜNE-Sprecher/in	weitere Teilnehmer	SPD-Sprecher/in	weitere Teilnehmer
AG 1	Jugend- und Schulpolitik	Gaby Schlitt	Horst Thelen, Kirsten Jahn Sabine Ulke	Ulrike Heuer	Dr. Ralf Heinen, Franz Philippi Gabriele Hammelrath
AG 2	Sozial- und Integrationspolitik	Ossi Helling	Marion Lüttig, Horst Ladenberger, Arif Ünal	Jochen Ott	Susanna dos Santos Hermann, Walter Kluth, Ulli Volland-Dörmann
AG 3	Wirtschaft / Beschäftigungsförderung	Jörg Frank	Elisabeth Thelen, Kirsten Reinhardt, Ossi Helling	Marc Jan Eumann	Alfred Schultz, Dr. Wittich Rossmann, Dr. Walter Schulz
AG 4	Stadtentwicklung / Verkehr / Flächenpolitik	Barbara Moritz	Bettina Tull, Manfred Waddey, Andreas Wolter, Jörg Frank	Michael Zimmermann	Susanna dos Santos Herrmann, Peter Kron, Dorothee Schneider
AG 5	Umwelt / Grünflächen / Abfallwirtschaft	Dr. Matthias Welpmann	Dr. Sabine Müller, Gerd Brust, Ralf Bilke	Stefan Gatter	Götz Bacher, Dr. Alexander Fladerer, Wilfried Becker
AG 6	Gesundheit und Sport	Elisabeth Thelen	Stefan Peil, Katrin Barion, Manfred Richter	Michael Paetzold	Dr. Jan Leidel, Peter Kron, Wolfgang Bosbach
AG 7	Kultur	Brigitta von Bülow	Stefan Peil, Peter Sörries, Maria Spering	Anke Brunn	Dr. Barbara Lübbecke, Dr. Eva Bürgermeister, Ingrid Hack
AG 8	Allgemeine Verwaltung	Andreas Wolter	Brigitta von Bülow, Dr. Matthias Welpmann, Ralf Klemm	Michael Neubert	Michael Zimmermann, Wolfgang Radic, Rudolf Reifferscheidt